

„Großversuch“ im Schatten der Gewalt.

Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre

November 2021

Einleitung

Gegenstand dieses Berichts ist der Forschungs- und Wissenstand zu Erfahrungen in der sozialpädagogischen Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen in den 1990er Jahren, soweit er in publizierter Form vorliegt. Einbezogen werden Projekte aus dem für die ostdeutschen Länder initiierten „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) (1992-1996), Projekte aus dem sächsischen Programm „Jugend und Gewalt“ (1992-1995) sowie Informationen zu kommunal geförderten Angeboten und Erfahrungen jenseits von Programmverbindungen, die es in diesem Zeitfenster (und darüber hinaus) ebenfalls gab.

Ziel ist es, aus dem Material heraus die Zusammenhänge zwischen a) den politischen Absichten, Versprechen und Deutungen, b) den offiziellen Logiken, c) der Realität der Projekte und d) der Außendarstellung von Programmen und Projekten abzubilden. Damit betreten wir ein unwegsames, in Teilen auch vermintes Gelände. Die Unwegsamkeit erklärt sich im Wesentlichen aus drei Punkten:

Als erstes ist zu berücksichtigen, dass innerhalb der Programme mit der *Pazifizierung* (von Jugendlichen), dem *Abbau bestimmter Orientierungen* (bei Jugendlichen), der *Professionalisierung* (von Jugendarbeiter:innen) sowie der *Reorganisation* (von Jugendhilfestrukturen) gleich vier Ziele existierten, die aber auf völlig unterschiedlichen Ebenen lagen und auch unterschiedlich intensiv verfolgt wurden. Entsprechend differenziert muss die Beurteilung von Stärken, Schwächen, Leerstellen und Effekten der Programme ausfallen.

Zweitens unterscheiden sich Problemdeutungen, Inhalte und Methoden auf der Programmebene von jenen auf der Praxisebene – und auch innerhalb der Praxisebene gibt es deutliche Varianzen. Programmideen wurden auf verschiedene Weise interpretiert und umgesetzt, was zumindest im Fall des AgAG bis zu einem gewissen Punkt auch ausdrücklich erwünscht war. Aber nicht nur Haltungen und Erfahrungen der Praktiker:innen und anderer Beteiligter drückten den Projekten ihren Stempel auf, sondern auch Kontextbedingungen und Ereignisse, die sie gar nicht beeinflussen konnten.

Zu berücksichtigen ist auch, dass es sich bei der Kennzeichnung „rechts(extrem) orientiert“ um eine Sammelkategorie handelt, deren Breite erheblich ist. Hinzu kommt, dass die beiden hier betrachteten Programme dem offiziellen Anspruch nach nicht einfach Programme „gegen rechts“ waren. Anlass ihrer Entstehung war zwar rechte Gewalt, sie setzten aber einen breiteren

Fokus, in dem Begriffe wie Gruppen-Gewalt, „Intoleranz“ und „Extremismus“ unter Jugendlichen tragend wurden. Auf diese Weise trugen sie ihren Teil dazu bei, dass ein bestimmtes, wirkmächtiges Problembild „gewalttätiger, desorientierter und desintegrierter Jugend“ Einzug in die öffentliche Debatte hielt. Wie oben schon erwähnt kommt noch hinzu, dass die sozialpädagogische Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen nicht nur im Rahmen von Sonderprogrammen stattfand, sondern auch in unterschiedlichen Kontexten kommunaler Trägerschaft und Finanzierung. Vielleicht fand sie quantitativ betrachtet sogar vor allem dort statt.

Drittens standen die Programme und Teile der Praxis in einem Wind, der aus verschiedenen Richtungen kam. Auf der *Alltagsebene* hatte man es mit starken Gewaltdynamiken als auch mit rechten Szenen zu tun, die sich im raschen Wandel befanden, zugleich aber auch bereits dichte lokale und überregionale Netzwerke ausbildeten. Auf der *fachlichen* Ebene wurden an die Praxis Erwartungen zur schnellen Problemlösung formuliert. Zugleich waren sowohl die Erwartungen als auch die Umsetzungen Gegenstand (fach-)öffentlicher Kritik. Überwölbt wurden diese Debatten auf der *politischen Ebene* durch gesellschaftliche Diskurse auf der einen und staatliches Handeln auf der anderen Seite. Das heißt, dass die Diskussion über die Angemessenheit jugendarbeiterischer Strategien untrennbar verbunden war mit der Frage nach den politischen Verantwortlichkeiten für rechte Gewalt, nach rassistischen und nationalistischen Stimmungen, nach den gesellschaftlichen Interessen, die Verantwortung an den (politischen und sozialen) ‚Rand‘ zu delegieren und nach den Techniken, mit denen dies geschah. Thematisiert wurde in diesem Zusammenhang auch, welchen Anteil die Form der Wiedervereinigung und die sogenannte „Asyldebatte“ für die Explosion der rassistischen Gewalt in den 1990er Jahre hatten. Dies ist kurz gesagt der Rahmen, in dem wir unsere Ausführungen verorten, ohne dass wir auf jeden der einzelnen Punkte im Detail eingehen können.

Materialkorpus

Das zur Verfügung stehende Material ist breit aufgefächert. Es reicht von offiziellen Dokumenten und Programmberichten über (interne) Projektdarstellungen bis zu privaten Korrespondenzen und Presseberichten. Diese Breite darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zugleich erhebliche Lücken gibt, die die Darstellung herausfordernd machen. Ein erster Grund für diese Lücken ist, dass Programme als auch Projekte nicht in der immer gleichen Intensität wissenschaftlich und fachlich begleitet und dokumentiert wurden. Unterschiede zeigen sich zwischen AgAG und Landesprogramm sowie innerhalb der jeweiligen Programme im Vergleich zwischen einzelnen Projekten. So beziehen sich etwa die Materialien zum AgAG ganz überwiegend auf die Kernphase und berücksichtigen die Fortführungsphase zum Teil gar nicht oder nur am Rande. Gleichzeitig nimmt die Dokumentation meist in übergreifender Weise auf die Programmebene und das Gesamtbild Bezug und lässt die Betrachtung einzelner Projekte und Projektverläufe damit nicht zu. Über Einrichtungen, Angebote und Erfahrungen, die außerhalb dieser Programme standen, lässt sich gar kein Überblick gewinnen, so dass es hier bei exemplarischen Darstellungen bleiben muss. Ein zweiter Grund besteht darin, dass Evaluation und Dokumentation oft unsystematisch durchgeführt wurden. Dies hängt zum einen mit der

Unübersichtlichkeit jener Phase zusammen, die von Strukturkonsolidierungen, Umbrüchen, Überforderungen, vor allem aber einem *Primat des Machens* geprägt war. Zum anderen unterschied sich auch die Evaluationskultur von der heutigen Zeit und es wurden andere Schwerpunkte gesetzt (das heißt ausdrücklich nicht, dass die Fülle des über heutige Projekte existierenden Materials per se qualitativ hochwertiger und aussagekräftiger wäre – hier kommen andere Probleme ins Spiel). Ein dritter Grund ist schlicht, dass Aktenbestände zum Teil bereits vernichtet worden sind.¹

Was kann die Analyse bieten?

Das um diese Leerstellen entstehende Mosaik an Material spiegelt die komplexen pädagogischen und politischen Anforderungen an die Jugendarbeit, die (sich in dieser Phase rasant wandelnden) Rahmenbedingungen ihrer Umsetzung sowie ihre symbolische Aufladung wider. Es ermöglicht, Brüche zwischen Programmebene und Projektrealitäten zu identifizieren, ‚Zielgruppen‘-Definitionen im Vorhaben und ihre Adressierung in der Praxis zu vergleichen oder die Bedeutung der Programme für den Strukturaufbau anhand dokumentierter Verstetigungen nachzuvollziehen und so den (fach-)politischen Sound jener Zeit einzufangen.

Gleichzeitig erlaubt das Material keine lückenlose Aufarbeitung *der* Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen der 1990er Jahre. Dies hat – neben den erwähnten Materiallücken – damit zu tun, dass die Operationalisierung von Orientierungsbegriffen wie „Rechtsextremismus“ wenig kohärent ausfiel (die Schwierigkeiten bestehen bis heute fort) als auch damit, dass eine solche Operationalisierung oft gar nicht angestrebt war. Darüber hinaus ist zu betonen, dass die ausgewerteten Dokumente jeweils der Eigenlogik und den Zielen ihrer Verfasser:innen folgen. Entsprechend unterschiedlich sind die Perspektiven, die sie auf das Geschehen wiedergeben.

Wir meinen: Aus der Beschreibung der in den 1990er Jahren gemachten Erfahrungen lassen sich kaum *konkrete* Schlüsse für die heutige Gestaltung der (sozial)pädagogischen Praxis mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen ziehen. Die Arbeit, von der hier berichtet wird, fand in einer gesellschaftlichen Sondersituation statt. Dies setzt Grenzen für vergleichende Betrachtungen und Versuche der Übertragung. Zum einen sind die strukturellen, fachlichen und gesellschaftspolitischen Ausgangsbedingungen nicht zu vergleichen. Zum anderen hat die Praxis es heute mit einer ganz anderen Art von rechtem Lager zu tun, das – bei lokalen und regionalen Unterschieden – konsolidiert, ausdifferenziert, in vielerlei Hinsicht kulturell assimiliert und politisch-sozial integriert und damit in einem paradoxen Sinne auch weniger sozial auffällig ist. Zugleich haben sich antidemokratische und sozialdarwinistische Deutungsbestände und Repräsentationsmuster in einer gewissen Unabhängigkeit von der kulturellen und politischen

¹ Entsprechend wichtig sind oral histories ehemals Beteiligter. Siehe hierzu Kai Nolde: Die Anfänge der (mobilen) Jugendarbeit mit rechten Cliques in Sachsen. Praxiserfahrungen aus einem hereinbrechenden Jahrzehnt. Bericht für das ReMode-Projekt.

Rechten (lokal)gesellschaftlich etabliert. Jede auf soziale ‚Randgruppen‘ fokussierende demokratiebildende pädagogische Strategie erscheint also unzureichend, weil das Problemfeld offenkundig größer ist.

Dennoch lohnt sich ein Blick in das Material nicht nur für Historiker:innen, sondern für alle, die an der Weiterentwicklung von Praxis interessiert sind: Erstens zeigt es in Grundzügen auf, in welcher Weise durch Jugendarbeit Machterfahrungen gestützt und so – unbeabsichtigt – zur Entwicklung rechter Hegemonien mit beigetragen wurde. Der Begriff der „Generation Hoyerswerda“ (Kleffner/Spangenberg 2016) macht darauf aufmerksam, dass ein Teil der heute bestehenden Lage aus einem gesellschaftspolitischen Scheitern in den 1990er Jahren zu erklären ist, von dem sich die Soziale Arbeit nicht ausnehmen kann. Das Material bietet aber auch Hinweise darauf, wie und wo solchen Raumnahmen etwas entgegengesetzt werden konnte, wozu ebenfalls unter anderem Soziale Arbeit beitrug. Zweitens ermöglicht die Aufarbeitung der in den 1990er Jahren gemachten Erfahrungen, den Blick für die grundsätzlichen Voraussetzungen einer Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen und an entsprechenden Orientierungen zu sensibilisieren. Hier kann die Konzeption besserer Ansätze von der Benennung politischer und fachlicher Defizite profitieren. Dabei wäre im Wesentlichen zu klären, wie eine *auseinandersetzungorientierte demokratische Jugendarbeit* aussieht, die mit ‚rechten‘ Jugendlichen und an ‚rechten‘ Haltungen arbeitet, ohne in den konzeptionellen Sackgassen naiver „Akzeptanz“- oder (fach)politisch fragwürdiger „Deradikalisierungs“-Paradigmen zu landen. Mit diesbezüglichen kurzen Anmerkungen beenden wir diesen Bericht.

1 Ausgangslage

Die in den 1990er Jahren gemachten Erfahrungen und initiierten Projekte lassen sich nicht isoliert betrachten. Für unsere Analyse sind drei Ausgangspunkte von Bedeutung, die hier kurz erwähnt werden sollen: als erstes die Hintergründe und Traditionslinien der (sozial)pädagogischen Arbeit mit rechten Jugendlichen, daran anschließend der Modus der Identifizierung und Benennung von ‚Problemgruppen‘, als drittes die besonderen gesellschaftlichen und fachlichen Bedingungen, unter denen die Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in den 1990er Jahren in Ostdeutschland stattfand.

Ostdeutsche Praxis und westdeutscher Expertise-Import

Das AgAG war – wie quasi alle anderen themen- und strukturbezogenen Sonderprogramme jener Zeit – ein ostdeutsches Programm. Es zielte auf die ostdeutschen Verhältnisse ab, wurde an der jugendarbeiterischen Basis ganz überwiegend mit ostdeutschem Personal umgesetzt und hatte ostdeutsche Adressat:innen. Gleichzeitig handelte es sich auch um ein westdeutsches Programm. Die beratenden Institutionen und Personen stammten in deutlicher Mehrheit aus Westdeutschland. Von dort brachten sie Verständnisse der Jugendarbeit, an den eigenen gesellschaftlichen Realitäten gereifte Erklärungsmodelle, Deutungsmuster und Handlungskonzepte für abweichendes Verhalten, Jugendgewalt und „Rechtsextremismus“ mit. Nicht zuletzt waren es auch westdeutsche Akteur:innen, die im weiteren Verlauf die öffentliche Deutung über Erfolge und Misserfolge des Programms maßgeblich bestimmten.

Die Auseinandersetzung der (sozial)pädagogischen Praxis mit Neofaschismus, Neonazismus und Rechtsextremismus im Westen konnte am Beginn der 1990er Jahre auf eine gewisse Tradition zurückblicken. Teil dieser Tradition war die Annahme, es zwar nicht mit harmlosen und unpolitischen, aber gesellschaftlich doch relativ marginalisierten Gruppen zu tun zu haben. Hatten sich Diskussionen und Konzepte dabei zunächst auf den schulischen Bereich konzentriert, kam es ab etwa Mitte der 1970er Jahre zu einer erheblichen Ausweitung auf andere Handlungsfelder (Hafener 1989). Ein interner Grund hierfür liegt in der Vergrößerung und Ausdifferenzierung des Sektors der Jugendarbeit in jener Phase. Sowohl im Bereich der Politischen Bildung als auch der Offenen Jugendarbeit und einer entstehenden aufsuchenden und mobilen Jugendarbeit entstanden so neue und auch intensivere lebensweltliche Beziehungen zwischen pädagogischer Praxis und Jugendlichen. Ein externer Grund für die Ausweitung liegt in der Entstehung einer partei- und organisationsungebundenen, jugendkulturell geprägten Rechten im Umschlag auf die 1980er Jahre, die tiefgreifende soziale, kulturelle und strukturelle Veränderungen des gesamten Lagers mit sich brachte. Im Zusammenhang dieser beiden Entwicklungen entstanden an verschiedenen Orten Projekte – zunächst etwa mit Rockern (Simon 1989; auch bereits Kraußlach u.a. 1977), im weiteren Verlauf mit sogenannten „Härtefans“ und Hooligans sowie – über den Fußballkontext hinausweisend und vor allem im Rahmen aufsuchender Ansätze – mit rechten Skinheads (exemplarisch Wald 1988; Baensch 1992; Scherr 1992a).

Die in dieser Zeit entwickelten jugendarbeiterischen Konzepte knüpften vielfach an ältere Linien der Streetwork- und der Randgruppenarbeit an und setzten mit *Lebensweltorientierung*, *Kulturorientierung* und *Akzeptanz* drei zentrale Akzente. *Lebensweltorientierung* bedeutete hier, sich in der pädagogischen Arbeit eng an den Lebensrealitäten der Jugendlichen zu orientieren. Aus dieser Perspektive erklärt sich, dass Aspekte expressiv-abweichenden, provokatorischen und gewalttätigen Verhaltens starke Bezugspunkte für die Beschreibung dieser Gruppen und die Arbeit mit ihnen bildeten. Währenddessen stellten politische Orientierungen zwar einen Rahmen, nicht aber das Zentrum der Betrachtung dar. *Kulturorientierung* bedeutete, die Repräsentationen der Jugendlichen nicht mehr allein oder in erster Linie über Artikulationen von Einstellungen, sondern über Gruppenbildungsprozesse, Ästhetiken und popkulturelle Ausdrucksformen verstehend nachzuvollziehen und als Ausdruck von Eigensinn anzuerkennen. *Akzeptanz* folgte dem Primat einer subjektorientierten Perspektive, in der Jugendliche nicht vorrangig als Problemträger, sondern ihr mglw. abweichendes Verhalten mehr im Lichte gesellschaftlicher Schief lagen betrachtet wurde. In diesem Sinne war der Akzeptanzgedanke auch zu einem gewissen Maß mit einer gesellschaftskritischen und emanzipatorischen Perspektive verwoben. Gleichzeitig ging es aus fachlicher Sicht um den „Erwerb von Interventionsberechtigung“ (Simon 2013a, 131), was wiederum Akzeptanz seitens der Adressat:innen voraussetzte, um überhaupt arbeitsfähig zu sein.

Mit diesen drei Akzenten grenzten sich die entstehenden Ansätze von zwei Linien gleichermaßen ab. In die eine Richtung kritisierten sie eine sozialarbeiterische Praxis, die in der Logik einer ‚Ausgrenzungspädagogik‘ bewusst von einer Adressierung rechter Jugendlicher Abstand nahm. In die andere Richtung brachen sie mit einer bildungsorientierten „antifaschistischen Jugendarbeit“ (Dudek 1980), die aufgrund ihrer ‚belehrungspädagogischen‘, aufklärerischen und zugleich stark historischen Ausrichtung als kaum mehr zeitgemäß erachtet wurde. Die Trennlinie verläuft hier zum einen zwischen kognitiv-intentionalen und lebensweltlich-handlungsorientierten Perspektiven, zum anderen zwischen formalen und non-formalen Bildungsformaten. Entlang dieser Unterschiede gruppieren sich auch unterschiedliche Deutungen und Praxisansätze. Zugleich lässt sich von *dem einen* neuen Ansatz angesichts einer Fülle konzeptioneller Revisionen in verschiedenen pädagogischen Arbeitsfeldern nicht sprechen: Es finden sich lebensweltliche Neuausrichtungen aus der Tradition „antifaschistischer Jugendarbeit“ heraus (Klönne 1985; Hafenegger/Lochmann 1985; Dudek 1990). Es wurden Ansätze einer „subjektorientierten“ Jugendarbeit und -forschung entwickelt, in der individuelle, soziale und gesellschaftliche Voraussetzungen miteinander verknüpft, dabei aber die politischen Orientierungen der Jugendlichen ausdrücklich zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht wurden (vgl. Held 1989). Schließlich finden sich Ansätze, die offensiv den Begriff der „Akzeptanz“ ins Zentrum rückten. Der bekannteste und in der Öffentlichkeit am breitesten rezipierte Ansatz im Feld der Jugend(sozial)arbeit stammt von Krafeld und Kolleg:innen (dazu Heim u.a. 1991a, 1991b, 1991c; Heim/Krafeld 1992; Krafeld 1992; Krafeld u.a. 1993).² Hintergrund

² Eine Literaturübersicht zur Diskussion zwischen den auslaufenden 1980er und den frühen 1990er Jahren findet sich bei Bruner/Dannenbeck/Zeller 1993. Die mit dem AgAG vollzogenen konzeptionellen Entwicklungen bleiben hier, wie auch im gesamten Band, erstaunlicherweise unerwähnt.

sind Erfahrungen, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit mehreren Cliques von rechten Skins in Bremen gemacht wurden. Der stark sozialräumlich ausgerichtete Ansatz erlangte aufgrund seiner vergleichsweise hohen konzeptionellen Dichte rasch eine gewisse Prominenz. Allerdings entstanden ähnliche Ansätze – nicht immer unter dem Etikett „akzeptierender Arbeit“ – zeitgleich auch an anderen Orten (insbesondere in Baden-Württemberg, dem späteren Partnerland Sachsens im Aufbau von Jugendarbeitsstrukturen). Die bereits früh einsetzende Kritik an diesen Ansätzen kann hier nicht ausgeführt werden (siehe dazu etwa Borrmann 2005). Wichtig im Zusammenhang dieser Darstellung ist die Frage, in welchem Maß und in welcher Weise „akzeptierende“ Ansätze und Vorstellungen Eingang in die Programme und ostdeutschen Projektrealitäten fanden. Dabei sind drei Punkte von Bedeutung: Erstens spielten entgegen einer weit verbreiteten Auffassung in der Fachlandschaft die Vertreter:innen des Bremer Ansatzes im AgAG (und im sächsischen Landesprogramm) keine Rolle. Sie waren weder an der Ausgestaltung beteiligt, noch bezogen sich die Programme offiziell auf diesen Ansatz. Gleichzeitig kam im AgAG jedoch ein bestimmtes – nämlich weithin entpolitisiertes – Problem- und Adressatenbild zum Tragen, das auch bereits in einem Teil akzeptanzorientierter Ansätze theoretisch und konzeptionell angelegt war. Zweitens flossen Konzeptionen und Ansätze in die Programme ein, die nicht aus der Traditionslinie einer Pädagogik ‚gegen Rechts‘ stammten: etwa Ansätze aus der Gewaltprävention, aber auch Einflüsse aus einer allgemeineren Extremismus-Debatte. Drittens bot sich in der Praxis noch einmal ein eigenes Bild, denn hier fanden sich durchaus explizite Bezüge auf den Begriff der „Akzeptanz“ und auch auf Ansätze „akzeptierenden Arbeitens“. Allerdings waren diese überwiegend mehr schlagwortartiger als konzeptioneller Natur und müssen in ihrer spezifischen Funktion betrachtet werden. Fachkräften vor Ort bot die Chiffre „Akzeptanz“ zum Beispiel die Möglichkeit, die schwierigen politischen Rahmenbedingungen auszublenden und sich im Sinne des Professionsparadigmas der Adressatenorientierung auf ‚Machbares‘ zu konzentrieren. Oft war „Akzeptanz“ aber offenbar auch nicht viel mehr als das Eingeständnis, dass Grenzen – also „Nicht-Akzeptanz“ – kaum durchsetzbar waren.

Variationen des „rechts(extrem) orientierten“ Jugendlichen

Mit den verschiedenen Ansätzen sind unterschiedliche Problembeschreibungen und Benennungen von Adressatengruppen verbunden. Bis in die 1980er Jahre hinein war mehrheitlich von rechtsradikalen, aber – den theoretischen Debatten jener Zeit folgend – auch von neo-faschistischen und neo-nazistischen Jugendlichen die Rede. In den 1980er Jahren kam es zu einer folgenreichen Begriffsverschiebung. Sie folgte den erwähnten ‚Modernisierungs‘-Entwicklungen des rechten Lagers. Sie hing aber auch mit der sicherheitsbehördlichen Implementierung des „Extremismus“-Begriffs im Jahr 1974 zusammen. Seitdem wird auch über die Brauchbarkeit des Terminus „Rechtsextremismus“ diskutiert, wobei der Kern der Kritik bis heute identisch geblieben ist. Exemplarisch heißt es bereits bei Klönne (1985) zur Problematik des Extremismus-Begriffes, dass dieser die Herkunft von antidemokratischen und antiegalitären Einstellungen aus der Mitte der Gesellschaft verschleierte. Rechtsextremismus wäre, so die daraus abgeleitete Position, allerdings nicht als abweichende Einstellung, sondern als „Extrempunkt eines Kontinuums“ (Held 1998, 56) zu verstehen, als eine Haltung, die sich von ihrem Umfeld vor allem

graduell unterscheidet. Zugleich wurde „Rechtsextremismus“ auch einfach als „verwirrende“ (Stöss 1990, 61), weil zu weitläufige Terminologie bezeichnet. Diese Einwände verhinderten allerdings nicht, dass sie sich als „Sammelbegriff“ (ders.) durchsetzte.

In den Diskussionen der 1990er Jahre trat schließlich – so auch im AgAG – die Figur des rechts- (und links-) orientierten Jugendlichen hinzu. Nicht unähnlich sprach die Krafeld-Gruppe in bewusster Abgrenzung vom Begriff „rechtsextrem“ von „rechten Jugendcliquen“ und lag damit auf der Linie anderer akzeptanzorientierter Ansätze. Zugleich wurde und wird mit dieser – vom Entstigmatisierungsabsichten geleiteten – Benennung nicht die Frage beantwortet, welche Haltungen als tolerierbar und ‚unproblematisch‘ gelten und welche nicht. Nicht kleiner werden diese Fragen beim Terminus „gefährdet“, der zu einem späteren Zeitpunkt systematisch in die aufkommende Präventionsdebatte eingeführt wurde, allerdings auch bereits im sächsischen Landesprogramm Verwendung fand.

Mit den unterschiedlichen Begriffen wurden zum Teil unterschiedliche Typen von Adressat:innen beschrieben, zum Teil handelt es sich um Konkurrenzbegriffe, zum Teil auch nur um Worte. Die Diffusität der Begriffsverwendungen fand eine Verlängerung in das Feld der pädagogischen Praxis hinein. Pingel/Rieker stellten noch 2002 fest, dass mit dem Begriff „Rechtsextremismus“ im Praxisfeld unterschiedliche Orientierungen und Aktivitäten belegt werden (genauso noch Möller/Schuhmacher 2014, also zwölf Jahre später). Es finden sich unterschiedliche Definitionen, entsprechend schwierig scheint für Außenstehende als auch für die Praktiker:innen selbst eine genauere Einordnung der Adressat:innen: „häufig ist daher vereinfachend von ‚Rechten‘ die Rede“ (dies., 16). Auch im Kontext der Programme wurden diese Begriffe in der Regel nicht genauer definiert. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund der tendenziellen Ausblendung politischer Einstellungen in der Praxis oft keine Notwendigkeit gesehen wurde, sich ein vertieftes politisches Bild der Adressat:innen zu machen – selbst wenn die Betreffenden sich durchaus politisch verorteten und politisch effektiv handelten.

Historische Situation

In der Betrachtung der historischen Ausgangslage sind mehrere Punkte von Bedeutung. Sie liegen auf unterschiedlichen Ebenen, beeinflussten aber im Zusammenspiel Problemdeutungen als auch die praktische Arbeit.

Als erstes ist daran zu erinnern, dass die Wende in der DDR und darauffolgend die Wiedervereinigung zu Umbrüchen in nahezu allen Lebensbereichen führte. Die Praxis, von der hier die Rede ist, fällt also in eine Phase grundlegender Veränderungen, Krisen und Transformationen, die zusammengenommen ein komplexes, widersprüchliches und äußerst bewegliches Bild von Gesellschaft und Individuen ergeben. In diesem Bild finden sich die Krise eines großen Teils der Instanzen sozialer Kontrolle, Orientierungsverluste, Deklassierungs- und Entmündigungserfahrungen, genauso wie Erfahrungen von neuer Freiheit und kollektiver Handlungsfähigkeit (Mau 2019, 12ff.). Damit verwoben ist die Mobilisierung einer rassistisch und nationalistisch eingefärbten Kollektivstimmung, die sich keinesfalls nur auf der Straße ausdrückte. Der enge Blick auf abweichende und mglw. „desintegrierte“ Jugendliche blendet jedenfalls aus, dass diese Mobilisierung auch in der politischen ‚Mitte‘ stattfand und von großen

Teilen der etablierten Politik (auch des Westens) forciert und mitgetragen wurde, wie sich brennglasartig verdichtet an der medial gestützten „Asyldebatte“ der frühen 1990er Jahre zeigt (Pagenstecher 2008). Zugleich war die rechte und rassistische Gewalt der Straße so massiv und in ihren Dimensionen auch so neu, dass ein Rückgriff auf bekannte Reaktionsmuster und Handlungsstrategien nicht angemessen erschien. Dies ist der logische Ausgangspunkt der Sonderprogramme jener Zeit. Charakteristisch für sie war, dass sie erstens auf das Neuartige der Situation Bezug nahmen, zweitens aber in der Fokussierung auf abweichendes Verhalten verhaftet blieben und dabei drittens auf gesellschaftstheoretische Erklärungsmodelle zurückgriffen, die die Umbruchsituation in den „neuen Ländern“, insbesondere auch in ihren lokalen Auswirkungen, nur äußerst eingeschränkt einbezogen.

Ein letzter Punkt betrifft konkret den Sektor der Jugendarbeit. Ein Aspekt ist hier der Zusammenbruch eines großen Teils der staatlich und betrieblich organisierten Jugendhilfestrukturen, von dem die Offene Jugendarbeit in deutlich größerem Maße betroffen war, als die Jugendhilfe insgesamt. In der DDR existierten ca. 10.000 Jugendklubs (so Müller 1990, 73), von denen der überaus größte Teil in dem Sinne „selbstverwaltet“ war, dass in ihnen keine hauptamtlichen pädagogischen Fachkräfte arbeiteten, stattdessen Rahmungen durch staatliche Massen- und Jugendorganisationen erfolgten. Von den rd. 7000 staatlichen und betrieblichen Clubs wurden nach Simon (2013b, 549) allein zwischen 1989 und 1990 mehr als die Hälfte geschlossen.³ Gleichzeitig betraf der Zusammenbruch auf weitaus weniger drastische Weise die Strukturen der „Offenen Arbeit“ bzw. der „Sozialdiakonischen Jugendarbeit“ der evangelischen Kirche mitsamt ihren spezifischen Traditionen, Konzepten und Fachlichkeiten. Schließlich muss auch bedacht werden, dass Angebote aufsuchender Arbeit von diesem Zusammenbruch schon deshalb nicht betroffen waren, weil es sie in der DDR faktisch nicht gegeben hatte.

Ein anderer Aspekt, der die Reorganisationsphase begleitete, ist, dass zunächst kein Personal (mehr) in ausreichender Zahl zur Verfügung stand, das über entsprechende formale Qualifikationen (nach westlichen Professionsstandards) verfügte. In der Strategie der Reorganisation der Jugendarbeit stellte das AgAG einen wichtigen Pfeiler dar. Allerdings ist daran zu erinnern, dass es durchaus auch andere Modelle und Perspektiven gab, die sich jedoch nicht durchsetzten. So finden sich auf der strukturellen Ebene Ansätze, die stärker auf einen flächendeckenden Strukturaufbau abzielten (etwa BAG LJÄ 1990b; Kress 1997). Auf der inhaltlichen Ebene gab es bereits früh und nicht selten Stimmen, die als besondere Herausforderung der politischen Jugendbildung nicht „Gewalt“ im Allgemeinen, sondern Nationalismus, Autoritarismus, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit (im Westen wie im Osten) benannten (BAG LJÄ 1990a). So gesehen steht das AgAG – in einer Reihe mit anderen Aktivitäten und Konzeptionen

³ Illustriert wird der massive Verlust von Einrichtungen im 9. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 1994) mit Verweis auf Zahlen von Deininger (1993). Für 1991 wird noch eine Zahl von 312 Jugendclubs festgehalten, davon 275 in öffentlicher, 34 in freier Trägerschaft (dies., 440), wobei die Diskrepanz der Zahlen hier nicht erhellt wird. Auch bleibt offen, ob in den Zahlen tatsächlich alle oder nur bestimmte, etwa nur staatliche, Jugendclubs enthalten sind. Die im Bericht zur Illustration angeführten Zahlen aus anderen Erhebungen machen jedoch deutlich, dass grundsätzlich von einem massiven Verlust an Einrichtungen auszugehen ist. In Leipzig ist zu diesem Zeitpunkt die Zahl öffentlicher Jugendclubs von 80 auf sechs gesunken; in Borna von fünf auf einen (kirchlichen) Club, in Naumburg von sieben auf zwei (ebd.). In Rechnung zu stellen ist, dass ein Teil der entstandenen Versorgungslücken durch selbstinitiierte Jugendtreffs aufgefangen wurde, die außerhalb jeglicher Finanzierung standen.

– für einen besonderen Weg der Krisendeutung und -benennung: Dem Anspruch nach sollte mit ihm eine bloße Übertragung von West-Strukturen verhindert, zugleich sollte, wie sich an der Konzeption des Programms zeigt, eine allzustarke Politisierung der Situation und der Aktivitäten vermieden werden.

Ganz zuletzt darf nicht vergessen werden, dass die mit dem AgAG verbundene Pädagogisierungsstrategie keinesfalls die einzige staatlich-gesellschaftliche Reaktion darstellte. Für Sachsen lässt sich bspw. festhalten, dass die 1991 einsetzenden Diskussionen über pädagogische Maßnahmenpakete zeitlich gerahmt wurde von einer Initiative der damaligen Landesregierung, die Verteilungsquoten für Asylsuchende in den neuen Bundesländern zu verringern. Zugleich war Sachsen das erste Bundesland, das – in Vorwegnahme der Beschlüsse der Innenministerkonferenz zu Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt (Klink 1992) – bereits 1991 eine „Sonderkommission Rechtsextremismus“ (Soko REX) beim Polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt (LKA) einrichtete (Raisch 1994).

2 Programme

2.1 Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)

Das AgAG stellte ein „[z]ielgruppenorientiertes Sonderprogramm“ (ISS/IFFJ 1994, 1) dar, welches exklusiv auf die ostdeutschen Bundesländer (inkl. Berlin) ausgerichtet war. Erwähnt wurde das Programm bzw. dessen Name zum ersten Mal am 8.10.1991 im Rahmen einer Bundestags-Aussprache zu den pogromartigen rassistischen Angriffen von Hoyerswerda im September 1991. Die Grobplanungen hatten allerdings bereits im Mai 1991 begonnen, also vor dem ersten Gewalthöhepunkt jener Jahre. Am 1.1.1992 startete das Programm mit einer projektierten Laufzeit von drei Jahren. In der Fortführungsphase wurde es um zwei Jahre verlängert und lief schließlich am 31.12.1996 endgültig aus.

Ziele

Aufgrund der Besonderheit der Ausgangssituation wurde dem AgAG von Seiten der Programmverantwortlichen der Charakter eines „Großversuchs“ (ISS/IFFJ 1994, 1) beschieden, den es in einer solchen Form, Ausrichtung und Größenordnung bis dahin nicht gegeben hatte.

Die Komplexität des Programms bildete sich in vier Zielsetzungen ab, die verschiedene Ebenen betrafen und durch die Förderung von regional und lokalräumlich angesiedelten Projekten erreicht werden sollten:

- Erstens sollten *pazifizierende Effekte* im jeweiligen Sozialraum geförderter Projekte erzielt werden; damit verbunden war die „Erprobung“ von neuen Handlungsansätzen gegen Jugendgewalt.
- Zweitens zielte das Programm auf den *Abbau von bestimmten Haltungen und die Förderung gesellschaftlicher Integration*; damit verbunden waren gruppen-, seltener individuenbezogene Maßnahmen zur systemischen oder gesellschaftlichen Integration, nicht explizit jedoch Ansprüche, auch einstellungsbezogene Veränderungen zu erreichen.
- Drittens sollte das Programm Impulse für die *Reorganisation jugendarbeiterischer Strukturen* geben und war damit Teil einer Strukturaufbaustrategie der Jugendarbeit Ost.⁴ Vor dem Hintergrund der zusammengebrochenen staatlichen und betrieblichen Strukturen der Jugendarbeit und nicht umfassend vorhandener Strukturen der nicht-staatlichen Jugendhilfe in Ostdeutschland sollten Lücken kompensiert bzw. neue Regelstrukturen geschaffen werden. Die breite Abdeckung einer Vielzahl sozialpädagogischer Handlungsfelder – wie Offene Jugendarbeit, Betreutes Wohnen, Streetwork, Berufshilfe – und Handlungsansätze –

⁴ Daneben existierten weitere Sonderprogramme (siehe u.a. Olk/Bertram 1994; Kress 1997). So wurde zwischen 1992 und 1993 mit dem „Jugendpolitischen Programm des Bundes für den Aus- und Aufbau freier Träger der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern“ (AFT-Programm) gezielt Strukturaufbau betrieben. Die Fördersummen von 50 Millionen DM (1992) und 25 Millionen DM (1993) zzgl. projektbezogener Zusatzmittel (1992 in Höhe von 20 Millionen DM) sind im Vergleich zum AgAG relativ hoch (was dessen Bedeutung im Gesamtzusammenhang des Strukturaufbaus durchaus relativiert). Sie fallen jedoch niedrig aus, wenn man bedenkt, dass sie sich in 1992 auf insgesamt 6.500 Initiativen verteilten.

Gruppenarbeit, Erlebnispädagogik, Projekte für „auffällige“ Jugendliche oder Straftäter(innen), Gemeinwesenarbeit und weitere – erklärt sich nicht zuletzt aus dem Umstand des erwähnten weitgehenden Kahlschlags in bestimmten Bereichen.

- Mit diesen Perspektiven verbunden war letztlich eine vierte Zielsetzung, nämlich die *Professionalisierung von Jugendarbeiter:innen*. Damit verbunden waren Angebote themen- und handlungsbezogener „Qualifizierung“ und „Professionalisierung“ bzw. „Fortbildung“ (Bundesregierung, 12.5.1993), die zudem nicht nur den in AgAG-Projekten Tätigen offenstehen sollten. Die Initiierung von (berufsbegleitenden) Ausbildungsgängen fand dabei nicht im AgAG, sondern über Parallelprogramme statt, in **Sachsen** etwa über das Fachkräfteförderprogramm.

Struktur und Standorte

Praktisch umfasste das AgAG die Förderung von insgesamt 144 zielgruppenorientierten Projekten in 30 ausgewählten *Brennpunktregionen*. Während in den anderen Bundesländern jeweils fünf (in Ost-Berlin vier) Schwerpunktregionen gebildet wurden, wurden in **Sachsen** sechs Regionen ausgewählt. Dabei handelte es sich um die Großstädte Dresden und Leipzig, sowie die (damaligen) Mittelstädte Hoyerswerda, Plauen/Zwickau, Weißwasser, Görlitz/Zittau. Insgesamt wurden in Sachsen 18 Projekte aufgebaut und gefördert. Acht Projekte waren in Dresden angesiedelt, je zwei in Leipzig, Görlitz und Chemnitz sowie je eins in Plauen, Hoyerswerda und den Landkreisen Löbau-Zittau und Hoyerswerda bzw. Kamenz⁵ (Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997b).

Die generellen Kriterien für die Auswahl der AgAG-Standorte waren erstens ein massives Auftreten und Agieren von „rechtsextremen“ Jugendcliquen, zweitens ein erhöhtes Aufkommen gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Gruppen oder Cliquen unabhängig von ihrem politischen Hintergrund und drittens ein über das „Normalmaß“ hinausgehendes Zusammenbrechen sozio-struktureller Voraussetzungen und Strukturen.⁶ Die Schwerpunktregionen wurden identifiziert auf Basis einer Befragung von Jugendämtern, Innenministerien und des damaligen Landeskriminalamtes der neuen Bundesländer, den Landesjugendministerien und dem Bundesjugendministerium. Diese *problembezogene Steuerung* wurde flächendeckenden Konzeptionen gegenübergestellt, die kritisch als förderpolitisches „Gießkannenprinzip“ bezeichnet wurden (Fuchs/Kreft/Löhr 1997). Damit war allerdings faktisch auch eine Entscheidung bezüglich der Gewichtung der verschiedenen Ziele vorgenommen: denn Struktur- und Aufbau erfolgte innerhalb des Programms a) nur in den ausgewählten Städten und Regionen und b) vor dem Hintergrund spezifischer Problemlagen. In den Hintergrund trat auf diese Weise der offensichtliche Umstand, dass die Regelversorgung mit jugendarbeiterischen Angeboten flächendeckend prekär war und auch hinsichtlich der soziostrukturellen Spannungen das Bild im gesamten Gebiet der ehemaligen DDR ähnlich ausfiel.

⁵ Es handelt sich um ein Projekt in Lautz. Die Stadt gehörte bis 1996 zum Landkreis Hoyerswerda, der dann in den Landkreis Kamenz eingemeindet wurde, bevor dann 2008 beide in den heutigen Kreis Bautzen aufgegangen sind.

⁶ Diese Formulierung findet sich – allerdings ohne Quellenangabe – bei Buderus (1998).

Der Aufbau des AgAG-Programms lässt sich folgendem Schaubild entnehmen. Es zeigt nicht nur die Komplexität des Programms, sondern auch einen – nicht überraschenden, aber eben doch prägenden – Überhang westlicher Expertise und Perspektive im Rahmen von Beratung und Fortbildung.

Projekte	<ul style="list-style-type: none"> • Die Umsetzung erfolgte teils in kommunaler, vor allem aber in Trägerschaft neu gegründeter freier Träger. • Die sächsischen Projekte starteten oft in kommunaler Trägerschaft (mit anschließender Übergabe an freie Träger) oder getragen durch die evangelische Kirche.
Beratung und Begleitung	<ul style="list-style-type: none"> • Begleitung der Projekte vor Ort wurden durch insgesamt sechs Beratergruppen unterschiedlicher Träger (mit zwei Planstellen pro Bundesland) geleistet. • In Sachsen erfolgte die Begleitung durch das Diakonische Werk der evangelischen Kirche in Deutschland.
Fortbildungsangebote	<ul style="list-style-type: none"> • Fortbildungsangebote richteten sich an Praktiker:innen und gingen punktuell über den Kreis der in AgAG Beschäftigten hinaus. • Konzeption und Durchführung erfolgten durch den Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ) im Verein für Kommunalwissenschaften, Berlin
Fachliche Programmkoordination und Verlaufsdokumentation	<ul style="list-style-type: none"> • Die Koordination oblag dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt a.M.
Wissenschaftliche Begleitung	<ul style="list-style-type: none"> • Die wiss. Begleitung erfolgte durch die TU Dresden/Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit

Eigene Darstellung

In den ersten drei Jahren der Laufzeit belief sich das *Förderungsvolumen* auf ca. 20 Mio. DM jährlich. Davon entfielen jeweils 15 Mio. p.a. auf die direkte Förderung von Projekten, 1,9 Mio. dienten der Finanzierung der sechs Beratergruppen, 1,5 Mio. standen für Fortbildungszwecke zur Verfügung, 1 Mio. für Infomaterial und andere „Zentralmaßnahmen“ sowie 0,6 Mio. für die Koordination und Dokumentation (Bundesregierung 1993, 13f.). In der ausgeweiteten Förderphase (in der mit 124 Projekten der Großteil der bestehenden Projekte fortgeführt wurde) wurden ca. 13 Mio. DM jährlich zur Verfügung gestellt. Das Gesamtvolumen des Programms betrug damit ca. 86 Mio. DM, von denen 20 Mio. aus dem Bundesjugendplan stammten. Hinzu kam in der zweijährigen Fortführungsphase ein Förderanteil von 50% (also insg. 26 Mio. DM), der von den Ländern und Kommunen aufgebracht wurde.

Das tatsächliche finanzielle Volumen des Programms war allerdings größer, da die für die Fortführungsphase typische Mischfinanzierung aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln zum Teil bereits in der ersten Phase existierte. Dies erklärt sich daraus, dass die Mittel in den einzelnen Ländern unterschiedlich eingesetzt wurden. Zum Teil wurden Personal- und Sachmittel getrennt veranschlagt, in vielen AgAG-Projekten arbeiteten auch Personen, die aus

anderen Töpfen finanziert wurden – etwa durch AB-Maßnahmen. Deutlich wird auch, dass das AgAG zwar einerseits ein von anderen Aktivitäten abgrenzbares Programm darstellte, es andererseits sowohl in der Praxis als auch bezüglich des Strukturaufbaus eng verwoben war mit anderweitig finanzierten Aktivitäten der Jugendarbeit. Dieser Hinweis ist wichtig, weil auf externe Kritik an einzelnen Projekten vielfach mit dem Hinweis reagiert wurde, dass diese Projekte mit dem Programm nicht in Verbindung stehen, was sich in dieser Pauschalität nicht halten lässt.

Problembilder

Im und mit dem AgAG wurde ein spezifisches Problembild verankert, in dessen Mittelpunkt Jugendgewalt stand. Deren Aufkommen wurde unter Rückgriff auf modernisierungs- und anomietheoretische Deutungen im Wesentlichen als Ausweis von Desintegration (und Desorientierung) gewertet (vgl. Bohn/Münchmeier 1997, 96f.). Aspekten politischer Orientierung wurde demgegenüber keine tiefergehende (analytische) Aufmerksamkeit gewidmet. Dies erstaunt umso mehr, als rechte Gewalt einen zentralen Bezugspunkt des Programms darstellte. Bei dessen Vorstellung äußerte sich die zuständige Bundesministerin Angela Merkel wie folgt:

„Die Erfahrungen von Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet [...], weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern ...“ (zit. nach Buderus 1998, 43f.).

In einer Stellungnahme der Bundesregierung von 1993 hieß es bereits etwas weitläufiger und in einer zugleich expliziten Bezugnahme auf ein totalitarismustheoretisches Paradigma, Ausgangspunkt des Programms seien „gewalttätige Ausschreitungen jugendlicher Cliques untereinander, gegenüber Ausländern oder gegenüber anderen Minderheiten in den neuen Bundesländern“ (Bundesregierung 1993, 2). „Zu den wesentlichen Ursachen dieser Ausschreitungen“, so weiter, „gehören sowohl der autoritär-diktatorische Charakter des früheren SED-Regimes in der DDR wie auch dessen Zusammenbruch, der nicht zuletzt in den verheerenden wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnissen der ehemaligen DDR begründet liegt“ (ebd.). Zugleich wurden Desintegrationsprobleme im Zuge des Systemwandels genannt.

Inwieweit in diese Lesart die zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegenden Jugendstudien einbezogen wurden, lässt sich nicht beantworten. In Teilen finden sich durchaus Überschneidungen zu ihren Perspektiven. In anderen Teilen weisen die Studien allerdings eine deutlich höhere Präzision hinsichtlich der Problembeschreibungen und Herausforderungen auf. Exemplarisch lässt sich dies zeigen an zwei Arbeiten, die auch Sachsen einbezogen. Unter dem

Begriff „Freudenbergstudie“ sind zwei Untersuchungen aus 1990 und 1992 zusammengefasst, die zu den ersten Erhebungen gehören, die nach der Wende mit ostdeutschen Jugendlichen durchgeführt wurden (Friedrich u.a. 1991; Förster u.a. 1992, 1993): Untersucht wurden mit Hilfe von Fragebögen Einstellungen und politische Selbstverortungen junger Ostdeutscher in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die zahlreichen Befunde lassen sich an dieser Stelle auf vier Aspekte verdichten: Zum Ersten konstatieren die Macher der Studie eine bereits in der DDR vorhandene, dann aber stark zunehmende Ausländerfeindlichkeit bei den Befragten, v.a. den männlichen. Diese ist aber auf bestimmte Gruppen, vor allem „Menschen aus der 3. Welt sowie aus Ost- und Südosteuropa“ (Friedrich u.a. 1991, 5) ausgerichtet. Zum Zweiten stellten sie fest, dass sich enge Zusammenhänge zwischen Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus, Antisemitismus und der Verharmlosung des Faschismus ausbilden. Der Anteil autoritär-nationalistischer Einstellungsmuster liegt bei Schüler:innen und Lehrlingen bei 15-20%, bei den männlichen noch darüber (dies., 15). Zum Dritten übersteigt das Ausmaß der Gewaltbereitschaft bzw. Gewalterfahrung deutlich das Maß der Zuordnung zu rechtsextremen Gruppen/Szenen (auch Förster u.a. 1992, 13). Zum Vierten sahen die Autoren bei den Befragten – zum Teil quer zu den anderen Befunden liegend – aber auch eine starke Zustimmung für Verbote rechtsextremer Gruppen und Parteien (50%). Ein knappes Drittel sprach sich für den Einsatz „aller Mittel, einschließlich der Gewalt im Kampf gegen den Rechtsextremismus aus“ (Friedrich u.a. 1991, 5).

Im selben Zeitraum untersuchten Böhnisch u.a. (1992) in der sogenannten „Gesellungsstudie“ mithilfe einer Fragebogenerhebung unter sächsischen Jugendlichen Fragen der Gewaltbereitschaft und der Zuwendung zu entsprechenden Gruppen und Milieus. Ausgangspunkt zur Erklärung der beobachteten zunehmenden Gewaltakzeptanz sind hier Orientierungsprobleme in der Transformationsphase und als Ergebnis vorheriger Verunmöglichungen eigenständiger Gesellungsformen und Sinnverlust in der Gesellschaft der DDR. An den Selbsteinschätzungen der Befragten orientiert unterscheiden die Autoren vier Gruppen: erstens Rechte, zweitens Linke, drittens eine „graue Masse“, die in den beiden „Szenen“ nicht auftaucht; viertens die Gewalttätigen, die sich (aufgrund ihrer unpolitischen Haltung) vermeintlich von den Rechten und Linken abgrenzen lassen. Allerdings kommt die Studie zu dem Befund, dass sich auch Rechte und Linke „nicht eindeutig politischen Gruppierungen entsprechender Art zuordnen [lassen], sie verwenden zwar politisch angereicherte Symbole, sind aber eher als Strömungen zu bezeichnen, die durchlässig sind und den Jugendlichen vor allem Anhaltspunkte der Gleichaltrigengesellung und der jugendkulturellen Orientierung bieten“ (dies., 5).

Als auffällig bezeichnen die Autoren unter anderem folgende Aspekte: erstens stellt der Nahraum für die Jugendlichen (auch in emotionaler Hinsicht) einen zentralen Rückzugsort dar, dessen Bedeutung durch die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche, Krisen und Transformationen noch wächst; zweitens wird die allgemein konstatierte Frontstellung zwischen links und rechts zwar von den Befragten wahrgenommen, dies aber weniger stark als von Verantwortlichen der Jugendarbeit (dies., 9); drittens bestätigt sich hier das Klischee einer hohen, in sich konsistenten, Ausländerfeindlichkeit nicht (dies., 23ff.) – dies auch im Hinblick auf eine zeitgleich durchgeführte Studie in Baden-Württemberg, wo sowohl die Zufriedenheit als

auch die Ausländerfeindlichkeit höher ausfielen; viertens ist die Gewaltbereitschaft insgesamt gebrochen und wird vor allem von männlichen Jugendlichen ausgeübt.⁷

In die Konzeption des AgAG erhielten vor allem jene Befunde und Sichtweisen Eingang, die das Moment der politischen Orientierung relativierten und zugleich eine starke Verbreitung von Gewaltanwendung konstatierten. Insofern erstaunt es nicht, dass sich auch in späteren Programmmaterialien nur wenige tiefergehende Hinweise auf politische Einstellungen und kaum Einschätzungen zur besonderen Bedeutung politischer Einstellungen finden. So wird im zweiten Zwischenbericht (ISS/IFFJ 1994) allgemein von gewalttätigen und gewaltbereiten Jugendlichen gesprochen, die durch das Programm hauptsächlich erreicht werden sollen. Chiffren wie „rechtsorientiert“ und „linksorientiert“ werden zwar verwendet, aber in Tiefe und Relevanz nicht näher beschrieben. Im Grunde ganz ausgespart werden die politischen Dimensionen der Gewalt, die starken Asymmetrien der Gewalt sowie der gesellschaftliche Kontext, in dem sie stattfand. Mehr noch: Versuche einer politischen Kontextualisierung werden sogar eher als Störung des Programmablaufs interpretiert. So heißt es im Zwischenbericht: „Unterschätzt wurde der hohe Politisierungsgrad des Aktionsprogramms *insbesondere in seiner Wirkung auf die Projekte*“ (ISS/IFFJ 1994, 9; eigene Hervorhebung). Dieser Politisierung, so weiter, hätte mit fachpolitischen Konzepten entgegengetreten werden müssen. Der Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung (Böhnisch 1995) verzichtet völlig auf tiefergehende Reflexionen zu Problemlagen bzw. konzentriert sich auf den Aspekt der Bewältigung der Transformations- und Brucherfahrungen (Milieuverlust) und im Sinne einer sozialisationstheoretischen Perspektive auf Prozesse der Milieubildung. Der Abschlussbericht von 1997 stellt – der Programmidee entsprechend – Jugendgewalt in den Mittelpunkt. Zum Teil wird ein größerer Kontext des Rechtsextremismus zwar erwähnt und festgestellt, dass es sich keinesfalls um ein bloßes Jugendproblem handle (Fuchs/Kreft/Löhr 1997). Im weiteren Verlauf ist dann aber doch weitgehend unbestimmt von „[g]ewalttätige[n] Ausschreitungen jugendlicher Gruppierungen untereinander und nicht zuletzt spektakuläre[n] ausländerfeindlich motivierte[n] Straftaten“ (Bohn/Münchmeier 1997, 70) sowie von „rivalisierenden Jugendgruppen“ (dies., 115) die Rede, die Anlass für das Programm gewesen seien.

Zugleich ist festzustellen, dass diese Problemdarstellung nicht konsequent durchgehalten wurde. Der Bruch mit der Entpolitisierungssemantik zeigt sich vielfach zwischen den Zeilen. Fast schon grotesk mutet jedoch die Covergestaltung der Abschlussberichte an. Während in den Texten eine starke Fokussierung auf Rechtsextremismus, überhaupt eine allzu starke politische Betrachtung vermieden wird, präsentiert das Cover die primitivistische Zeichnung eines zum Hakenkreuz geformten Skinheads mit Baseballschläger in weißem Kreis auf rotem Grund. In nicht zu überbietender Deutlichkeit wird damit zumindest auf der ikonografischen Ebene herausgestellt, welche Probleme es offenbar waren, die den Ausgangspunkt des AgAG darstellten und das Programm dann begleiteten und prägten.

⁷ Zu einstellungs- und handlungsbezogenen Unterschieden und Analogien zwischen Ost und West siehe auch die empirischen Befunde aus jener Phase bei Behnken/Günther 1991; Schönwälder 1991; Deutsches Jugendinstitut 1992; Gille 1992; Heinemann/Schubarth 1992; Heitmeyer u.a. 1992; Melzer 1992; Schubarth/Hoffmann-Lange 1992; Sturzbecher/Dietrich 1992; Frindte 1993; Oesterreich 1993; Otto/Merten 1993; Willems/Würtz/Eckert 1993; Veen 1994; Klein-Allermann u.a. 1995.

Strategien und Verlauf

In seiner praktischen Ausrichtung setzte das AgAG auf eine möglichst große Vielfalt an Angebots- und Tätigkeitsformen. Es griff zugleich auch die Empfehlungen des 8. Kinder- und Jugendberichts auf, der eine stärkere Lebensweltorientierung als nötig bezeichnet hatte. Umgesetzt wurden 16 verschiedene Handlungsansätze; zugleich wurden diese Tätigkeitstypen, wie es im Zwischenbericht heißt, „transformiert“, das heißt an die spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland angepasst (ISS/IFFJ 1994). Dabei kam es im Programmverlauf zu größeren Veränderungen. So wurde bereits im Zwischenbericht etwa eine tendenzielle Abkehr von der Arbeit mit festgefügtten Cliquen und eine Arbeit in loseren Arrangements festgestellt, wobei dieser Strategiewechsel wohl im Wesentlichen den inneren Umstrukturierungen der Adressatengruppen folgte.

Während in Bezug auf praktische Umsetzungen (Entwicklungs-)Offenheit Programm war, spiegeln sich in der Adressatenbestimmung und der konzeptionellen Rahmung die genannten Inkonsistenzen der Problembeschreibung. Gefördert werden sollten Projekte, die eine „präventive und reaktive Gewaltminderung unter Jugendlichen“ erreichen (BMFJ, zit. nach Kress 1997, 128). Entsprechend lautete der zentrale Auftrag an die AgAG-Projekte, Jugendliche pädagogisch anzusprechen, die als gewalttätig oder gewaltbereit identifiziert wurden (ISS/IFFJ 1994). Im Beginn des AgAG wurden hierzu durch die Programmverantwortlichen drei pädagogische Leitlinien festgelegt (Bohn 2000, 89). Erstens wurde herausgestellt, dass Normabweichungen mehr oder weniger typische Erscheinungen der Jugendphase als Experimentierphase seien. Die Angebote dürften aus diesem Grunde nicht ausgrenzen, sondern müssten Grenzen markieren und „Rückwege“ in die Gesellschaft ermöglichen. Zweitens sollten die Projekte lebenswelt- und lebenslageadäquat arbeiten. Gegenüber Handlungsvorgaben von oben (das heißt hier: seitens der Programmverantwortlichen) sollten sozialräumliche Handlungsoptionen und Bedarfslagen leitend sein. Drittens sollte durch die Projekte Stigmatisierung vermieden und Entstigmatisierung erreicht werden. Die Jugendlichen sollten auch nicht „auf der Basis auffälliger sozialer Merkmale“ (ebd.) zusammengefasst und auf dieser Grundlage betreut werden, was in einem doch deutlichen Widerspruch zu Auftrag, Anlass und Zielgruppenbestimmung stand. In diesem Sinne verband sich in der AgAG-Konzeption eine akzeptierende mit einer sozial-integrativen Perspektive.

Diese Linien mussten bereits sehr früh modifiziert werden. Grund dafür war die öffentlich-mediale Skandalisierung mehrerer Fälle, in denen Neonazis im Rahmen von AgAG-Projekten frei agierten oder sogar als „Sozialarbeiter“ eingestellt worden waren (vgl. etwa Bundesregierung 1993; Buderus 1998). In einem ersten Schritt wurden im Herbst 1992 auf einem Beratertreffen sechs „Leitplanken“ formuliert und als mögliche Eckpunkte diskutiert. Diese lauteten: 1. Keine Gewalt aus Projekten heraus, 2. Projekte müssen gewalteindämmend wirken, 3. Es darf keine Ideologisierung bzw. Politisierung in den Projekten erfolgen, 4. Die Kooperationen zwischen den Projektmitarbeiter:innen für unterschiedliche Szenen müssen gesichert sein, 5. Die Projekte dürfen keine ‚geschlossenen Veranstaltungen‘ sein, sich also nicht an hermetische Gruppen

richten bzw. solche Abschlüßungen fördern, 6. Die Kriminalisierung von Jugendlichen muss verhindert werden (siehe Bohn/Münchmeier 1997, 105). Es handelt sich hier eher um Präzisierungen der oben genannten Leitlinien, mit denen auf den Umstand der Politisiertheit *der Adressat:innen*, auf real auftretende Probleme sowie auf kritische Berichte in den Medien gleichermaßen reagiert wurde. Vor allem die anhaltende öffentliche Berichterstattung und Kritik dürften dazu geführt haben, dass rasch weitere Modifizierungen folgten. An diesem Umstand wird deutlich, dass neonazistische Raumnahmen tatsächlich in nennenswertem Umfang stattfanden und die Umsetzung der Leitlinien unmöglich machten. Die erstellten Handlungsmaximen ergänzten die o.g. Leitlinien, indem die Förderung der sozialräumlichen Aneignung (analog zum 8. Jugendbericht) betont und die Notwendigkeit der Definition der Adressat:innen gegenüber einer Arbeit nach dem „Zufallsprinzip“ (ISS/IFFJ 1994) herausgestellt wurde. Im selben Zeitabschnitt wurden mit besonderem Blick auf Erfahrungen mit neonazistischen Raumnahmen für alle Projekte fünf verbindliche Regeln aufgestellt: „1. Von den Projekten darf keine Gewalt ausgehen, 2. Projekte dürfen sich nicht als Rekrutierungsfeld rechtsextremer Organisationen mißbrauchen lassen, 3. Im Rahmen der Projekte darf keine rechtsextremistische Propaganda betrieben werden, 4. In den Projekten dürfen keine Waffen mitgeführt werden, 5. In den Projekten dürfen keine Musik und Auftritte von Bands mit Titeln, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurden, zugelassen werden“ (vgl. Bohn/Münchmeier 1997, 107). Deutlich wird hier das Eingeständnis, dass zumindest in den mit Rechten arbeitenden Projekten offenbar keine Selbstregulation stattfinden konnte. Betont wurde in diesem Zusammenhang auch, dass es aus pädagogischer (und legitimatorischer) Perspektive wichtig ist, in Projekten mit Rechten Mitarbeitende einzusetzen, die „in zweifelsfreier und demonstrativer Distanz zur Klientel“ stehen (Koch 1994, unveröff., zit. nach Bohn/Münchmeier 1997, 107f.).

In welcher Weise und ab wann diese Vorgaben umgesetzt wurden, lässt sich aus den vorliegenden Dokumenten nicht rekonstruieren. Auszugehen ist in jedem Fall davon, dass die offiziellen Projektberichte eine eher geglättete und verkürzte Version präsentieren, also eine Darstellungswahrheit produzieren. Insofern ist von einer anhaltenden Balancierung auszugehen, die so auch im Zwischenbericht von 1994 betont wird. Einerseits, so heißt es dort, erweise es sich als „unmöglich, mit Jugendlichen, die fest in rechtsextremen Organisationen verhaftet sind, sozialpädagogisch zu arbeiten“ (ISS/IFFJ 1994, 91). Andererseits sollte ein Ausschluss aber erst erfolgen, wenn eine Beeinflussung über die Gruppe und über Gruppenprozesse nicht mehr möglich erscheint. Zugleich sei es Aufgabe der Projekte, die sich rechts definierenden Jugendlichen „mit der gesellschaftlichen Realität und dem gesellschaftlichen Normensystem ständig zu konfrontieren“ (ebd.). Bohn (2000, 88) hält in einer Nachbetrachtung fest: Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass mit drei Zielgruppen nicht gearbeitet werden konnte: a) Erwachsene zwischen 25 und 30, die bereits in der DDR in rechten Milieus sozialisiert wurden und die nur kurzfristig angesprochen werden konnten, b) organisierte Neonazis (aber v.a. aufgrund des Schutzes der Mitarbeitenden und Projekte von öffentlichen Angriffen, nicht wegen fehlender Ansprechbarkeit), c) mit Jugendlichen, die gegenüber Mitarbeitenden gewalttätig wurden. Auch hier liegen allerdings keine Informationen darüber vor, wann diese Schlüsse gezogen wurden, in welchem Maße sie in welchen Projekten eine Umsetzung erfuhren und auf

welche Arbeitsansätze und Arbeitsfelder sich dieser Befund genau bezieht. Handelt es sich also um eine generelle Erkenntnis oder um eine Erkenntnis, die nur auf bestimmte Settings – wie Offene Jugendarbeit und/oder Mobile Jugendarbeit – bezogen ist?

Augenfällig ist eine quasi durchgehend vorhandene Tendenz zur Problemexternalisierung. Vielfach wird auf Kritik von außen verwiesen und die Modifizierung vor allem auch als Schutz der Mitarbeitenden (vor Anfeindungen und Delegitimierungen) dargestellt (Bohn/Münchmeier 1997, 105f.; Bohn 2000, 89). Das Bild einer Intervention von außen bezieht sich hier deutlich auf Medien; nicht näher erwähnt wird der Umstand, dass auch im Inneren der Gemeinwesen zum Teil Kritik formuliert wurde, zum Beispiel von (jugendlichen) Antifa-Gruppen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Zugleich bleibt weitgehend unklar, wie sich diese Haltung zum eigentlich formulierten Anspruch verhält, gerade nicht „akzeptierend“ zu arbeiten. Im Rahmen eines Disputs zwischen Krafeld als exponiertem Vertreter des „akzeptierenden“ Ansatzes und Programmverantwortlichen, der sich an den o.g. Medienberichten entspannt, wurde die Differenz sowohl von Seiten der Ministerin als auch der Programmkoordination betont. Angela Merkel unterstrich, dass das Programm stärker und expliziter als der akzeptierende Ansatz darauf abzielt, Veränderungsprozesse in Gang zu setzen (Merkel 1992). Das ISS erklärte im Rahmen einer Pressemitteilung: „Die beratenden Institute orientieren sich [...] nicht an dem in der pädagogischen Fachdiskussion der letzten Zeit eingeführten und mißverständlichen Begriff der sog. akzeptierenden Jugendarbeit. Zwar ist es einerseits für die Pädagogen erforderlich, Zugang zu den Jugendlichen zu finden und eine tragfähige Arbeitsbeziehung herzustellen. Andererseits ist es Inhalt und Ziel der Projekte des AgAG, Gewaltorientierung und Intoleranz abzubauen, extremistischen Orientierungen entgegenzuwirken und eine positive Einstellung zur demokratischen Gesellschaft zu vermitteln“ (ISS 1992).

Erreichte Jugendliche

Die Auswahl der Adressatengruppen der Projekte erfolgte laut der vorliegenden offiziellen Darstellungen auf Regionalkonferenzen (Bohn/Münchmeier 1997). Allerdings deutet sich in Projektberichten an, dass die tatsächliche Bestimmung letztlich eher vor Ort in den Projekten erfolgte und sich an den oft rasch verändernden Lagen orientieren musste.

Die Programmberichte bieten verschiedene Schätzungen und Informationen über Zahl und Kontur der von den AgAG-Projekten erreichten jungen Menschen, die auf Projektberichten, Befragungen von Jugendlichen und Mitarbeiter:innen sowie Einschätzungen von Berater:innen beruhen. Die jeweils angegebenen Zahlen pendeln zwischen 6.000-6.500 (Bohn 2000, 88), „mindestens 6.500“ (Fuchs/Kreft/Löhr 1997), 6.550 bis 8.000 (Bohn/Münchmeier 1997, 53), 8.421 (ISS/IFFJ 1994, 5) und 8-10.000 erreichten Jugendlichen (Böhnisch u.a. 1995). Da es sich hier um Schätzwerte handelt und Zahlen vor allem auch die Funktion von Leistungsnachweisen besitzen, ist ihre Aussagekraft eher gering. Letztlich interessanter sind Informationen darüber, welche Arten von Jugendlichen erreicht wurden. In den Berichten der Programmbegleitung ist hierzu äußerst allgemein die Rede von einem Konglomerat aus „deutliche[r] politische[r] Orientierung“,

„entsprechende[m] Auftreten und Verhalten“ sowie kumulierenden sozialen Problemlagen unterschiedlicher Art (ISS/IFFJ 1994, 113), die für die Mehrheit der erreichten Jugendlichen typisch sei (auch Bohn 2000, 88). Nicht näher erhellt wird allerdings, was ein „entsprechendes“ Auftreten und Verhalten genau umfasste und welchen „kumulierenden sozialen Problemlagen“ genau zu beobachten waren. Zudem wird im selben Bericht auch darauf hingewiesen, dass keinesfalls nur „auffällige“ Jugendliche erreicht wurden. Ergänzt wird das Bild durch Informationen aus anderen Veröffentlichungen. So findet sich im Endbericht etwa die Einschätzung, dass in der Mehrzahl Jungen erreicht wurden; im Gesamtbild ist das Verhältnis demnach 70/30 (Bohn/Münchmeier 1997). Geschlechtsspezifische Betrachtungen finden sich dennoch nur wenige; sie beziehen sich dann auch dezidiert auf den Teilbereich der Arbeit mit Mädchen (Behn 1995; Bischoff 1995). Bohn (2000) weist darauf hin, dass in den ersten Jahren vor allem Jugendliche bis 21 Jahren erreicht wurden, die Projekte im weiteren Verlauf aber immer mehr Kinder und jüngere Jugendliche ansprachen.

Auch wenn der Faktor ‚politische Einstellung‘ insgesamt kleingehalten wird, finden sich hierzu in verschiedenen Berichten konkretisierende Angaben. So wird im 2. Zwischenbericht unter Bezugnahme auf Befragungen der Praxis konstatiert, dass sich etwa 40% der Projekte an rechtsorientierte und 10% an linksorientierte Jugendliche richteten. Der „Rest“ der Projekte (also die Hälfte) adressierte unterschiedliche Gruppen, nicht näher spezifizierte Gruppen oder sowohl rechte als auch linke Gruppen (vgl. ISS/IFFJ 1994, 69). Damit wird an diesen Zahlen zwar deutlich, dass das AgAG im Gesamten nicht bloß ein Programm zur pädagogischen Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen war. Zugleich bleibt die Darstellung der politischen Kontur der Klientel in diesem wie auch im Endbericht aber bruchstückhaft, oberflächlich und zum Teil auch widersprüchlich. Dies hat offenkundig auch damit zu tun, dass es Einordnungsschwierigkeiten gab. Diese Einordnungsschwierigkeiten mögen mit unterschiedlichen Gründen zusammenhängen, etwa der hier und da erwähnten Fluidität von Selbstzuordnungen. Sie dürften aber auch schlicht darauf zurückzuführen sein, dass solche Einordnungen innerhalb der Programmlogik nicht höchste Priorität besaßen. Entsprechend heißt es im Endbericht etwa, dass 2/3 der Projekte zwar von rechten Einstellungen der Klientel berichten, die Antwortenden aber in der Regel nicht zwischen „rechts“, „ausländerfeindlich“ und „ordnungsorientiert“ differenzieren (Bohn/Münchmeier 1997, 58). Insofern schlägt hier die „antistigmatisierende“ und entpolitisierende Perspektive der Programmebene auf die Praxisebene durch und findet von dort ihren Weg zurück in die Programmberichte.

Zu den Widersprüchlichkeiten und Inkonsistenzen gehört es dabei, dass zugleich vertiefende Betrachtungen der politischen Konturen der Adressat:innen vorliegen, die der Logik der Entpolitisierung zuwiderlaufen und genau genommen sogar an ein Extremismustheoretisches Deutungsmuster anschließen (ohne dass dieser Begriff im Programmkontext systematisch verwendet worden wäre). Auffällig ist zudem, dass gerade in Bezug auf „rechte“ und ausländerfeindliche Jugendliche Heterogenität und Widersprüchlichkeit herausgestellt werden. So heißt es im Endbericht, eine unbekannte Praxisquelle zitierend, dass in Eins zu Eins-Gesprächen „unbewußt [sogar] eher linke zumindest aber solidarische Einstellungen“ vertreten werden (Bohn/Münchmeier 1997, 57). Bemerkenswert ist auch, dass hier zwar verschiedene Cliquenformen dargestellt werden, bei Cliquen mit „Weltsichten“ jedoch keine rechten, dafür aber verschiedene linke Etiketten angeführt werden (dies., 57).

Noch einmal etwas anders sieht eine von den Berater:innen stammende Klassifizierungslogik aus, auf die bereits im 2. Zwischenbericht von 1994 eingegangen wird. Diese unterscheidet zwischen „harten Zielgruppen“ und weiteren Zielgruppen, wobei „hart“ sich offenbar auf inhaltliche Aspekte („Härte“ der Einstellung), auf verhaltensbezogene Aspekte (Ausmaß der Gewaltorientierung) oder auf soziale Lagen (Ausmaß der Probleme) beziehen konnte und damit ebenfalls eine wenig aussagekräftige Kategorie darstellt. Eine im zweiten Halbjahr 1993 unter den Berater:innen durchgeführte interne Erhebung kam zu dem Befund, dass insgesamt etwa 30% der Projekte mit sogenannten „harten Zielgruppen“ arbeiteten (ISS/IFFJ 1994, 113). In einer resümierenden Veröffentlichung ist stattdessen von einem „harten Kern“ die Rede, worunter eine „Gruppe von Jugendlichen [verstanden wird], die wiederholt Gewalt gegen Personen anwendeten und verfestigte rechte sowie linke politische Weltbilder vertraten“ (Bohn 2000, 88). Auch wenn beide Begriffe nicht deckungsgleich sind, ist hier vermutlich dasselbe gemeint. Bei den Projekten, die mit „harten“ Zielgruppen arbeiteten, handelte es sich nach Einschätzung der Mitarbeitenden in 70% der Fälle um rechte, in 30% der Fälle um linke Zielgruppen (ISS/IFFJ 1994., 114). Zugleich wurde festgestellt, dass dies aber auch jene Projekte sind, in denen der Anteil an sozialpädagogischen Fachkräften geringer ist und der Personalschlüssel ungünstiger ausfällt. Die in Bezug auf das AgAG formulierten Kritiken betreffen also faktisch vor allem die Projekte, die in besonderem Maße mit Politik zu tun hatten.

Weitere Informationen zur Kontur der von AgAG-Projekten erreichten Jugendlichen liefert Böhnischs (1994) (quantitative) Jugendstudie, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms entstanden ist und auf der Auswertung von 1844 Fragebögen basiert. Sie entspricht in Teilen der Perspektive der Programmberichte, weicht in anderen Teilen aber auch von ihr ab. Erreicht wurden demnach von den Projekten – Stand 1994 – bis zum Alter von 16 Jahren mehrheitlich Mädchen, erst in der Altersgruppe ab 18 Jahren dreht sich das Bild. Der überwiegende Teil ist nicht der klassischen Definition nach sozial ausgegrenzt und marginalisiert (ders., 16), sondern v.a. auf „Orientierungssuche“, was im deutlichen Kontrast zur Darstellung der Programmberichte spricht. Gewalt untereinander wird stark von jugendkulturellen Kriterien und Cliquenzugehörigkeiten moderiert, allerdings stellt sie bei „rechten“ Jugendlichen deutlich auch ein generelles Lebensbewältigungsmittel dar (ders., 33). Unerwähnt bleibt auch hier allerdings die Asymmetrie der Gewalt und der Umstand, dass rechte Gewalt sich in hohem Maße gegen Unbeteiligte richtete. Gefragt wird in dieser Studie schließlich nach (politischen) Orientierungen. Hierzu gab ein Drittel der Befragten keine Antwort, von den anderen verorteten sich 37% „neutral“, 14% als „gemischt“, 5,7% als „Normalos“, 18% als „rechts“ bzw. „rechtsradikal“ und 10% als „links“.⁸ Dabei tendierten die Jungen stärker dazu, sich politisch einzuordnen. Darüber hinaus wird festgestellt, dass eine „[b]edeutende Minderheit“, nämlich knapp 18%, zu „fremdenfeindlichen Gewalteinstellungen“ (Böhnisch 1994, 34) neigt und bei ihnen eine sehr viel höhere Empfänglichkeit für Vorstellungen eines „Asylproblems“ vorliege, wobei nicht klar wird, ob es sich in diesem Fall mehrheitlich oder gänzlich um jene Jugendlichen handelt, die sich auch als „rechts“ einordnen. Allerdings weist Böhnisch auch darauf hin, dass

⁸ Über die politische Verortung der restlichen Jugendlichen finden sich keine Informationen.

diese Zahlen nur wenig über die Spezifik der AgAG-Klientel aussagen, da sie letztlich nicht von anderen Befragungen ostdeutscher Jugendlicher abweichen.

Die Zahl an Beiträgen, die sich spezifischer Probleme annimmt – und dabei in der Regel das offiziöse Erzählmuster von Jugendgewalt und Desintegration verlassen – ist gering. Ein Beispiel bietet der Text von Behn (1995). Er stellt heraus, dass im AgAG praktisch die Auseinandersetzung mit rechter Gewalt in Vordergrund stand und weist zugleich darauf hin, dass in dieser Auseinandersetzung geschlechtsspezifische Aspekte kaum berücksichtigt wurden. Insbesondere Ansätze der Mädchenarbeit seien bei ostdeutschen Praktiker:innen zunächst oft als typische „West“-Modelle zurückgewiesen und mit Verweis auf die Spezifik der diesbezüglich als egalitärer eingeschätzten ostdeutschen Gesellschaft auch als unnötig erachtet worden. Ein Übriges tat, dass die starke Fokussierung auf Gewalt eine besondere Beschäftigung mit den (überwiegend männlichen) Gewalthandelnden nahelegte. Gleichwohl handelt es sich, so Behn, in der Regel nicht um Jungscliquen, was eine nähere Auseinandersetzung mit Mädchen als auch mit der Kategorie Geschlecht nötig macht. Als typische Schwierigkeiten der Arbeit in den AgAG-Projekten wird hier festgehalten: Ansätze der Mädchenarbeit ließen sich oft nicht realisieren, weil die Mädchen kein Interesse an einer (auch nur partiellen oder temporären) Herauslösung aus den Cliquen zeigten (dies, 165) oder männliche Jugendliche nehmen Einfluss auf die Konzeptarbeit und verhindern so die Umsetzung bestimmter Vorhaben (wie exklusive Aktivitäten mit Mädchen) (dies., 166). Dies führte dazu, dass Arbeit mit Mädchen in der Regel im Rahmen der geschlechtsheterogenen Gruppen stattfand. Auf der anderen Seite stellt Behn fest, dass aus der starken Dominanz der Jungen zwar eine Konzentration auf diese resultierte. Dies ging jedoch weder einher mit konzeptionellen Bezügen auf Ansätze der Jungenarbeit (die von ihr auch als wenig passungsgenau erachtet werden) noch mit der Entwicklung eigener Jungenarbeitsansätze (167). In diesem Sinne wird von ihr auch nach dem Ende des Programms ein hoher Handlungsbedarf konstatiert, der sich sowohl auf die Unterstützung der Mitarbeitenden als auch auf die Entwicklung geschlechtsspezifischer Konzepte bezieht, um einer fortwährenden Reproduktion von Geschlechterrollen auf beiden Seiten (Fachkräfte und Jugendlichen) zu begegnen.

Bewertungen

In (Zwischen-)Resümees der Programmverantwortlichen und der wissenschaftlichen Begleitung wird ein insgesamt positives Bild des AgAG gezeichnet.

Fuchs/Kreft/Löhr (1997) heben vor allem die Form der Angebote hervor, und sprechen im Gesamten von einem (neuen) Ansatz der „integrierten Jugendarbeit“. Konkret verstehen sie darunter die Verknüpfung unterschiedlicher Angebote über die einzelnen Methoden und Arbeitsfelder nach KJHG hinweg (Jugendarbeit, Sozialarbeit, Kulturarbeit). Eine Spezifik sei auch, dass die Angebote – und damit auch das AgAG – „weder präventiv noch interventiv“ (dies., 20) ausgerichtet gewesen seien und mithin für eine „neue Logik der Intervention“ (dies., 23) stünden, deren Kern jedoch nicht näher erläutert wird. Eher unbestimmt bleibt auch die Frage nach der Gewichtung von Problem- und Strukturzentrierung. Einerseits wird betont, dass das AgAG vor

allem strukturbildende Ziele verfolgte. Andererseits wird es von konkurrierenden Konzepten nicht zuletzt über seine ‚problemgerechte‘ Ausrichtung abgegrenzt. Damit bildet sich die Absicht, mit dem AgAG eine Implementierung eines West-Modells der Jugendarbeit zu verhindern, vor allem in einer abweichenden Funktionsbestimmung aus: nämlich der besonderen Indienstnahme der Jugendarbeit für die Zurückdrängung von Problemen und abweichenden Verhaltensweisen.

Insgesamt kaum auffindbar sind zugleich Hinweise auf **einstellungsbezogene Effekte** des Programms. Als allgemein positiv wird herausgestellt, dass die (jeweils adressierten?) Jugendlichen insgesamt erreichbar waren und die Projekte und Angebote mehrheitlich positiv bewerteten (Böhnisch 1994, 15f.). Erwähnt werden von Böhnisch auch milieubildende und cliquenstabilisierende Effekte der AgAG-Projekte. Nicht ausgeführt wird hingegen, inwieweit es sich dabei – gerade mit Blick auf rechte Gruppen und Szenen – tatsächlich per se um positive Effekte handelt, da Ansprechbarkeit und positive Bewertung durch die Adressat:innen zunächst einmal wenig über haltungsbezogene Effekte aussagen. Auch in anderen Darstellungen werden politische Aspekte ausgespart oder nur am Rande behandelt. Nahezu völlig fehlen Reflexionen der gesellschaftspolitischen Rahmungen des Programms. Zwar wird Kritik registriert und erwähnt. Die Antworten gehen aber nicht unbedingt auf den Kern der Kritik ein. Dies betrifft im Wesentlichen die Einschätzung, dass im Rahmen verschiedener Projekte eine faktische Stärkung lokaler rechter Szenen erreicht wurde. Auf diesen Befund wird vor allem mit Verweisen auf Startschwierigkeiten oder Einzelfälle reagiert. In Bezug auf den Vorwurf der Entpolitisierung bzw. Bagatellisierung rechter Gewalt wird sich letztlich auf (angebliche) Ausgangsprämissen zurückgezogen, nach denen es im AgAG nicht um die Auseinandersetzung mit politischen Orientierungen und politisch motivierten Ereignissen ging. In diesem Sinne erscheint es gerade als Erfolg des AgAG, wenn politische Aspekte in den Hintergrund treten, politische Einstellungen dethematisiert und auf genau diese Weise eine ‚Entstigmatisierung‘ der Jugendlichen erreicht wird. Auf dieser Linie konstatiert etwa Bohn (1997), dass die Projekte vielfach erfolgreich gearbeitet haben, weil es gelungen sei, eine Ausdifferenzierung von Jugend-Szenen zu erreichen, die über das Links-Rechts-Schema hinausweist.

Starke Betonung erfahren hingegen **Pazifizierungseffekte**, die direkt mit AgAG-Projekten in Verbindung gebracht werden. Allerdings fallen die Befunde keinesfalls eindeutig aus, allein schon, weil eine Differenzierung verschiedener Gewaltrichtungen und -urheberschaften nicht vorgenommen wird. Es lassen sich letztlich auch keine (Kausal-)Verbindungen zwischen dem Wirken der Projekte und einem etwaigen Gewalt-Rückgang herstellen. Im Zwischenbericht (ISS/IFFJ 1994) – der in etwa die Situation bis Ende 1993 in den Blick nimmt – wird nachvollziehbarerweise noch nicht von einer Abnahme der Gewalt gesprochen. Allerdings wird davon berichtet, dass Konflikte mit der Polizei sowie Gewalt im direkten Umfeld der Projekte abgenommen haben. Inwiefern es sich um Effekte der Projektarbeit handelt und wie sich diese Effekte zur fortgesetzt massiven rassistischen Gewalt verhalten, wird nicht ausgeführt. Ähnlich interpretationsoffen bleiben Zahlen aus dem Jahr 1995, die im Abschlussbericht Erwähnung finden (Fuchs/Kreft/Löhr 1997). Demnach berichten 45% der Projektmitarbeiter:innen, dass die Beteiligung der Jugendlichen an Gewalt zurückgegangen ist, was unter anderem die Frage

aufwirft, ab welchem Prozentsatz von einer erfolgreichen Pazifizierung gesprochen werden kann. Schließlich bieten auch die Abschlussbetrachtungen an diesem Punkt kein vertiefendes Bild. Zwar wird ein Rückgang von Gewalt an allen Standorten konstatiert (Bohn 1997). Die Entschärfung der Situation wurde demnach oft dadurch erreicht, „daß den rivalisierenden Jugendgruppen – zunächst meist in rechte und linke Lager gespalten – jeweils eigene Räume zur Verfügung gestellt wurden“ (Bohn/Münchmeier 1997, 115). Allerdings bleibt gleichzeitig unerwähnt, dass sich rechte Gewalt ab 1995 auf einem im Vergleich zum Zeitraum 1991 bis 1994 generell niedrigeren Niveau einpendelte (das allerdings immer noch knapp dreimal so hoch ausfiel wie 1990), was sich in der Fläche kaum aus dem Wirken der AgAG-Projekte erklären lässt. Vielleicht auch deshalb wird neben Pazifizierung noch ein weiterer Verdienst hervorgehoben: das AgAG habe den Nachweis erbracht, dass man mit (diesen) gewaltorientierten Zielgruppen pädagogisch arbeiten kann: „Dieser Umstand sollte gewürdigt werden, denn die westliche Jugendarbeit hat sich diesem Problem zunächst häufig verweigert“ (Bohn 1997, 68). Es stellt sich allerdings die Frage, ob damit der (Erfahrungs-)Stand der westlichen Jugendarbeit adäquat wiedergegeben ist. Genauso muss offenbleiben, welcher Art das „umfangreiche“ Wissen“ (Bohn 1997) war, dass im Zuge des AgAG im Rahmen der Gewaltprävention entstanden ist und wie dieses schließlich in spätere Konzepte eingeflossen ist.

Ein vergleichsweise großer Schwerpunkt wird in den Programmveröffentlichungen auf die Darstellung **strukturbildender Effekte** gelegt (siehe dazu auch BMFSFJ 1994). Generell unterschied sich die Bedeutung der AgAG-Projekte von Region zu Region (ISS/IFFJ 1994). Mal waren sie strukturtugend, mal besaßen sie mehr einen ergänzenden Charakter, was noch einmal darauf hinweist, dass neben der Programmebene Regelstrukturen fortbestanden bzw. aufgebaut wurden. Eine erfolgreiche Verzahnung der verschiedenen Ebenen war nicht zuletzt davon abhängig, ob vor Ort hinreichend differenzierte Jugendhilfeangebote vorhanden waren und ob zwischen ihnen ein hoher Grad an Vernetzung und Akzeptanz erreicht wurde (dies., 4). Strukturbildungseffekte sind mit anderen Worten nicht einfach mit dem AgAG in Verbindung zu bringen, sondern ergaben sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren und Bemühungen. Kaum valide Aussagen lassen sich treffen über Strukturbildungseffekte über die Laufzeit des AgAG hinaus. Entsprechende follow up-Untersuchungen liegen nur für Sachsen-Anhalt vor (Simon/Hanselmann 2003). Sie kommen zu dem Befund, dass die Mehrheit der Projekte über die Laufzeit des AgAG Bestand hatte. Demgegenüber heißt es bei Pingel/Rieker (2002, 12): „Die Strukturen und Projektzusammenhänge, die sich in den neuen Bundesländern im Kontext des AgAG-Programms entwickelt haben, sind nur in wenigen Orten noch erhalten bzw. aktiv“. Diese Befunde müssen nicht zwingend im Widerspruch zueinanderstehen. Einerseits hatten die Projekte selbst oftmals Bestand. Andererseits arbeiten sie in der Regel nicht mehr unbedingt mit der Klientel und auch die themenbezogenen Austauschstrukturen lösten sich auf.

In Bezug auf **Qualifizierungseffekte** zeigt sich ein insgesamt uneinheitliches Bild. Im Zwischenbericht (ISS/IFFJ 1994) wird hierzu ein gemischter Befund präsentiert: Zwar war eine starke Beteiligung an Fortbildungsangeboten zu verzeichnen (die durch 75% der in den AgAG-Projekten Tätigen wahrgenommen wurden). Angebote zur berufsbegleitenden Qualifizierung wurde

jedoch nur von 10% genutzt. Dies erklärt sich nach Einschätzung der Autor:innen allerdings weniger aus mangelnder Bereitschaft als aus fehlenden Voraussetzungen und schlechten Rahmenbedingungen (dies., 3). Tiefere Angaben über die Form der Fortbildungen und die Notwendigkeiten von Qualifizierungen beim eingesetzten Personal finden sich hier nicht. Positiver (aber auch allgemeiner) heißt es in späteren Veröffentlichungen, dass sich im und durch das AgAG viele Mitarbeiter:innen (nebenberuflich) weiter- oder grundqualifiziert haben (Bohn 1997).

2.2 Das AgAG in Sachsen

Die sächsischen AgAG-Projekte erhielten zwischen 1992 und 1994 eine Vollfinanzierung aus dem Bundesprogramm, die ab 1995 halbiert und unter Beteiligung von Land (40%) und Kommunen (ca. 10%) fortgeführt wurde (Sächsisches Staatsministerium 1997b). Als sächsische Besonderheit wird von der Programmkoordination im 2. Zwischenbericht die vergleichsweise hohe Kontinuität der dortigen Projekte hervorgehoben (ISS/IFFJ 1994). Zwar konnten zwei Projekte (in Dresden) aus bau- und eigentumsrechtlichen Gründen ihre Arbeit nicht mit dem Programmstart zum 1.1.1992 aufnehmen; insgesamt blieb die Zahl im Programmzeitraum jedoch konstant bei 18 Projekten, in denen insgesamt durchgehend circa 90 Mitarbeitende beschäftigt waren (vgl. auch Sächsisches Staatsministerium 1997b, 3). Unerwähnt bleibt hier allerdings, dass die Projekte ihre direkte Arbeit mit den jugendlichen Adressat:innen zum Teil erst mit großer Verzögerung aufnahmen. So begann etwa in Hoyerswerda die ‚eigentliche‘ Arbeit erst 1993 nach einer immerhin einjährigen organisatorischen Konsolidierung (MJA 1995, 3).

Ein im Vergleich zu manchen anderen Bundesländern geringes Problem scheint in Sachsen durch die im Zuge der Fortführungsphase vorgenommene Reduzierung der Bundesförderung auf 50% entstanden zu sein. Während es anderenorts teils zu einschneidenden Veränderungen der AgAG-Projektlandschaft kam, war der Fortbestand der sächsischen Projekte nicht gefährdet, da diese allesamt in Mischfinanzierung übergeleitet wurden und so bis zum Ende des AgAG-Programms fortgesetzt werden konnten.

Vergleichsweise hoch war in Sachsen der Anteil an Projekten mit aufsuchenden Elementen, die in über 50% der Fälle berichtet wurden (ISS 1992). Ein zentrales Problem stellte allerdings auch in Sachsen der Umstand dar, dass sich die Projekte mit ihren ganzheitlichen konzeptionellen Ansätzen nur bedingt in die Förderstrukturen des damaligen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) integrieren ließen. Eine – in anderen Bundesländern häufiger anzutreffende – Veränderung der Verteilung zwischen öffentlicher und freier Trägerschaft wurde für Sachsen hingegen nicht festgestellt.

Im Hinblick auf die sozialräumliche Einbettung der Projekte stellen Sozialraumanalysen eine sächsische Spezifität dar. Je nach Zeitpunkt der Erstellung und je nach Ausarbeitungsgrad sind sie zwischen Forschung und Handlungskonzeption anzusiedeln. Sozialraumanalysen wurden in Vorbereitung auf die Arbeit (oder begleitend) an den Modellstandorten durch das Diakonische Werk als zuständige Beratungsinstitution durchgeführt. Entsprechende Analysen existieren

nach Angaben der Programmkoordination für alle sächsischen AgAG-Standorte (Bohn/Münchmeier 1997, 89). Zitiert werden in der Literatur allerdings nur jene für Hoyerswerda (Specht u.a. 1992) und Plauen (Diakonisches Werk 1992). Im Rahmen der Recherche waren auch nur diese beiden Analysen auffindbar. Man kann mutmaßen, dass es sich in den anderen Fällen mehr um Skizzen und interne Materialsammlungen handelte, die nicht ihren Weg an die Öffentlichkeit oder auch nur die Evaluation fanden. In diese Richtung weisen auch Anmerkungen aus den Berichten zum sächsischen Landesprogramm, für welches man versuchte, die bestehenden Analysen nutzbar zu machen.

Die beiden vorliegenden Sozialraumanalysen (Hoyerswerda) bzw. Situationsanalysen (Plauen) weisen einen hohen Praxisbezug auf. Sie verknüpfen also ihre Befunde direkt mit der Frage nach Handlungsbedarfen und Gegenstrategien und sind auf diese Weise eng mit der Konzeption und Umsetzung des AgAG-Programms verbunden. Die Sozialraumanalyse von Specht u.a. (1992) zielt erklärtermaßen darauf ab, sowohl auf der Ebene der (regionalen) Jugendhilfeplanung als auch auf der Ebene der (kleinräumigen) Sozialplanung Bedarfe zu ermitteln, die der Entwicklung von Handlungsfähigkeit und (sozial)pädagogischer Praxis dienen (dies., 25). Die Autoren bieten zunächst vier explizite Hinweise, die sie für die Diskussion der Funktion der Jugendarbeit als bedeutungsvoll bewerten: Erstens ist Jugendarbeit grundsätzlich nicht geeignet, schnelle Lösungen für akute Probleme zu liefern. Zweitens bietet eine Ausgrenzungsstrategie keine gesellschaftspolitischen und (sozial)pädagogischen Perspektiven. Drittens sind rein individualisierte bzw. rein problemorientierte Ansätze aus einer sozialintegrativen Perspektive nicht zielführend. Viertens bedarf es aus diesem Grund ganzheitlicher Ansätze, wobei sich der Anspruch der Ganzheitlichkeit sowohl auf den Sozialraum als auch auf die Verbindung unterschiedlicher Unterstützungssysteme bezieht (dies., 25ff.). Mit Verweis auf den 8. Jugendbericht werden als Strukturmaximen etwaiger Maßnahmen genannt: 1. Prävention (in Form struktureller und personaler Prävention), 2. Dezentralisierung und Regionalisierung, das heißt, Anbindung an die konkreten lokalen Bedingungen, 3. Ganzheitlichkeit, d.h. Einbezug des gesamten Lebensweltzusammenhangs, 4. Partizipation (mit den Stichworten Integration und Normalisierung) sowie 5. Freiwilligkeit. Daraus leiten die Autoren ein Handlungskonzept ab, das durch Sozialraumorientierung, Infrastrukturorientierung und Zielgruppenorientierung gleichermaßen gekennzeichnet ist. Ausgangspunkt der Betrachtung ist auch hier die Feststellung, dass wesentliche Teile der bisherigen (staatlichen) Jugendarbeitsstrukturen zusammengebrochen sind. Hinzu kommen ungeklärte Finanzierung, schlechte Personalschlüssel und – zumindest jenseits der Kirchen – das Fehlen eines entsprechend qualifizierten (d.h. nach westlichen Standards ausgebildeten) Personals. Ausgehend von dieser Beschreibung wird ein Konzept zur lokalen Entwicklung der Jugendhilfe entworfen, das nicht nur auf die Gestaltung der pädagogischen Arbeit, sondern vor allem auch auf Strukturaufbau abzielt. Für die Entwicklung der Mobilen Jugendarbeit wird – hier mit direktem Bezug auf politische Problemlagen – ein Konzept entworfen, das unter anderem Personalstellen für die gezielte pädagogische Arbeit mit rechten Jugendlichen, Praxisberatung (durch westliche Fachkräfte) zum Zweck des Wissenstransfers und eine Verknüpfung der Angebote mit der Arbeitswelt sowie „Ausländerarbeit“ vorsieht. Auffällig ist insgesamt, dass rechte Gewalt zwar benannt wird, gleichzeitig aber die Frage des Schutzes der von rechter Gewalt Bedrohten eine untergeordnete

Rolle spielt. Stattdessen wird, analog zu den Perspektiven im AgAG-Programmkontext, allgemein vor einer (weiteren) Eskalation der Situation gewarnt, so dass letztlich die besondere Qualität rassistischer Gewalt und rechter Mobilisierung kaum zur Sprache kommt.⁹ Inwieweit das hier vorgestellte Handlungskonzept umgesetzt wurde, erschließt sich aus den vorliegenden Materialien nicht.

In der ungleich kürzeren Situationsanalyse zu Plauen (Diakonie 1992) sind währenddessen kaum analytische Ableitungen zu finden. Zwar werden infrastrukturelle Voraussetzungen (insbesondere im Hinblick auf soziale und jugendorientierte Angebote), Bevölkerungsdaten (inklusive Aufschlüsselung zu Personen mit Migrationsbiographie) sowie „Mängel und Problemlagen der Jugendlichen“ detailliert abgearbeitet. Die Schlussfolgerungen aus diesen Betrachtungen bleiben aber dünn und fallen bisweilen widersprüchlich aus. So werden „gewalttätige[...] Ausschreitungen rechtsorientierter Jugendlicher, vor allem gegen Andersdenkende und vereinzelt auch gegen Ausländer“ (dies., 43) isoliert als Problem des Jahres 1991 dargestellt und es wird festgehalten, insgesamt sei „keine ausgeprägte aggressive Stimmung gegen Menschen anderer Nationalität zu verzeichnen“ (dies., 17). Gleichzeitig zeigt eine kurze Abhandlung zu „Extremistische[n] Orientierungen und Gewalt“, dass diese vereinfachende Einschätzung wohl nur einen Teil der Realität abbildet. Abschließend wird zu diesem Thema festgehalten:

„Das Phänomen Gewalt und Extremismus konnte von uns nur kurz angesprochen werden. Das Ineinanderwirken von vielen unterschiedlichen, subjektiven und gesellschaftlichen Ursachen muß von Sozialwissenschaftler [sic!] weiter erforscht werden. Allein das Reagieren auf solche Ausschreitungen beseitigt nicht die Grundprobleme“ (dies., 44).

Hier drückt sich die Überforderung über die praktische Umsetzung hinaus schon in der Projektvorbereitung aus.

Während die Sozialraumanalysen zumindest in Einzelfällen konkretere Informationen zu den Bedingungen in Sachsen liefern, sind die Befunde, die sich aus den Programmberichten entnehmen lassen, eher oberflächlich und nur bedingt aussagekräftig. Im Endbericht, welcher 1997 erschien (allerdings nur die Laufzeit bis zur Fortführungsphase darstellte) finden sich zumindest kursorische Angaben zu bundeslandspezifischen Verlaufsbedingungen und Verläufen (Bohn/Münchmeier 1997). In Bezug auf Sachsen werden zwei Besonderheiten herausgestellt: Zum einen wird auf die enge Verbindung des AgAG mit vorgängigen und parallel verlaufenden konzeptionellen Planungen und strukturbildenden Maßnahmen verwiesen. Das sächsische Landesprogramm als wesentlicher Baustein einer Gesamtstrategie bleibt allerdings

⁹ Die spezifische Mischung aus Wahrnehmung manifester Probleme, Überforderung mit ihren Dimensionen und fast schon kapitulierend wirkendem Verzicht auf Skandalisierung der Situation zeigt sich exemplarisch in den Ausführungen von Specht u.a. (1992) zur Lage im November 1991. Dort heißt es, dass in Hoyerswerda noch „463 Ausländer“, jedoch keine Geflüchteten mehr lebten, und weiter: „Inoffiziell sollen allerdings noch Flüchtlinge an geheimen Aufenthaltsorten leben“ (dies.; 47). Was wie ein Bericht aus einem Kriegsgebiet klingt, ist wohlgerne Teil der Sozialraumanalyse einer deutschen Stadt in den 1990er Jahren.

unerwähnt. Dies erstaunt auch vor dem Hintergrund, dass es hier zum Teil zu direkten Überschneidungen der festgelegten Projektstandorte kam, was bei den lokalen Akteur:innen mitunter zu Irritationen führte (vgl. Gerstenberger/Pröhl 1995). Zum anderen wird auf konkrete strukturbildende Effekte – die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (AGJF) im Jahr 1990 – sowie auf zentrale weitere Akteure – den Landesjugendring – verwiesen. An anderer Stelle im Bericht werden als weitere Effekte des AgAG in Sachsen die Gründung des LAK Mobile Jugendarbeit im Jahr 1994 sowie allgemeine Erfahrungstransfers durch Fortbildungen und Tagungen genannt, an denen Fachkräfte aus dem AgAG-Zusammenhang und andere Fachkräfte zusammenkamen. Die Sozialraumanalysen erfahren in den offiziellen Berichten hingegen keine tiefergehende Würdigung.

Nach Einschätzung der Fachberatung (Diakonisches Werk) wurden durch die sächsischen AgAG-Projekte etwa 2000 bis 2500 Jugendliche erreicht (Sächsisches Staatsministerium 1997b, 3), was zwischen einem Drittel und einem Fünftel der insgesamt in AgAG erreichten Jugendliche entspräche. Eine interne Erhebung von 1993 kam zu dem Befund, dass sieben von 18 Projekten – weniger als die Hälfte, aber etwas mehr als die insg. ausgemachten 30% – mit den eingangs ausgeführten „harten Zielgruppen“ arbeiteten (ISS/IFFJ 1994, 113). Allerdings wird hier keine politische Aufschlüsselung vorgenommen, so dass sich in Bezug auf Sachsen nicht sagen lässt, wie viele (und welche) Projekte aus Programmsicht mit verfestigten rechten Gruppen arbeiteten. Sollte die Zahlen erreichter Jugendlicher auch nur annähernd stimmig sein, wirft dies die Frage auf, ob die Zielsetzungen des AgAG durch die ca. 90 angestellten Fachkräfte überhaupt zu erreichen waren.

2.3 Das Landesprogramm „Jugend und Gewalt“

Mehr oder weniger zeitgleich zum AgAG entstanden in allen Bundesländern separate Landesprogramme und damit auch separate Arbeitsstrukturen (Fuchs/Kreft/Löhr 1997: 11). Inhaltlich lassen sich hier zuweilen Unterschiede zum AgAG erkennen, insbesondere was die Betonung von Rechtstextremismus angeht. Der zentrale Unterschied dürfte jedoch eher darin bestanden haben, dass diese Programme, so jedenfalls in Sachsen, stärker und systematischer Elemente des Strukturaufbaus und der beruflichen Qualifizierung betonten, die noch mit weiteren Ergänzungsprogrammen unternetzt wurden.

Spezifisch für den sächsischen Zusammenhang ist, dass eigenständige konzeptionelle Planungen bereits in der Planungsphase des AgAG begannen, sich dabei zum Teil mit ihm überschneiden, es zum Teil auch ergänzten. Dieses unklare Verhältnis zueinander dokumentieren auch die Angaben im AgAG-Abschlussbericht. Erwähnt werden dort ab Herbst 1991 stattfindende konzeptionelle Vorüberlegungen zur Neuorganisation der Jugendarbeit und zum Umgang mit „Jugendgewalt“, an denen Kultusministerium, Sozialministerium und Diakonisches Werk beteiligt waren (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 86). Darüber hinaus wird verwiesen auf einen ebenfalls 1991 eingerichteten „Runden Tisch gegen Gewalt“, auf eine interministerielle

Arbeitsgruppe zu „Jugendgewalt“¹⁰ sowie auf den Landesjugendplan 1993, in den verschiedene konzeptionelle Überlegungen eingeflossen seien. Keine explizite Erwähnung finden hingegen die zwei Konzeptionen, die die Basis des 1992 initiierten Landesprogramms „Jugend und Gewalt“ bildeten, das zum Teil auch als „Anti-Gewalt-Programm“ firmiert (etwa bei IFFJ 1996a; AGJF o.J., 3): Die „Konzeption zur Eindämmung und Zurückdrängung des Rechtsextremismus sowie der Gewaltbereitschaft im Freistaat Sachsen“ sowie die „Konzeption zum Umgang mit der Gewaltakzeptanz unter Jugendlichen“.

Die Finanzierung des Landesprogramms mit 1,8 Mio. DM pro Jahr fand ab 1992 zunächst allein durch das sächsische Kultusministerium (90%) und das sächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (10%) statt. In den Folgejahren wurden mit wechselnden und sehr geringen Anteilen lokale Jugendämter, das Aufbauwerk Sachsen sowie 1993 einmalig mit 0,4% auch die Stiftung demokratische Jugend in die Finanzierung eingebunden. Bemerkenswert ist zudem, dass ab 1993 1,2% der Finanzierung und bis 1995 sogar 10,3% der Gesamtförderung durch die Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von ihr geförderter AB-Maßnahmen und §249h-Stellen (Arbeitskraftförderungsgesetz) bereitgestellt wurden (Gerstenberger/Pröhl 1995, 7).

Das bis 1995 laufende Landesprogramm wurde als Modellprojekt durch die bereits 1990 gegründete AGJF Sachsen umgesetzt. Es umfasste sieben Einzelprojekte in Chemnitz, Dresden, Görlitz, Hoyerswerda/Weißwasser, Leipzig, Plauen und Zwickau. Organisiert durch eine zentrale Koordinationsstelle nahmen im Frühjahr 1992 je drei Mitarbeitende zunächst meist als Streetworker:innen die Arbeit auf, bevor die Angebote im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes Mobiler Jugendarbeit diversifiziert wurden.

Projekte	Alle sieben Projekte zu Beginn in Trägerschaft der AGJF Sachsen, zum Programmende Übergabe und Verstetigung in Regelstrukturen.
Beratung und Begleitung	Nach einführendem „Crash-Kurs“ durch die LAG Baden-Württemberg und zwei einzelnen Veranstaltungen mit der selbigen in 1992 und 1993 keine weitere intensive Fachbegleitung. Diese wurde zwar unmittelbar nach Programmstart für notwendig erachtet und beantragt, „konnte kurzfristig aber nicht [ein]gelöst werden“ (Gerstenberger/Pröhl 1995, 6).
Fortbildungsangebote (und Qualifizierung)	Etablierung berufsbegleitender Qualifizierungsmöglichkeiten an der Fachhochschule Görlitz/Zittau und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden. Fortbildungsmöglichkeiten „innerhalb des Angebots der AGJF“, innerhalb der Projekte selbst oder extern (u.a. IFFJ).

¹⁰ Über die Erwähnung hinaus finden sich im AgAG-Abschlussbericht keine weiteren Angaben zum Runden Tisch, so dass dessen Wirken und Relevanz letztlich unklar bleibt. Auch die Bedeutung der ebenfalls erwähnten Arbeitsgruppe bleibt unklar, zumal sie scheinbar nur zu einem einzigen Treffen (in 1993) zusammenkam, also zu einem Zeitpunkt als konzeptionelle Planungen bereits abgeschlossen waren.

Fachliche Programmkoordination und Verlaufsdocumentation	Organisatorische Anleitung über eine zentrale Koordinierungsstelle, angegliedert an die AGJF als gemeinsamen Träger. Erstellung einer mehrteiligen Abschlussdocumentation plus Zwischendokumentation, in der die einzelnen Projekte vorgestellt werden.
Wissenschaftliche Begleitung	Wissenschaftliche Begleitung nur punktuell.

Eigene Darstellung

Im Vergleich zum Bundesprogramm kam der Sozialraumorientierung dabei offenbar eine deutlich präzisere Rolle zu. Diese wird auch aus dem Einbezug entsprechender Vorfeldrecherchen in die einzelnen Projektdarstellungen im Zwischenbericht (AGJF o.J.) ersichtlich. Bedauerlicherweise stellten sich die Analysen, die im Rahmen des Bundesprogramms angefertigt worden waren und auch für Zwecke des Landesprogramms genutzt werden sollten, dafür als unzureichend heraus, sodass – erneut – Material zusammengetragen werden musste (Gerstenberger/Pröhl 1995, 8). Mit der Betonung dieser langfristig sozialräumlich angelegten Herangehensweise grenzen sich die Projektverantwortlichen und Fachkräfte von einer mehrfach kritisierten, kurzfristigen „Soziale[n] Feuerwehrfunktion“ (AGJF o.J.: 58) ihrer Arbeit ab. Stattdessen wird auch im Hinblick auf die Qualifizierung der Fachkräfte ein Fokus auf den Strukturaufbau gelegt. Während die fachliche Begleitung der Projekte nur punktuell erfolgte (nach einem anfänglichen „Crash Kurs“ durch die LAG Baden-Württemberg, die auch im weiteren Verlauf zwei Veranstaltungen in Sachsen anbot), wurden berufsbegleitende Ausbildungsmöglichkeiten institutionalisiert. In diesem Zuge wurden 1993 an der Fachhochschule Görlitz/Zittau und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden erste berufsbegleitende Studiengänge realisiert (Gerstenberger/Pröhl 1995, 10).

Eine weitere Differenz zum Bundesprogramm kann in der Problembeschreibung und der „Zielgruppen“-Definition des Landesprogramms ausgemacht werden. Zwar wird auch hier in entpolitisierender Weise eine vermeintlich allgemein gestiegene Gewaltakzeptanz als reines Jugendphänomen und Ansatzpunkt des Programms angeführt. Es erfolgt aber zumindest im Nebensatz die Einordnung, dass „viele Jugendliche - teilweise sogar mit hohem Bildungsstand - [...] in ihren politischen Anschauungen nach rechts [neigen]“ (AGJF o.J., 5). Entsprechend bezieht auch die Formulierung des Adressat:innenkreises durch die Koordinationsstelle des Programms politische Orientierungen ausdrücklich mit ein. Im Rahmen eines langfristigen und flexiblen „Beratungs- und Sozialkonzept[es]“ (dies., 4) soll hier Kontakt zu „gewaltbereiten, zum Rechtsradikalismus neigenden bzw. gefährdeten Jugendlichen“ (ebd.) aufgebaut werden. In den Praxisberichten wird zugleich aber auch deutlich, dass diese Klientel vielfach nicht erreicht werden konnte.

Die Dokumentation des Landesprogramms erfolgte maßgeblich innerhalb eines mehrteiligen Abschlussberichtes durch den Träger (AGJF 1995), der Darstellungen aus Sicht der Fachkräfte, der Projektkoordination und in begrenztem Umfang auch aus wissenschaftlicher Perspektive integriert. Zusätzlich existiert ein Zwischenbericht der Programmkoordination, in dem die

einzelnen Projekte mit Blick auf ihre spezifischen Ausgangssituationen, Angebote und bisherigen Verläufe vorgestellt werden (AGJF o.J.). Wissenschaftlich begleitet wurde das Landesprogramm im Gegensatz zum AgAG nur punktuell.

2.4 Kommunale Aktivitäten und Regelstrukturen

So wie AgAG und Landesprogramm nicht auf die Arbeit mit „rechten Jugendlichen“ reduziert werden können, lässt sich die pädagogische Auseinandersetzung mit „rechten Jugendlichen“ nicht auf Projekte in den genannten Programmen beschränken. Bereits vor Beginn der Programme und parallel zu ihnen gab es in einer Reihe von Städten Berührungen zwischen Jugendarbeit und der stetig wachsenden Szenerie des jugendlichen Rechtsextremismus.¹¹ Eine systematische Erfassung dieser Projekte und Einrichtungen existiert nicht, Verdichtungen wären mglw. durch eine Analyse der Jugendhilfepläne der Gebietskörperschaften zu erreichen. Allerdings zeigt sich schon an den bekannten Fällen ein Nebeneinander unterschiedlicher Finanzierungskontexte, Problemdeutungen, Aufträge und Ausgangsbedingungen, also starke Heterogenität. Es ist sinnvoll, die Projekte entlang von zwei Linien zu differenzieren. Eine erste Differenzlinie verläuft entlang des Zustandekommens der Kontakte. Hier finden sich auf der einen Seite Projekte, die zielgerichtet initiiert wurden, um mit rechten Jugendgruppen zu arbeiten, wie etwa in Dresden (Eißrich 2004) oder Hoyerswerda (Wowtscherk 2014). Auf der anderen Seite finden sich Projekte, in denen Kontakte dadurch entstanden, dass rechte Jugendgruppen zu den Nutzer:innen von Jugendeinrichtungen gehörten, wie in Chemnitz (N.N. 2018; Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen 2019) oder Wurzen (Weber 1998) oder sich Räume aneigneten, wie in Zwickau (Reinhard 2019) und Leipzig (Jilek 1998; Affolderbach 2000). Entlang einer zweiten Differenzlinie – des konkreten Umgangs – lässt sich zwischen Angeboten unterscheiden, die mehr oder weniger konzeptgeleitet mit diesen Gruppen arbeiteten (oder die Arbeit abbrachen) und solchen, in denen offenkundig ohne tiefergehende (handlungs)konzeptionelle Grundlage gearbeitet wurde. Die gemachten Erfahrungen werden weiter unten detaillierter dargestellt.

Die Trennung zwischen programmgebundenen und programmungebundenen Projekten ist wichtig, da sich die Kritik an „akzeptierenden Ansätzen“ oftmals stark auf das AgAG konzentrierte, was die Gefahr beinhaltet, einen anderen Teil der damaligen jugendarbeiterischen Realität aus dem Blick zu verlieren. Zu betonen ist zugleich, dass sich die Trennlinie zwischen diesen Strukturen bzw. Angeboten und programmgeförderten Projekten nicht immer scharf ziehen lässt. Genaugenommen ist davon auszugehen, dass eine klare personelle, finanzielle (und erst recht adressatenbezogene) Trennung oft gar nicht möglich war. Mitunter folgte die öffentliche Betonung der Trennung auch der strategischen Überlegung, politischen Schaden vom AgAG-Programm abzuwenden. Dies ist etwa der Fall bei der Diskussion um den Jugendklub

¹¹ Dokumentiert sind Projekte und Einrichtungen in Bautzen, Chemnitz, Delitzsch, Dresden, Hoyerswerda, Leipzig, Wurzen und Zwickau. In den meisten Fällen liegen zur Art der Arbeit und zu ihrem Zustandekommen keine näheren Informationen vor. Einen, hier nicht weiter behandelten, Sonderfall stellen öffentliche Finanzierungen oder Unterstützungen neonazistischer Jugendarbeit dar, wie sie bspw. für Zittau bis in die frühen 2000er Jahre dokumentiert sind.

„WeKaZehn“ bzw. WK-10 in Hoyerswerda. Der von der Stadt der rechten Szene in Teilen zur Verfügung gestellte und mit Sozialarbeiter:innen ausgestattete Klub entwickelte sich von Beginn an zum Zentrum neonazistischer Gruppen, Cliques und Parteien, die dort Treffen und Veranstaltungen abhielten. Als dieser Fall öffentlich skandalisiert wurde, erklärte die Bundesregierung (1993), dass diese Einrichtung weder direkt noch indirekt aus AgAG-Mitteln gefördert wurde. Unterschlagen wurde dabei allerdings, dass die lokalen Akteur:innen durchaus zusammenarbeiteten, miteinander vernetzt waren und in größeren Teilen eben auch mit denselben Zielgruppen arbeiteten (vgl. Kress 1997, 128).

3 Sächsische Projektrealitäten

Gegenüber der konzeptionellen Anlage von AgAG-Bundesprogramm und dem sächsischen Landesprogramm „Jugend und Gewalt“ fand in der Praxis eine Verselbstständigung statt, die eine getrennte Betrachtung von übergeordneter politischer Zielsetzung und praktischer Umsetzung in den einzelnen Projekten erforderlich macht. Dazu können neben Befunden aus der offiziellen Programmbegleitung auch solche herangezogen werden, die sich der Thematik aus wissenschaftlicher Perspektive ohne eigene Involvierung nähern und ihre Befunde verschieden kontextualisieren.

Die Auswertung des Materials macht hier deutlich, dass zwei zentrale Programmdimensionen von den Fachkräften vor Ort neu interpretiert werden mussten. Das betrifft zum einen die Bestimmung der Adressat:innen: Zum Teil konnte die vom Programm vorgegebene ‚Zielgruppe‘ am Einsatzort nämlich nicht angetroffen werden oder sie entpuppte sich als deutlich diverser, als von den Verantwortlichen in den zuständigen Ministerien angenommen. In mehreren Projekten wurde darüber hinaus (zeitgleich) mit verschiedenen Cliques unterschiedlicher Jugendkulturen gearbeitet oder es war wie auf der Programmebene übergreifend von „gewaltbereiten“ Jugendlichen die Rede, ohne deren politische Orientierungen weiter einzuordnen. Zum anderen musste die – in sich bereits spannungsreiche – Programmperspektive in die Praxis übertragen werden. Konkret war für die Fachkräfte zu klären, wie sich Veränderungsperspektive, Integrationsauftrag und Subjektorientierung ins Verhältnis setzen lassen.

Faktisch bestand die Lösung mitunter in einer besonders starken Ausrichtung an vorgetragenen Bedürfnissen der Jugendlichen. Um ihnen flexibel begegnen zu können, wurden zuweilen geplante Vorhaben beiseitegelegt, Methoden angepasst oder Angebote gleich mit den Adressat:innen zusammen entwickelt. Formale konzeptionelle Nachjustierungen oder Neuschreibungen fanden allerdings meist erst mit dem Übergang in die Regelförderung statt. Durch die hohe Zahl von beruflichen Quereinsteiger:innen, die ihre fachliche Ausbildung zeitgleich mit der Etablierung des Projektes realisieren mussten, sind Fragen nach Methodenentwicklung so zum Teil auch auf Fragen nach Methodenkompetenzen zurückzuführen.

Anders liegt der Fall bei programmungebundenen Angeboten. Diese waren in der Regel nicht in größere Handlungsnetzwerke eingebunden und lassen sich dementsprechend auch nicht an übergeordneten Programmlogiken abgleichen.

3.1 Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt

So wie insgesamt in Bezug auf das AgAG liegen auch die Befunde zu den einzelnen sächsischen Projekten nicht gebündelt und systematisch aufbereitet vor, sondern müssen aus verschiedenen Dokumenten (offiziellen Berichten, Evaluation, Praxisdarstellungen, Fachtagsdokumentationen und weiteren) zusammengetragen werden. Darüber hinaus gestaltet sich die Nachverfolgung der im AgAG finanzierten 18 sächsischen Projekte durch eine äußerst dünne Befundlage zur

Projektebene, unvollständige oder ungenaue Projektbezeichnungen oder vorzeitige Trägerwechsel vor Übergang in die Regelförderung als Herausforderung. So werden bspw. in der abschließenden Programmdokumentation des ISS Frankfurt a.M. (Bohn/Münchmeier 1997) Projekte gelistet, die im gleichen Jahr vom Sächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (1997a) unter anderem Namen oder anderer Trägerschaft geführt werden.

Über den Abgleich der wenigen Befunde zu diesen Projekten können zwölf Projekte identifiziert werden, die über den Gesamtzeitraum oder zwischenzeitlich im Projektverlauf, hauptsächlich oder neben anderen, mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen gearbeitet haben. Bei den restlichen sechs Projekten ist eine Arbeit mit diesen keineswegs ausgeschlossen. Sie lässt sich nur aus der Befundlage nicht unmittelbar ableiten. Die Darstellung erhebt aus diesem Grund keinen Anspruch auf Vollständigkeit.¹²

Um in Anbetracht der brüchigen Befundlage eine Nachvollziehbarkeit herzustellen, werden die zwölf genannten Projekte im Folgenden einheitlich unter den (teils zu Projektende nicht mehr aktuellen) Bezeichnungen aufgeführt, unter denen sie in der offiziellen Programmdokumentation (Bohn/Münchmeier 1997, 214f.) gelistet sind.

Chemnitz, Mobile Jugendarbeit Sonnenberg/Bernsdorf. Das Projekt befand sich zunächst in Trägerschaft der Stadt und wurde anschließend an die Stadtmission Chemnitz übergeben.¹³ Die angetroffenen Cliquen werden in beiden Einsatzgebieten unter anderem als gewaltbereit und ‚fremdenfeindlich‘ charakterisiert. Im Projektverlauf wurde in Sonnenberg eine zusätzliche Clique von Schüler:innen betreut, bei der eine „Gefahr des Abgleitens in politisch extreme Milieus“ (IFFJ 1996b, 73) konstatiert wurde (siehe auch Krafeld/Möller/Müller 1993, 126).

Chemnitz, Mobile Jugendarbeit Heckert-Gebiet. Zu Beginn in städtischer Trägerschaft, erfolgte noch im Programmzeitraum eine Übergabe an die Jugendberufshilfe Chemnitz. Im Rahmen des Projektes fand Arbeit mit „gewalt- und kriminalitätsaffinen“ Jugendlichen statt, die als häufig rechtsorientiert beschrieben werden und zum Teil mit „gewalttätige[m] Hool-Verhalten“ (Scheu/Autrata 1996, 50) auffallen.

Dresden, Mobile Jugendarbeit der Stadtmission Dresden. Das Angebot umfasst den offenen Jugendtreff ‚Schlagloch‘ und den ‚Proberaumkeller‘. Erreicht wurden unter anderem „ausgegrenzte Jugendliche, die als ‚gewalttätig‘, ‚kriminell‘ oder ‚radikal‘ eingestuft werden“ (IFFJ 1996b, 77).

¹² Zu folgenden Projekten kann die Arbeit mit rechtsorientierten oder gefährdeten Jugendlichen anhand des ausgewerteten Materials nicht unmittelbar abgeleitet werden: Arbeitslosenwerkstatt im Projektehaus (Dresden); Sozialdiakonische offene Jugendarbeit im Tieck 17 (Dresden); Betreutes Wohnen Luisenstraße 91 (Dresden); Uferlos – Ambulantes Zentrum (Dresden, hier wird von Scheu/Autrata 1996 ein Projekt vom gleichen Träger aber mit anderer Ausrichtung als AgAG-Projekt evaluiert); Zukunftsorientierte Jugendsozialarbeit/Jugendtreff (Lauta, ein von Glaß 2002 betrachtetes Beschäftigungsprojekt vom gleichen Träger arbeitet mit der Klientel, Zusammenhänge mit dem Bundesprogramm bleiben hier unklar); Stufenprojekt zur Eingliederung minderjähriger Trebegänger (Leipzig, vgl. Glaß 2002, IFFJ 1996b, Scheu/Autrata 1996).

¹³ Zur Trägerschaft gehen aus den verschiedenen Quellen teils widersprüchliche Angaben hervor.

Dresden, Jugendtreff Toepler-Park. Getragen von der Stadt Dresden liegen unter dieser Bezeichnung zunächst keine näheren Befunde vor. Der Abgleich mit den Projektlisten der Landesministerien legt jedoch nahe, dass das Projekt nach Übergabe an die SJD – die Falken unter dem Namen *Seitensprung* geführt wurde (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997a; Sächsisches Staatsministerium für Kultus 1995). Hier verkehrten und engagierten sich unter anderem zwei (außerhalb des Treffs rivalisierende) Gruppen, von denen eine als „rechtsorientierte Gruppierung gewaltbereiter Jugendlicher“ (IFFJ 1996b, 75) beschrieben wird.

Dresden, Fan-Projekt. In Trägerschaft des Fan-Projekts des 1. FC Dynamo Dresden e.V. sieht das Projekt seine ‚Zielgruppe‘ in den Mitgliedern der 90 verschiedenen Fanclubs mit rund 1000 aktiven Fans ab 13 Jahren. „Vom Fanclub selbst wird die Hälfte aller Dynamo-Fans prinzipiell als gewaltbereit angesehen“ (Scheu/Autrata 1996, 26), zu politischen Einstellungen und Haltungen erfolgen keine näheren Ausführungen.

Dresden, Projekt *Abbau von Gewalt zwischen verschiedenen Nationalitäten in Dresden.* Das Projekt des Ausländerrat Dresden e.V. ist auch unter der Bezeichnung *Come Together* bekannt. Gearbeitet wurde präventiv mit Kindern und Jugendlichen im Kontext von Schulprojekten und Freizeiten, mit Eltern und Multiplikator:innen sowie mit „gewaltbereite[n] Jugendliche[n] in Jugendklubs“ (IFFJ 1996b, 74).

Görlitz, Mobile Jugendarbeit. In städtischer Trägerschaft wurde hier mit ‚rechtsorientierten‘ Jugendlichen und ihrem Umfeld gearbeitet. Nach Vahsen et al. (1994) entsteht in diesem Rahmen eine Begegnungsstätte für ‚rechte‘ und ‚linke‘ Jugendliche, die allerdings von der rechten Szene dominiert und vom sächsischen Sozialministerium unter der Bezeichnung *Begegnungshaus Kränzelstraße* geführt wird (Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997a).

Görlitz, Sozialdiakonische offene Jugendarbeit. Das auf verschiedene Standorte verteilte Projekt wird auch unter der Bezeichnung *Teekeller* geführt. Dieser stellte einen Teilbereich der sozialdiakonischen Arbeit in Görlitz dar. Ein Teil der ansonsten sehr diversen Jugendlichen wird als ‚auffällig‘ oder ‚gewaltbereit‘ eingeordnet, zudem werden „Jugendliche, mit radikal extremistischen Ansätzen“ (IFFJ 1996b, 80) als Nutzer:innen genannt (siehe auch Scheu/Autrata 1996, 46-49).

Hoyerswerda, Mobile Jugendarbeit. Als Zusammenschluss von neun öffentlichen (Stadt und Landkreis) und freien Trägern, fungierte die Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit e.V. als Träger des Projektes. Dort konzentrierte man sich zunächst auf Jugendliche mit rechter Szenezugehörigkeit sowie im Projektverlauf auf „gewaltbereite, auffällige als auch Jugendliche, die akut gefährdet sind, in Randgruppen abzugleiten“ (MJA Hoyerswerda 1995).

Leipzig, Fußball-Fan-Projekt. Getragen von der Leipziger Sportjugend e.V. wurden vom Fan-Projekt Leipzig im Rahmen des AgAG-Programms 70 Fanclubs mit geschätzten 2000 jugendlichen Fans vom VfB Leipzig und dem SC Sachsen betreut. Zu beiden Vereinen wird eine wachsende Hooligan-Szene berichtet, wobei die Fans des VfB als ‚auffälliger‘ beschrieben werden (siehe auch IFFJ 1996b, 80f.; Scheu/Autrata 1996, 30-33).

Plauen, Mobile Jugendarbeit. Getragen vom Jugendring Plauen e.V wird die Klientel des Projektes als „im Schwerpunkt als gewaltaffin“ (Scheu/Autrata 1996, 56) beschrieben (siehe dazu auch Jugendring Plauen 1993).

Zittau, Gewaltprävention in Zittau. Zu Programmbeginn wird das Unabhängige Institut für Friedens- und Konfliktforschung (UIFK) mit der „Gestaltung eines Netzwerks für zielorientierte Arbeit mit extremen, gewaltbereiten und -anwendenden Jugendlichen zur Gewaltminimierung im Raum Zittau/Ostsachsen“ (Scheu/Autrata 1996, 40) beauftragt. Innerhalb der Projektlaufzeit geht daraus der Verein für Konfliktpädagogik (KPZ) hervor. Dieser etablierte sich als „Träger und Anlaufstelle für rechtsorientierte Jugendliche“ (dies.) mit gesteigertem Organisationsgrad und Szenevernetzung, insbesondere in den ‚Nationalen Jugendblock‘. Als Zielgruppe werden allerdings nicht nur diese angegeben, sondern „extreme, zu Gewalt bereite oder Gewalt anwendende Jugendliche der unterschiedlichen Richtungen“ (IFFJ 1996b, 82).

Die Listung der wenigen Informationen zur Klientel der einzelnen Projekte macht die oben bereits erwähnte Ungenauigkeit der ‚Zielgruppen‘-Bestimmung, aber auch die lückenhafte Befundlage deutlich.

Einen Teil dieser Lücken im Hinblick auf die inhaltlichen Effekte schließt die Abschlussevaluation der sächsischen Projekte durch das Diakonische Werk (Scheu/Autrata 1996, 1997), in der allerdings keine tiefergehende Differenzierung nach politischen Orientierungen der Adressat:innen vorgenommen wird. Die Evaluation wurde in vier Phasen von Oktober 1994 bis Februar 1996 durchgeführt, bezog sich also auf die Entwicklungen in der Fortführungsphase. Sie beinhaltet Angaben zur Klientel, zu Mitarbeitenden, ihrer Aus- und Fortbildung, zu Räumlichkeiten, angewandten Methoden und der ‚AgAG-Spezifik‘ des jeweiligen Projektes, zu auftretenden Problemen, der Zusammenarbeit mit dem Träger und Zukunftsperspektiven. Die Autor:innen fassen zusammen: Auch wenn ein Vergleich der Projekte untereinander aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit nicht unmittelbar möglich ist, können die sächsischen Projekte angesichts der schwierigen Ausgangsbedingungen – ungünstige Personalschlüssel, prekäre lokale Bedingungen – insgesamt als „recht erfolgreich“ bewertet werden (Scheu/Otrata 1997, 27), ohne dass allerdings im Kern erläutert wird, was unter „Erfolg“ zu verstehen ist. Hervorgehoben wird, dass die Arbeit „durchgängig“ von Personen ohne einschlägige Berufserfahrung ausgeübt wurde, wobei ein Teil zeitgleich Qualifizierungsmaßnahmen durchlief. Auch aus diesem Mangel an formaler Qualifikation und Professionalität erklärt sich, dass in den Projekten vielfach die Gestaltung der Beziehungsebene zu den Adressat:innen im Vordergrund stand. Weil „die empathische Beziehung zu ihrer Klientel und das fast schon absolute Verstehen des jeweiligen Handelns“ (dies., 28) eine so starke Rolle spielten, waren auf der anderen Seite Momente professioneller Distanz oft nur schwer zu erreichen. Dies wurde offenbar von den Mitarbeitenden auch als Problem eingestuft und mehrheitlich der Bedarf an Weiterbildung formuliert. Trotz des ganzheitlich-subjektbezogenen Ansatzes der Evaluation zeichnen sich auch hier Unzulänglichkeiten ab: So wurden angesichts der zugrunde gelegten Freiwilligkeit der Teilnahme nur 13 Projekte evaluiert und dabei zu 9 Projektgruppen zusammengefasst. Die damit

einhergehende Ungenauigkeit der Angaben wird durch die teils nur fragmentarisch erfassten Evaluationskategorien verstärkt. Nichtsdestotrotz stellt die Evaluation des Diakonischen Werks den umfassendsten Befund zu einzelnen Projektverläufen dar, der aufgrund seiner subjektbezogenen Anlage Potenziale der Projekte, aber auch ihre Schwachstellen herauszuarbeiten vermag.

Bezüge auf die praktische Umsetzung der sächsischen Projekte finden sich auch im Begleitmaterial des Aktionsprogramms. Im *AgAG Informationsdienst 1/96* (IFFJ 1996b) werden einzelne Projekte aus verschiedenen Bundesländern vorgestellt. Die Rahmung erfolgt hier über die bisher verwirklichten Erfolge, die insbesondere in den strukturfördernden und vernetzenden Effekten der sächsischen Projekte verortet werden. Die Steckbrief-artige Abhandlung der Projekte dient weniger deren vollständiger Darstellung als einem kompakten Überblick über Ausgangslage, formale Aufstellung und Angebote. Dabei wird allerdings auch hier nur rund die Hälfte der sächsischen Projekte und Standorte berücksichtigt.

Die Dokumentation der Projekte durch die Mitarbeitenden selbst, zum Beispiel in Form von Jahresberichten, stellt einen dritten Strang projektbezogener Befunde dar. Aufgrund mangelnder Verfügbarkeit kann darauf jedoch in den meisten Fällen nicht zurückgegriffen werden. Einen Sonderfall bildet in diesem Bereich die *Mobile Jugendarbeit* in Plauen, zu der sowohl die Sozialraumanalyse vorliegt (Diakonisches Werk 1992), als auch ein Jahresabschlussbericht aus dem Jahr 1993 (Jugendring Plauen 1993). Letzterer umfasst die kompakte Nachzeichnung des Projektjahres in seinen Facetten von der Entstehungssituation über Finanz-, Personal- und Raumfragen bis hin zur pädagogischen Arbeit. Diese wird in Streetwork, Gruppen- bzw. Clubarbeit, Einzelfallbetreuung/Beratung und Gemeinwesenarbeit/Öffentlichkeitsarbeit aufgeschlüsselt und durch einzelne Fallbeispiele bebildert (dies.). Auch wenn dabei zunächst nur das erste Projektjahr abgedeckt wird, werden die einzelnen Projektstränge und ihre Zielsetzungen hier sehr viel deutlicher herausgearbeitet als im Fall anderer Standorte. Die Hauptaufgabe Mobiler Jugendarbeit wird darin beschrieben, „die Ausgrenzung und Stigmatisierung von jungen Menschen zu verhindern oder sie zu verringern“ (dies., 5). Zusätzlich geht aus dem Dokument die Interaktion mit verschiedenen Kooperationspartner:innen hervor, unter anderem mit dem Projekt der AGJF Sachsen aus dem Landesprogramm (dies., 10). Dabei wird auch deutlich, wie die Ergebnisse der vorgenommenen Situationsanalyse im Fall von Plauen die Vorbereitung und Konzeption des Projektes zusammen mit etablierten Akteur:innen bereicherten.

Nicht zuletzt fand außerhalb des direkten Programmumfelds aus verschiedenen Perspektiven eine wissenschaftliche Beschäftigung mit den sächsischen AgAG-Projekten statt. Entsprechende Darstellungen und Untersuchungen setzten einerseits einen Fokus auf die pädagogische Arbeit mit ‚rechten‘ Jugendlichen und bezogen dabei auch Projekte außerhalb des Bundesprogramms mit ein (Glaß 2002; Krafeld/Möller/Müller 1993; Vahsen et al. 1994). Andere Befunde entstanden im Rahmen einer kritischen Reflexion des Aktionsprogramms (Buderus 1998) oder am Rande einer problemzentrierten Auseinandersetzung mit der rechten Gewalt in Hoyerswerda Anfang in den 1990er Jahre (Wowtscherk 2014). Gemeinsam ist diesen Analysen die Wahl deutlicher Worte für die Situationen vor Ort und deren kritische Einordnung im Rahmen wissenschaftlicher

Reflexion. Dabei wird zum Beispiel von Vahsen et al. (1994) die Dominanz rechter Szenezusammenhänge in einer Einrichtung der *Mobilen Jugendarbeit Görlitz* benannt, oder von Wowtscherk (2014, 233ff.) die Herausforderungen der Arbeit mit organisierten Jugendlichen und Kameradschaften im Rahmen der Mobilen und der Offenen Jugendarbeit in Hoyerswerda geschildert. Wenig verwunderlich findet hier im Vergleich zu den bisher dargelegten Befunden mit direktem Programmbezug deutlich mehr Kontextualisierung, wissenschaftliche und politische Einordnung der Befunde statt.

Zwischenergebnis AgAG-Projekte

Die wenigen Befunde, die hier zur Projektebene im AgAG-Kontext dargelegt werden können, decken nicht alle Projekte gleichermaßen ab. Nur vereinzelt ist eine dichte Rekonstruktion individueller Verläufe bis zum Übergang in die Regelförderung (im Zweifel durch das Ineinandergreifen verschiedener Befunde) möglich. Im Ergebnis ergibt sich durch dieses Zusammenfügen eben kein Gesamtbild, sondern ein mosaikhafter Überblick über die mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen arbeitenden sächsischen Projekte des Bundesprogramms – der von Lücken geprägt bleibt. Die Verbindung von projektbezogenen Befunden mit den Feldanalysen, die vom Diakonischen Werk zur „gezielten Vorbereitung von gemeinwesenorientierten Projekten der Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit an den jeweiligen Standorten“ (IFFJ 1996b, 71) durchgeführt wurden, findet dabei in aller Regel nicht statt. Die wichtige Auseinandersetzung mit der Situation vor Ort fließt so nicht systematisch in die praktische Umsetzung und schon gar nicht in die (wissenschaftliche) Befassung mit den Projekten ein. Diese Vorbemerkungen vorangestellt, lassen sich in aller Vorsicht einige Ableitungen zu ‚Zielgruppen‘, Konzepten und der Rolle der Mitarbeitenden aus den dargestellten Befunden vornehmen.

Im Hinblick auf die Frage nach den tatsächlich **erreichten Jugendlichen** kann zunächst auf die oben dargestellten Befunde ohne eigene Programmzugehörigkeit verwiesen werden. Da diese die Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen, können hier Orientierungen und Haltungen der angetroffenen Klientel zumeist im rechten Spektrum verortet werden.

Anders verhält es sich mit den Befunden, die im Programmrahmen entstanden sind und entsprechend nicht nur einschlägige Projekte behandeln, sondern auch jene, bei denen die Zuordnung der erreichten Klientel uneindeutig ausfällt. Eine grundlegende Auswertung im Hinblick auf diese Frage ist bis heute ausgeblieben und kann in Anbetracht der dargelegten Befundlage kaum mehr realisiert werden. Diese Unzulänglichkeit resultiert nicht zuletzt aus der Kombination von a) der schablonenhaften ‚Zielgruppen‘-Definition im Programmrahmen, die b) nicht immer auf die lokalen Realitäten übertragbar war und sich c) zum Teil in ungenauen Beschreibungen der Fachkräfte wiederfindet. Vereinzelt kommt es dabei zur absoluten Weitung der Kategorie der ‚gewaltbereiten Jugendlichen‘, etwa wenn im *AgAG-Informationsdienst* berichtet wird, der „Bereich Rechtsextremismus und Jugendgewalt“ (IFFJ 1996b, 72) sei seit 1994 in den Hintergrund gerückt, die „Aggressionsdynamik“ zwischen „links- und rechtsorientierten

Jugendlichen“ (dies.) aber geblieben. Als Ergebnis werden nicht mehr in erster Linie rechtsorientierte Jugendliche, sondern die mit ihnen (zwangsläufig) interagierenden Personen (zum Beispiel Punks) in den Fokus gerückt und die Problemdefinition ohne weitere Analyse auf sie ausgeweitet.

Diese Tendenz kann mit einem zweiten Aspekt der ‚Zielgruppen‘-Kategorie in Verbindung gebracht werden, der die Vorstellung der ‚Wende-Jugendlichen‘ umfasst. In verschiedenen Fragmenten tauchen Auffassungen zum Misstrauen und der Skepsis der Jugendlichen „gegenüber allen Erwachsenen“ (IFFJ 1996b, 73) auf. Einen Zugang zu ihnen zu erlangen, stellte für viele Mitarbeitende eine Herausforderung dar, hinter der die Frage nach der definierten ‚Zielgruppe‘ in den Hintergrund trat. Dieses Bild führt dabei nicht nur zur Unterschlagung der politischen Motivation und der Hintergründe von Gewalt (vor allem gegenüber spezifischen Gruppen), sondern auch zu ihrer verallgemeinernden Entpolitisierung.

Nicht zuletzt wird von verschiedenen Fachkräften das Alter der betreuten Jugendlichen thematisiert. So wurde die Arbeit vielerorts zu Projektstart mit jungen Erwachsenen bis 25 Jahre aufgenommen und im Verlauf auf jüngere Klientel nachjustiert. Im Heckert-Gebiet in Chemnitz etwa stellte sich im Laufe der pädagogischen Arbeit die Feststellung ein, dass man die zunächst betreute Gruppe von 20-23-jährigen mehr ‚verwalte‘ als betreue. Bei einer später betreuten jüngeren Gruppe im Alter von 14 bis 15 Jahren erhoffte man sich an diese Erfahrung anschließend mehr Möglichkeiten zur „pädagogischen Intervention“ (Scheu/Autrata 1996, 50).

Mit Blick auf die **pädagogische Arbeit** zeichnen die Befunde in erster Linie die Vielfalt der Handlungsfelder nach. Sie reichen von Mobiler Jugendarbeit über offene Angebote, Einzelfallbetreuung und Gemeinwesenarbeit bis hin zur Fan-Arbeit. Eine Zuordnung von einzelnen Projekten zu einzelnen Arbeitsfeldern ist in der Regel nicht möglich (dies entsprach auch der konzeptionellen Offenheit des Programms, das eine Zuordnung der Projekte entlang der im damaligen KJHG aufgemachten Arbeitsfelder gerade nicht vorsah). Ein Projekt, das Fan-Projekt in Dresden, grenzt sich sogar explizit von pädagogischen Zugängen ab. Als Befürchtung wird angegeben, mit einer solchen die „Basisnähe“ (Scheu/Autrata 1996, 27) in der Fanarbeit zu verlieren.

Dort, wo pädagogische Arbeit im Mittelpunkt steht, werden oft Angebote ausgeführt, aber zumeist keine Konzepte. Schilderungen, wie die des Teams der *Sozialdiakonischen Offenen Jugendarbeit* in Görlitz, das die eigene Arbeit im Rahmen eines „erlebnisorientierten, konsumkritischen Ansatz[es]“ (dies., 46) verortet und dabei auch traditionelle Rollenbilder hinterfragt, sind selten. Im Subtext schwingt eine erlebnisorientierte Herangehensweise aber auch bei anderen Projekten mit. Ohne konkrete Benennung von Konzepten geht aus den Befunden die Förderung selbstbestimmten Handelns der Jugendlichen und die Entwicklung von Selbstwirksamkeit durch langfristige, verbindliche Beziehungen als Ziel der pädagogischen Arbeit hervor. So formulieren die Fachkräfte der Stadtmission Dresden die Auffassung, dass ihre Angebote „als Möglichkeit verstanden werden, individuellen Bedürfnissen und Ansprüchen Ausdruck zu verleihen und diese Bedürfnisse nicht nur einzuklagen, sondern auch selbst für deren Befriedigung aktiv zu werden“ (IFFJ 1996b, 77). Dabei wird verschiedentlich eine Festigung des Vertrauensverhältnisses festgestellt und als positiver Outcome vermerkt. In einer

Gesamtbewertung im *AgAG Informationsdienst* wird dieser Beziehungsaufbau zwischen Jugendlichen und Mitarbeitenden als „[e]ine der großen Stärken des AgAG in Sachsen“ (dies., 72) identifiziert, die sich im Kontext ganzheitlicher Arbeit gewaltreduzierend auswirke. Ein Bild, das sich in seiner Homogenität bei der Betrachtung einzelner Projekte bzw. ihrer Bewertung durch die Fachkräfte nicht wiederfindet. So berichtet beispielsweise das Team des Fanprojekt Leipzig von erheblichen Zugangsproblemen zur lokalen Hooligan-Szene, die „gewaltreduzierende Intervention“ (Scheu/Autrata 1996, 32) kaum zulässt.

Eine andere Einschätzung zur Wirkung vertritt auch Glaß (2002), der am Beispiel des Projektes *Mobile Jugendarbeit* in Hoyerswerda weder verhaltens- noch einstellungsbezogene Veränderungen bei den Jugendlichen feststellt. Darüber hinaus bestätigt er exemplarisch den Eindruck eines reaktiven Mitschwingens der pädagogischen Praxis mit ihrer Klientel, der während der Lektüre der projektbezogenen Befunde entsteht: „Praktisch – und damit methodisch – wird einem Verlaufs-Verfahrens-Modell der Vorrang gegeben, nachdem je nach Bedarf durch die Jugendlichen oder in Konfliktfällen argumentiert wird bzw. eingegriffen, die Vermeidung direkter Konfrontationen stets vorrangig mitbedenkend“ (ders., 260).

Der offiziellen Zielsetzung, weltanschauliche Alternativen aufzuzeigen, die Entwicklung von Toleranz und Akzeptanz zu fördern, bei der Identitätsentwicklung zu unterstützen und damit zur Verhaltensänderung beizutragen, wird dabei nach Glaß nicht mit gesellschaftspolitischem Aufklärungsanspruch oder pädagogischer Intervention nachgegangen. Stattdessen entstehe durch das Ausbleiben der Auseinandersetzung und unter bloßem Sanktionsdruck im Gegenteil sogar eine Stabilisierung des Bestehenden, statt eine „milieubildende Jugendarbeit“ (ders., 255), wie sie vom Aktionsprogramm formuliert wurde (ders., 254ff.; vgl. auch Buderus 1998; Wowtscherk 2014).

So zeichnet sich für einen Großteil der Projekte mehr ein Bild von ‚learning by doing‘ und organischem Wachstum der Aufgabenbereiche, als eine gezielt konzeptgeleitete Arbeit ab. Dabei kommt es zum Teil zu einer Umsetzung, die im besten Fall als Überinterpretation des akzeptierenden Ansatzes verstanden werden kann: Bundesweit Kritik erntete damit etwa das Projekt zur *Gewaltprävention in Zittau*, dessen Mitarbeitende versuchten, Jugendliche mit erhöhtem Organisationsgrad und einschlägiger Szenevernetzung über finanzielle Zuwendungen und das zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten zu binden und damit ‚von der Straße zu holen‘ (Scheu/Autrata 1996, 43f., 70). Oder das Sympathisieren mit der Klientel und die Fahrt nach Auschwitz im Rahmen des Projektes *Mobile Jugendarbeit* in Hoyerswerda (Buderus 1998, Glaß 2002).

Eine dritte Ableitung aus den ausgewerteten Befunden kann mit Blick auf die **Fachkräfte** vorgenommen werden. Hier zeichnet sich im Material ein erheblicher Druck in verschiedene Richtungen ab. Das betrifft zunächst die Qualifizierung parallel zum bestehenden „Praxisdruck“ (Scheu/Autrata 1996, 77), den Chemnitzer Projektmitarbeitende beschreiben. Durch den beruflichen Quereinstieg führte diese zu Mehrbelastungen und zum Teil auch zu Arbeitsausfall, der nicht aufgefangen werden konnte. Gleichzeitig bestand ein Wissen über die Bedarfe zur Etablierung weiterer pädagogischer Angebote bzw. Ausweitung des eigenen Angebotes, denen aber aus Ressourcengründen kaum nachgekommen werden konnte.

In Verbindung mit den Qualifizierungsfragen werden immer wieder teaminterne Aushandlungsprozesse und Personalfuktuation beschrieben, die zum Beispiel im Fall der *Mobilen Jugendarbeit* im Chemnitzer Heckert-Gebiet auch die Arbeit mit den Jugendlichen beeinträchtigen (dies., 71). Dabei wird nicht zuletzt ein Dilemma sichtbar, das aus der Anlage als Modellprojekt hervorgeht. So werden einerseits der zunehmende Organisationsgrad der Mitarbeitenden und die wachsenden lokalen Strukturen als positiv bewertet. Dieser positiven Bilanz stehen jedoch verschieden gelagerte, miteinander verbundene Problemkonstellationen zu Weiterbeschäftigung und Qualifizierung gegenüber: Engpässe in der Bereitstellung berufsbegleitender Qualifizierung gefährden den Joberhalt nach Übergang in die Regelförderung, weil eine Weiterförderung in Regelstrukturen nur bei ausreichender Qualifikation der Mitarbeitenden in Aussicht gestellt wird. Gleichzeitig erschweren befristete Arbeitsverträge den Zugang zu den begrenzten Qualifizierungsmöglichkeiten, da dieser nur über gesicherte Anstellungsverhältnisse erfolgt. Auf die Jobunsicherheit im Hinblick auf den Übergang in die Regelförderung folgen damit zum Beispiel bei Mitarbeitenden der *Gewaltprävention in Zittau* „Reaktionen [...] zwischen Resignation und Aggressivität“ (dies., 43). Die Fachkräfte der *Sozialdiakonischen offenen Jugendarbeit in Görlitz* formulieren darüber hinaus Sorge um den Verlust ihrer Räumlichkeiten und Spannungen angesichts der Priorisierung ihrer Arbeit mit dem eigenen Träger; in Plauen wird Stellenwegfall erwartet (dies., 49, 58).

Nicht zuletzt zeichnet sich eine weitere Druckrichtung innerhalb der pädagogischen Arbeit mit den Jugendlichen ab. In der Abschlussevaluation wurden die Erfahrungen der Fachkräfte unter anderem im Hinblick auf Handlungsfähigkeit, eigenes Lernen und Intersubjektivität abgefragt (Scheu/Autrata 1996, 60ff.). Auch wenn diese Begrifflichkeiten nicht der Fachpraxis entstammen, sondern durch die Evaluierenden ‚von außen‘ eingebracht wurden, scheinen sie die praktische Umsetzung in einigen Fällen abzubilden. Das betrifft beispielsweise das Selbstbild der Mitarbeitenden in der *Sozialdiakonischen offenen Jugendarbeit* in Görlitz. Sie beschreiben, wie eigene Grundorientierungen durch das ‚Vorleben‘ alternativer Weltbilder in die pädagogische Praxis einfließen und wie fortlaufende Reflexionsprozesse ihr eigenes Lernen bestimmen (dies., 71, 76, 82). Die andere Seite der Erfahrungsbandbreite stellen Berichte über die eigene Machtlosigkeit der Fachkräfte angesichts rechter Dominanzkulturen dar, wie sie von Glaß (2002) zur *Mobilen Jugendarbeit in Hoyerswerda* festgehalten wurden. Dieser sieht in der pädagogischen Arbeit Momente „bescheidenster ‚Erlebnispädagogik‘ mit Ablenkungscharakter“ (ders., 256). Das Manövrieren zwischen pädagogischem Anspruch und situativen (Un-)Möglichkeiten geht im Subtext aus einer Vielzahl der Befunde als Druckfeld hervor, das politisch erzeugt wurde und in der Praxis nur unzureichend bearbeitet werden konnte.

3.2 Projekte im sächsischen Landesprogramm „Jugend und Gewalt“

Die projektbezogenen Befunde zum sächsischen Landesprogramm „Jugend und Gewalt“ erscheinen aufgrund der kleineren Gesamtzahl von sieben Projekten und ihrer gemeinsamen Trägerschaft durch die AGJF Sachsen e.V. zunächst überschaubarer. Als Standorte des

*Modellprojekts Mobile Jugendarbeit*¹⁴, im Rahmen dessen das Landesprogramm von der AGJF umgesetzt wurde, werden ab 1992 Hoyerswerda/Weißwasser (mit einem gemeinsamen Projekt), Görlitz, Dresden, Plauen, Leipzig und Chemnitz festgehalten. Ein Jahr später wird das Programm um Zwickau erweitert (Böhme et al. 1995, 5).

Dem „Erwartungsdruck“ zur Arbeit mit „jugendlichen Skinheads bzw. rechtsorientierten gewaltbereiten Jugendlichen“ (dies., 7) konnte nach Angaben der Fachkräfte im ausgewerteten Material lediglich und auch hier nur bedingt in Leipzig, Zwickau und Weißwasser entsprochen werden:¹⁵

Leipzig, Mobile Jugendarbeit Leipzig/Grünau. Durch eine funktionierende Zusammenarbeit mit dem Leipziger Jugendamt konnte in Grünau Kontakt zu einer Gruppe von Jugendlichen geknüpft werden „die in gewaltbereite, rechtsorientierte Klientel einzuordnen sind“ (AGJF o.J.: 6). Im Rahmen des Projektes wird mit ihnen zusammen das Jugendfreizeitzentrum im Schönauer Park geschaffen (siehe auch AGJF o.J., 10f.; Böhme et al. 1995, 6).

Weißwasser, Mobile Jugendarbeit. Die Klientel des Projektes bestand zu Beginn im Kern aus einer Gruppe rechter Skinheads, die sich die dem Projekt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten selbst ausbauten. Durch den anfänglichen Fokus der Arbeit mit dieser „Kerngruppe“ wurden ihre Räumlichkeiten bald als „Glatzenclub“ (Thiele 1995, 44) verhandelt (siehe dazu auch AGJF o.J. 17, 22).

Zwickau-Eckersbach (E5). Das Projekt startete 1993. Durch die Vorarbeit eines Streetworkes über eine AB-Maßnahme konnte aber schon vorher Kontakt zur „gewaltbereiten, rechtsorientierten, kriminell gefährdeten und desintegrierten“ (AGJF o.J., 50) Jugendlichen aufgebaut werden, deren Zahl im Arbeitsgebiet die Fachkräfte auf 150-200 aus dem „harten Kern der rechten Szene“ (dies., 51) einschätzen.

Auch im Rahmen der übrigen vier Projekte werden am Rande bspw. rassistische Aussagen dokumentiert, ihre Bedeutung oder Einordnung durch die Fachkräfte wird allerdings nicht weiter ausgeführt. In diesen Fällen scheinen die betreffenden Jugendlichen nicht als Teil „rechtsextrem orientierter“ Klientel verortet worden zu sein. Exemplarisch heißt es beispielsweise im Hinblick auf eine Begegnungsfreizeit mit iranischen Jugendlichen, an der allem Anschein nach neben Teilnehmer:innen aus Görlitz auch solche aus Dresden beteiligt waren: „In unserem Spielbauwagen werden immer mal wieder ausländerfeindliche Sprüche geklopft und einige waren stolz, ‚Rechter‘ zu sein. Doch die Nachricht, gemeinsam die Ferien zu verbringen, stieß auf ein großes ‚Hallo‘ – leider gab es nur sechs Plätze“ (AGJF o.J., 48).

¹⁴ Festzuhalten ist, dass es zum Zeitpunkt des Landesprogramms in der Fachpraxis divergierende Begriffsverständnisse zum Auftrag „Mobiler Jugendarbeit“ gab (z.B. im Hinblick auf Gemeinwesenbezug, Sozialarbeitsfokus oder MJA als aufsuchende Offene Kinder- und Jugendarbeit), die sich ggf. auch in den einzelnen Projekten wiederfinden.

¹⁵ Zu den vier übrigen Projekten liegen Angaben über Berührungspunkte mit „rechts orientierten“ Jugendlichen vor, wie zuvor im Bundesprogramm kann eine tatsächliche Arbeit mit ihnen aber nicht unmittelbar aus dem Material abgeleitet werden. Bei diesen Projekten handelt es sich um die Projekte Mobile Jugendarbeit in Plauen-Haselbrunn, in Dresden, Chemnitz (Domizil) und Görlitz (AGJF o.J.).

Die Dokumentation des Landesprogramms fällt dichter aus, als die des Bundesprogramms. Neben einem ausführlichen Zwischenbericht (AGJF o.J), in dem die einzelnen Projekte im ersten Jahr abgebildet werden, gibt es eine mehrteilige Abschlussdokumentation (AGJF 1995). In dieser werden Beiträge von Projektkoordination und Fachkräften zusammengeführt und durch einzelne wissenschaftliche Befunde ergänzt. Dabei entsteht eine mehrperspektivische, in Teilen recht selbstkritische Betrachtung der Bemühungen im Landesprogramm, die durch den alleinigen Fokus auf den Freistaat Sachsen feinmaschiger ausfällt als im Fall des AgAG.

Während die Reflexion der Koordinierungsstelle (Gerstenberger/Pröhl 1995) den Finanzierungsrahmen sowie Probleme in der Qualifizierung und der fachlichen und wissenschaftlichen Begleitung projektübergreifend thematisiert, fließen in die Ausführungen der Mitarbeitenden (Böhme et al. 1995) konkrete Erfahrungsberichte, Praxisbeispiele und O-Töne ein. Die von uns zuvor als Neuinterpretationen benannten Herausforderungen im Transfer zwischen Programm und Praxis werden hier von den Fachkräften selbst als „Spannungsfeld ‚Enthusiasmus – Anforderungen – Richtlinien‘“ (dies., 7) benannt. In diesem Spannungsfeld finden sich zeitliche, konzeptionelle sowie selbstreflexive Momente. Das zeitliche Moment bezieht sich auf den Prozesscharakter der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Programms und der enormen Ausdifferenzierungen des Arbeitsfeldes während der Programmlaufzeit. Mit ersterem musste die Praxis einen Umgang finden, letzteres bestimmte sie aktiv mit. Beide Aspekte jedoch machen eine laufende Anpassung der eigenen Arbeit innerhalb des Programmzeitraums erforderlich.

Konzeptionell wird die Übertragbarkeit von Strukturen der alten auf die neuen Bundesländer als Spannungsfeld wahrgenommen und anhand der Erfahrungen der Mitarbeitenden während des Quereinstiegs illustriert:

„Dann [nach der Hospitation] ging es zurück nach Sachsen. Wir, das Dresdener Team (drei Mitarbeiter), plumpsten nun erstmal ins kalte Wasser. Wir hatten uns während der Hospitationszeit in gefestigten, schon jahrelang arbeitenden ‚Nestern‘ befunden, kamen voller Euphorie nach Hause und standen vor dem Nichts. Kein Club, kein Cliquentreff, kein Büro, kein klar benanntes Arbeitsfeld und Dresden ist groß!“ (dies., 6).

Die dargestellte Orientierungslosigkeit wird in Teilen schließlich auch mit den Differenzen zwischen Programminteressen und den Interessen und Vorbehalten kommunaler Strukturen in Verbindung gesetzt und zum Gegenstand reflektierender Betrachtungen gemacht. Während dies zum Beispiel in Dresden der Fall zu sein schien und die Mitarbeitenden weitgehend ohne Unterstützung des Jugendamtes agieren mussten, wird aus Leipzig und Zwickau von gegensätzlichen Erfahrungen berichtet.¹⁶ Diese lokalen Unterschiede sowie die unterschiedlichen Bedarfe vor Ort führten dazu, dass sich die Projekte innerhalb der Programmlaufzeit stark ausdifferenzierten und eine „Entfremdung der Teams“ (dies., 10) stattfand. Da „[k]onzeptionell [...] keine über die Grundkonzeption hinausgehenden Vorgaben durch den Träger“ (dies., 13) bestanden, wurde diese Entwicklung nicht vom Programmrahmen eingefangen und vielmehr

¹⁶ Die Rolle von Verwaltungen und Fachämtern in der Konzeption, Ausrichtung und Umsetzung von Angeboten wird insgesamt nur am Rande thematisiert. Auch dadurch gerät in der Diskussion aus dem Blick, dass an den Problembeschreibungen und den daraus resultierenden Umsetzungen keinesfalls allein die Fachpraxis beteiligt war.

als „Raum für Experimente und das Ausprobieren verschiedener Projektideen“ (dies.) interpretiert.

Lothar Böhnisch (1995) beschreibt die Entwicklung der Arbeitsformen in den Projekten dahingehend in drei Phasen von ersten Kontakten im Rahmen von Streetwork, über „raum- und angebotsstrukturierte[n] Formen Mobiler Jugendarbeit (ders., 9) hin zu einer Ausweitung im Sinne einer Gemeinwesenarbeit, wobei er die Balance zwischen den verschiedenen Anteilen als Charakteristikum der ostdeutschen Arbeitsverständnisse betrachtet. Eine weitere Entwicklung identifiziert Böhnisch auch in der Gruppe der Adressat:innen und ihrem Gewaltverhalten bzw. den Potenzialen der Gewaltreduktion durch die (sozial)pädagogische Arbeit: Die Ausweitung sozialräumlicher Ansätze beschreibt er dabei auch als Reaktion auf eine wachsende Diversität und Uneindeutigkeit in den jugendlichen Gruppenzusammenhängen. Gewalt entwickle sich dabei „[v]on der politisch motivierten (exemplarisch ausländerfeindlichen) Gewalt hin zu Jugendkulturellem Gewalthandeln‘ (in dem es vor allem um Selbstdarstellung, Cliquesstatus etc. geht)“ (ders., 12).

In Bezug auf das Selbstverständnis der Teams wird das dritte Spannungsfeld über die beschriebenen Aspekte hinaus mit dem öffentlichen und politischen Erwartungsdruck verbunden. Dieser „drängte die Projekte in eine bestimmte Handlungsrichtung“ und „suggerierte [...] eine Orientierung hin zu jugendlichen Skinheads bzw. rechtsorientierten gewaltbereiten Jugendlichen“ (Böhme et al. 1995, 7), ohne diese tatsächlich als Zielgruppe zu benennen. Die Diskrepanz zwischen diffusem Erwartungsdruck und der Lage vor Ort, wo die beschriebenen Jugendlichen teils nicht anzutreffen oder zu erreichen waren, verstärkte bestehende Verunsicherungen:

„Somit erwachsen Unsicherheiten in den Teams, welchen Weg sie gehen sollten. Eine fehlende fachliche Begleitung zwang uns dazu, ein eigenes Rollenverständnis zu entwickeln und unsere Projekte ausgehend von einem Grundgerüst doch sehr individuell am Standort auszurichten. Stark geprägt war diese Entwicklung durch die einzelnen Persönlichkeiten in den Teams und somit durch jeweilige persönliche Rollenverständnisse“ (dies.).

Die Frage nach dem eigenen Rollenverständnis prägte auch den Kontakt mit den Jugendlichen. Während der Kontaktaufbau zu Beginn gemeinhin als zögerlich wahrgenommen wurde, kommt es im Verlauf der Projekte vereinzelt zur Überidentifikation: So stellt das Projekt für einige Mitarbeitenden den „Hauptlebensinhalt“ (dies., 8) dar oder Streetworker:innen werden als Teil der Clique beschrieben, deren „Regulativ“ (dies., 7) sie darzustellen versuchen (dies., 6-13). Böhnisch (1995, 6) stellt diesbezüglich eine „Lernerfahrung“ innerhalb der Projektlaufzeit fest, die das eigene Berufsbild einer aktivierenden und vermittelnden ostdeutschen Jugendarbeit formt (ders., 6-8).

Diese ‚Lernerfahrungen‘ sollten nicht abgekoppelt von einer unzureichenden fachlichen Begleitung der Projekte betrachtet werden. Zwar fanden Arbeitstreffen mit dem Gesamtprojekt statt und auch die Qualifizierung im Rahmen der Etablierung des berufsbegleitenden Studiengangs wird äußerst positiv hervorgehoben (Böhme et al. 1995, 8, 13). Trotz punktueller

Beratung durch die LAG Baden-Württemberg blieb die Schaffung von fachlichen Beraterpositionen innerhalb des Programmzeitraums jedoch bis zuletzt offen (Gerstenberger/Pröhl 1995, 10ff.).

Nicht zuletzt war das Landesprogramm auch im Hinblick auf die wissenschaftliche Begleitung schmaler aufgestellt, als sein Pendant auf Bundesebene. Eine institutionalisierte, übergreifende Begleitung fand nach Angaben der Programmkoordination nicht statt (dies., 12). Dennoch finden sich im dritten Teil der Abschlussdokumentation zu einzelnen Aspekten wissenschaftliche Einordnungen, die teils mit den oben beschriebenen Selbstwahrnehmungen konkurrieren. So attestiert etwa Böhnisch (1995) den Projekten des Landesprogramms ein gemeinsam gewachsenes ostdeutsches Profil der „offenen Jugendhilfe“ (ders., 14), das über bekannte Formate hinaus mit Einzelfallhilfen oder Gruppenarbeit auf die Bedürfnisse vor Ort eingehe und den Projekten teils sogar eine Rolle als „jugendpolitische Aushängeschilder“ (ders., 13) besche. Empfohlen wird davon ausgehend eine umfassendere Evaluation der Projekte, die jedoch offenbar nicht stattgefunden hat.

Neben der übergreifenden Bewertung durch Böhnisch bestehen zu einzelnen Projekten detailliertere Befunde. So greift Andreas Klose (1995) Aspekte der Projekte in Zwickau und Leipzig auf, die er zur Endphase des Programms im Rahmen seiner Beteiligung an der CAMINO-Werkstatt begleitete. Zum Projekt in Weißwasser sind engmaschigere Befunde im Rahmen einer Projektbiographie durch die FH Zittau/Görlitz entstanden (vgl. Thiele 1995). Diese greift nicht nur auf Sozialraumdaten zurück, sondern bildet unter anderem über ethnographische Elemente, Expert:inneninterviews und standardisierte Interviews mit den Jugendlichen zum Beispiel Informationen zur Adressierung der Klientel oder zur Entwicklung des Angebotes ab. Die Projektziele definiert Thiele in Sozialisationsstufen, in denen die Jugendlichen zunächst über Streetwork in den Club geholt werden, dort in dessen Auf- und Ausbau eingebunden werden und Verantwortung lernen (zum Teil über die Vergabe von ABM-Stellen im Club), um nicht zuletzt über diese Erfahrungen ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen (dies., 45, 50). Bezogen auf diese Ziele beurteilt Thiele die „hohe Identifikation mit dem Jugendclub, die Länge der Verbleibdauer, die Homogenität der Jugendlichen und auch das durchschnittliche Alter (...)“ (dies., 49) als großen Erfolg des Projektes.

In einem weiteren Beitrag reflektiert Heide Funk (1995) an der Fachhochschule Mittweida/Roßwein den Bereich der Mädchenarbeit in den Projekten und die spezifischen Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen in den neuen Bundesländern. Aus der Besetzung von mindestens einer Stelle pro Projekt durch eine weibliche Fachkraft zieht sie den Schluss, dass Mädchenarbeit vom Träger als „wichtig und erwünscht“ (dies., 34) angesehen wurde. Funk hält die Notwendigkeit von Schutzräumen und die Etablierung solcher in einzelnen Projekten fest, verweist aber zugleich auf die mangelnde Thematisierung der Rolle weiblicher Jugendlicher in Konflikt- und Krisensituationen, wie sie auch in der (Nicht-)Befassung mit der Thematik im Rahmen der Programme sichtbar wird (dies., 32f.).

Neben der Dokumentation durch den Träger deckt auch der *AgAG-Informationsdienst* in einer Ausgabe Informationen zu den Landesprogrammen ab, wählt aber für die exemplarische Darstellung eines Modellprojektes ein solches aus, das mit ‚linken‘ Jugendlichen arbeitet. Dafür

zeichnet die Ausgabe für das Gesamtbild der Projekte die Planungen zum Übergang in die Regelförderung nach, die im Landesprogramm – auch aufgrund der gemeinsamen Koordination durch die AGJF Sachsen – deutlich geordneter ablief: Zum Ende der Programmlaufzeit war der Fortbestand aller Projekte gesichert. Das Projekt in Plauen wurde in den lokalen Verbund überführt, die Projekte in Weißwasser, Leipzig, Chemnitz und Görlitz waren als freie Träger der Jugendhilfe anerkannt oder standen kurz vor der Anerkennung. Die Projekte in Dresden und Zwickau wurden an bestehende freie Träger angegliedert (IFFJ 1996a, 49-53).

3.3 Projekterfahrungen außerhalb der Programme

Wie bereits erwähnt finden sich jenseits der Modellprojekte des AgAG und des Landesprogramms weitere Projekte und Praxiserfahrungen. Zum Teil stammen diese aus Kommunen, die nicht zu den jeweils ausgewiesenen Modellregionen gehörten. In anderen Fällen bestanden programmgebundene und kommunale Projekte nebeneinander, was zumindest in kleineren Sozialräumen ein hohes Maß an praktischer Nähe und Verknüpfung nahelegt. Vielfach trifft man in den Projektbeschreibungen auf den Terminus oder auf Vorstellungen des „akzeptierenden“ Arbeitens. Allerdings zeigt sich, dass auch hier mit dem Begriff der Akzeptanz äußerst unterschiedliche Praktiken verbunden sind: Faktisch geht er einher mit einem breiten Spektrum an pädagogischen Umgangsweisen, die von aktiver Auseinandersetzung bis Konfliktvermeidung, von kritisch-reflektierenden bis zu naiv anmutenden Haltungen reichen.

Die im Folgenden beschriebenen Fälle geben Hinweise auf Herausforderungen, Konstellationen und Bedingungen, die in den programmbezogenen Projektaufarbeitungen in dieser Klarheit oft nicht abgebildet wurden. Sie entwerfen auch ein deutlich problematischeres Bild der Lage. Zum Teil ergibt sich dies aus dem Umstand, dass es oft Settings selbstorganisierter Jugendarbeit waren, in denen Auseinandersetzungen stattfanden und Positionierungen nötig wurden (vgl. Reinhard 2019). In anderen Teilen zeigt sich in großer Klarheit, in welcher Massivität Jugendarbeiter:innen mit rechten Szenen und Raumnahmen konfrontiert waren. Die einbezogenen Fälle aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre machen zudem deutlich, dass von einer grundlegenden Veränderung der Situation nach dem Auslaufen der Programme keine Rede sein kann. Das Bild der Pazifizierung und der abnehmenden Polarisierung ist also offenkundig nicht vollständig. Es finden sich nämlich genauso Berichte aus der Praxis über weiterhin offensiv auftretende rechte Jugend-Szenen und -Gruppen, über einen fortgesetzt hohen Grad an themenbezogener Handlungssicherheit bei Fachkräften sowie über ein fortgesetzt niedriges Ausmaß von Problembewusstsein gerade auf Seiten politisch und behördlich Zuständiger.

Den oben genannten Differenzlinien folgend lassen sich die Projekte entlang ihrer Adressierung, Ausrichtung und Konzeptdichte unterscheiden. Eißrichs (2004) Bericht zu Erfahrungen aus dem Streetwork mit „rechten“ bzw. „rechtsorientierten“ Jugendlichen in Dresden-Johannstadt Anfang der 1990er Jahre ist ein Beispiel dafür, dass Kommunen eigenständig auf Problemlagen reagierten und eigene Projekte initiierten. Hier war es die städtische Verwaltung, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zwei Streetworker-Stellen für die gezielte Arbeit mit rechten Cliques in einem als problematisch eingestuften Quartier schuf. Die Rahmenbedingungen

stellen sich in mancherlei Hinsicht ähnlich dar wie in den programmgestützten Projekten (von denen es in Dresden eine größere Zahl gab). Die eingestellten Personen haben einen unspezifischen professionellen Hintergrund und kommen zu dieser Arbeit weitgehend unvorbereitet:

„[K]onkret mit so genannten rechtsorientierten Jugendlichen hatte ich fast keine Erfahrungen. Man hat mich gefragt, ob ich das machen würde. Und dann hab ich gesagt: ‚Na ja, ehe ich arbeitslos werde, mache ich das‘“ (ders., 71)

Stärker noch als in den programmgebundenen Projekten scheint der Arbeitsauftrag recht unbestimmt gehalten. Die Botschaft des Jugendamtes sei gewesen: „Du kannst alles machen. Es steht alles offen“ (ebd.). Zumindest aber sollten, durchaus eine Parallele zum AgAG, politische Implikationen möglichst aus der Öffentlichkeit gehalten werden (ders., 72). Die Betonung relativ großer Gestaltungsfreiheit unterstreicht, dass der Verlauf der konkreten Arbeit in starkem Maße von den Haltungen des Personals abhängt. Eißrich verweist in Bezug auf die eigene Arbeit auf eine – intuitive – Nähe zum Bremer Ansatz: „Unser Ziel war in etwa so etwas wie gerechtigkeitsorientierte Sozialarbeit nach Krafeld. Wir hatten dafür aber keine Begriffe und Konzepte“ (ebd.). Auch wenn Krafeld diesen Ansatz erst Ende der 1990er Jahre in Reaktion auf Kritik an seinem akzeptierenden Ansatz entwickelte (Krafeld 2000), ist diese Verortung offenbar stimmig. Zumindest betont Eißrich, dass sich von Beginn an von naiv-akzeptierenden Ansätzen abgegrenzt wurde. Die Rede ist von einem eher breit angelegten Ansatz mit unterschiedlichen Gruppen gegenüber einer alleine auf Rechte fokussierenden Cliquenarbeit. Betont wird auch der Anspruch, „kritische Distanz zu den Jugendlichen“ einzunehmen und von Beginn an Grenzsetzungen vorgenommen zu haben. Die Arbeit endete mit der Auflösung der entsprechenden Cliquen im Quartier.

An Beispielen aus Hoyerswerda und Chemnitz kann demgegenüber illustriert werden, in welcher Dehnung „akzeptierend“ gearbeitet wurde und welche Folgen dies hatte. Für Hoyerswerda fasst Wowtscherk (2014) Erfahrungen zusammen, die im Rahmen der Offenen Jugendarbeit zwischen 1992 und 1993, also parallel zum AgAG, mit rechten Jugendlichen gemacht wurden. Bereits im Oktober 1991 wurde in direkter Reaktion auf die pogromartigen Angriffe vom September in Hoyerswerda ein „Jugendreferat“ gebildet, welches sich gezielt um die Versorgung der örtlichen Jugendlichen mit Treffangeboten kümmern sollte (ders.: 225f.). Dabei wurde dezidiert auch die rechte Szene einbezogen (ders., 233ff.). Im August 1992 stellte die Stadt „rechtsorientierten Jugendlichen“ Teile des Jugendklubs WK-10 bzw. „WeKaZehn“ zur Nutzung zur Verfügung. Dem vorangegangen waren Auseinandersetzungen um den Umgang mit rechter Gewalt, das Versprechen der Stadt, den Rechten eigene Räume zu geben und eine Besetzung durch die Rechten, nachdem dieses Versprechen nicht eingehalten worden war. Drei Sozialarbeiter:innen wurden eingestellt, um „mit betreuerischen Maßnahmen mäßigend“ (ders., 235) auf die Jugendlichen einzuwirken. Dem von den Betreuer:innen im Nachhinein gezeichneten Bild nach (ders., 236ff.) handelte sich bei der Zielgruppe um einen harten Kern von bis zu 50 Personen und ca. 300 Sympathisant:innen, was auf die Größe der damaligen Szenen hinweist. Zwischen „Wortführern“ (20-28 Jahren) und „Mitläufern“ (15/16 Jahre) klappte eine erhebliche Alterslücke; die

Adressat:innen (also auch die Wortführer) werden von den ehemaligen Mitarbeiter:innen auch im Nachhinein nicht als „Neonazis“ eingestuft, sondern als Jugendliche (sic!), die oft aus schwierigen sozialen Verhältnissen stammen und sich mit Gewalt Gehör verschaffen. Entsprechend dieser bereits im Beginn etablierten Lesart setzten die Maßnahmen auf konkrete sozialarbeiterische Begleitung unter Ausblendung politischer Aspekte. Zum Teil wurden auch Aktionen unterstützt, mit denen die Jugendlichen Imagepflege in eigener Sache betrieben (etwa ein Kinderfest oder eine Spendensammlung für Kinder aus Tschernobyl und aus Kriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien). Diesem entpolitisierenden und von den Fachkräften offenbar über Jahrzehnte konservierten Bild entgegen steht die durchgehend neonazistische Prägung der Einrichtung. Zeitgleich probten im WK-10 rechtsextreme Bands, die Räumlichkeiten wurden von der neonazistischen Deutschen Alternative sowie für Kameradschaftstreffen genutzt. Nach Bekanntwerden dieser (in der Zwischenzeit zum Teil wieder eingestellten) Nutzung wurde Ende 1992 in Zusammenarbeit mit der MJA – einem AgAG-Projekt – ein neues Konzept entwickelt. Dabei wurde allerdings nicht von einem Scheitern, sondern im Gegenteil davon ausgegangen, dass die bisherige Linie der sozialarbeiterischen, auf Integration angelegten Betreuung dazu beigetragen habe, dass der Einfluss organisierter Gruppen klein geblieben sei. Offiziell fand diese (Deutungs-)Linie erst nach weiteren Gewaltereignissen ein Ende, konkret nach dem Überfall auf einen nicht-rechten Jugendklub im Februar 1993, in dessen Verlauf Mike Zerna von Neonazis getötet wurde (Wowtscherk 2014).

Strukturell ähnlich, in der Sache jedoch noch drastischer stellt sich das Bild in einem Fall aus Chemnitz dar, der sich aus den Darstellungen von Fachkräften im sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss rekonstruieren lässt. Hier wird ebenfalls deutlich, wie durch das Zusammenwirken „akzeptierenden“ Arbeitens mit behördlichen Vorgaben eine Stabilisierung neonazistischer Strukturen erzielt wurde. Behandelt wird im Untersuchungsausschuss der Jugendtreff „Piccolo“ im Chemnitzer Fritz-Heckert Gebiet in seiner Entwicklung nach 1993 (also zu einem Zeitpunkt, an dem in Hoyerswerda schon umfassende Umsteuerungen stattgefunden hatten). Der ehemalige Leiter berichtet, dass die Einrichtung bereits zum Zeitpunkt seines Einstiegs ein Treffpunkt der örtlichen „rechtsextremistischen und rechtsradikalen Szene“ (Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen 2019, 401) gewesen sei. Zur Besucherschaft zählten neben rechten, aber insgesamt eher „spaßorientierten“, Personen aus der Hooligan-Szene auch organisierte Neonazis, die später zum Umfeld des NSU gehörten (N.N. 2018, 57f.). Auch war der Club vielfach Ausgangspunkt für Gewaltaktionen. Zum Teil sei man über erlebnisorientierte Angebote an die Szene herangekommen, insgesamt hätten sich die Neonazis und Hooligans, die das „Piccolo“ frequentierten, jedoch „jeder pädagogischen und sozialen Zusammenarbeit entzogen“ (Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen 2019: 405; auch N.N. 2018, 58) und pädagogische Bemühungen (insbesondere inhaltsbezogener Art) zurückgewiesen. Dementsprechend müsse resümiert werden, dass die Bemühungen, einen sozialarbeiterischen Zugang zu finden, ins Leere gelaufen seien und sich der Ansatz einer „akzeptierenden“ Jugendarbeit und einer Zurverfügungstellung von Räumen sogar als kontraproduktiv erwiesen habe. „[M]öglicherweise“, so die Einschätzung des ehemaligen Leiters, habe diese Art der Arbeit eher zu einer Stärkung rechter Strukturen beigetragen als Gegenimpulse gesetzt (N.N. 2018, 58). Das präsentierte Bündel an Gründen für diese spezielle Interpretation „akzeptierenden“ Arbeitens

dürfte sich auch an anderen Orten finden: Es sei versäumt worden, „zielgenaue“ Konzepte des Umgangs zu entwickeln, zugleich habe die Dominanz der rechten Szene die Veränderung der Besucherstruktur verhindert. Als weiterer rahmender Faktor wird erwähnt, dass die Personalsituation zumindest im Beginn prekär war. Hinzu kam, dass auch eine ABM-Kraft eingesetzt worden war, die „schon mit dieser Szene sympathisierte“ (vgl. Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen 2019, 402). Die weiteren Ausführungen des ehemaligen Leiters machen deutlich, dass das Bild der Überforderung und des Versagens der Fachkräfte deutlich zu kurz greift. So sei es nämlich auch die ausdrückliche Vorgabe der Stadt Chemnitz gewesen, den Jugendclub täglich zu öffnen, „um die Jugendlichen von der Straße zu holen“ (Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen 2019, 407). Angesichts von Bürgerbeschwerden über gewaltbereite Jugendliche im Wohnviertel sei es von offizieller Seite darum gegangen, diese Personen „in die Einrichtung zu holen, damit sie eben, ja, dort nicht stören“ (ebd.). Fachlichen Austausch gab es allein mit einem örtlichen Projekt der Mobilen Jugendarbeit; dabei ging es kontinuierlich um die Grenzen der praktizierten „akzeptierenden Jugendarbeit“ (N.N., 2018, 58). Von Seiten der Stadt gab es in diesem Zeitraum weder Anleitungen zum Umgang noch Fortbildungsangebote. Seitens des Jugendamtes sei auch kein Problembewusstsein für die Situation vorhanden gewesen (Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen 2019, 407f; auch N.N. 2018, 58). Zu einer Veränderung kam es letztlich nicht durch pädagogisches Einwirken, sondern erst mit einem Generationswechsel Ende der 1990er.

Auf die Konsequenzen eines Umgangs, der von weitreichender Toleranz geprägt zu sein scheint, macht auch das Beispiel Wurzen aufmerksam. Zu Wurzen liegen verschiedene Veröffentlichungen vor, die von den frühen 1990ern bis Mitte der 2000er Jahre reichen (Antifaschistisches Redaktionskollektiv 1998; Weber 1998; Bringt 1999). Sie zeichnen das Bild eines doppelt problematischen Sozialraums, da hier ein konsolidiertes neonazistisches Milieu auf ein gering entwickeltes öffentliches Problembewusstsein traf. Bringt (1999) beschreibt die Stadt als Paradebeispiel für einen kulturell entleerten Ort: der Großteil der jugendarbeiterischen Angebote wurde im Zuge der Wende abgewickelt, die drei bestehenden Jugendclubs werden von Rechten dominiert, die sich selbst als Jugendliche der „Mehrheitskultur“ definieren (ders., 41). Hinzu kam eine im Laufe der 1990er Jahre erstarkende NPD. Zum Bild einer hegemonialen rechten Szene gehört, dass in Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft kein Problembewusstsein und keine Veränderungsbereitschaft zu erkennen sei. Mehr noch: Die Parteipolitik stimmt sogar „mit vielen Werten und Meinungen der rechts orientierten Jugendlichen überein“ (ders., 42). Eine die Problemlagen berücksichtigende Jugendhilfeplanung findet in Landkreis und Stadt nicht statt. Das eingesetzte Personal ist unterqualifiziert und prekär beschäftigt (i.d.R. einjährige ABM-Stellen), so dass selbst bei existierenden Konzepten keine Kontinuität entstehen könnte. In ihrer Sozialraumanalyse von 2004 bieten Fischer-Tahir/Affolderbach (2004) eine kurze Skizze von (durchaus unterschiedlichen) Rekonstruktionen der Gewalt- und Bedrohungslage in den 1990er Jahren; erwähnt werden hier auch Forderungen nach rechten Jugendtreffs und deren kurzzeitige Realisierung. In Bezug auf Jugendclubs wird von überforderten Mitarbeitenden berichtet, die weitgehend ohne städtische Unterstützung auskommen mussten. Die ultimative Problemlösung besteht darin, einen rechtsdominierten Jugendclub 2002 zu schließen (dies., 56). Dabei handelt es sich um eine Praxis, die auch anderenorts mitunter verfolgt wurde, um Problemlagen zu bewältigen.

Erwähnt werden können schließlich Erfahrungen aus Leipzig, die sich mehrheitlich auf die Phase kurz nach dem Auslaufen der Programme beziehen und in denen von „Übernahmen“ von Jugendclubs durch rechte Gruppen die Rede ist. Jilek (1998) untersucht in ihrer Diplomarbeit, die in Teilen in den zeitlichen Kontext der Programme fällt, mehrere Leipziger Jugendeinrichtungen. In den betreffenden Clubs werden zum Teil sehr intensive Erfahrungen mit rechten Jugendlichen gemacht. Berichtet wird von hochdynamischen Prozessen der kulturellen Diversifizierung jugendlicher Milieus und Szenen und ebenso rasch stattfindenden Prozessen, in denen rechte Jugendgruppen in Einrichtungen Hegemonie erlangen. Interessant an diesen Beispielen ist zum einen, dass trotz der in den frühen 1990er Jahren gemachten Erfahrungen offenbar weiterhin (oder erneut) große Schwierigkeiten bestanden. Diese betrafen jetzt allerdings nicht mehr unbedingt die Deutungsebene, sondern vielfach vor allem die Ebene des Umgangs. Die Darstellungen liefern zumindest Hinweise auf Unterschiede zwischen Perspektiven der Fachpraxis und behördlichen Sichtweisen. Affolderbach beschreibt am Beispiel des Leipziger Jugendtreffs „Mühlstraße“ den Prozess der „Okkupation“ (ders., 173) durch eine rechte Clique und die „Hilflosigkeit und Uneinigkeit über gemeinsame Handlungsoptionen der dort beschäftigten MitarbeiterInnen“ (Ebd.). Versuche, tragfähige Handlungskonzepte zu entwerfen, scheiterten an „Ignoranz“ und mangelnder Unterstützung durch Behörden. In der Konsequenz entschlossen sich die Mitarbeiter:innen auch hier, den Club (vorübergehend) zu schließen und es bildete sich ein Praxisnetzwerk mit verschiedenen Leipziger Projekten. Ein zweites von Affolderbach angeführtes Beispiel, das auch von Jilek behandelt wird, ist der Jugendtreff 2 im Kirschberghaus in Leipzig-Grünau. Hier wurde im Sinne einer bereits in der AgAG-Konzeption angelegten „Problem- und Integrationsorientierung“ auf Integration der rechten Jugendlichen gesetzt. In der Folge wurde das Kirschberghaus zu einem Zentrum der organisierten rechten Szene (siehe dazu auch Wagner 1998). Erst durch Druck von außen kam es zur Schließung und zur Bildung einer Arbeitsgruppe aus Behörden, Praktikern und Wissenschaftler:innen, um die konzeptionellen Rahmenbedingungen neu zu bestimmen. Über die Ergebnisse ist nichts bekannt. Die bei Affolderbach beschriebenen offiziellen Umgehensweisen legen nahe, dass die in den 1990er Jahren dominierenden Perspektiven sich weiter in Richtung eines sozial-technologischen Kontrollparadigmas verschoben haben. Mit Blick auf den Jugendhilfeplan der Stadt Leipzig von 1997 und die 1999 verabschiedeten Leistungskriterien für die offene Arbeit der präventiven Jugendsozialarbeit konstatiert er ein stark defizitorientiertes Bild der Jugendlichen und eine stark ordnungspolitische Bestimmung der jugendarbeiterischen Praxis. Es soll primär „problemorientiert“ gearbeitet werden, wobei neben anderen auch das Kriterium der „Gewaltbereitschaft“ genannt wird (ders., 172). Dem gegenüber stellt er eine Konzeption von emanzipatorischer Jugendarbeit, die „ihren eingengten Blick vom ‚zu bearbeitenden Objekt‘ des bösen Jugendlichen auf das tätige Subjekt lenken“ (ders., 182) muss, gewissermaßen die Lebensbewältigungsperspektive mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verknüpft. Flankiert wird diese Arbeit mit der Schaffung einer politischen Plattform für die Praxis mit dem Arbeitskreis zum Austausch über Wissen zu rechtsextremen Orientierungen und praxisorientierte Weiterbildungen, zur kritischen Auseinandersetzung mit Handlungsansätzen, der Einmischung in kommunale (Jugend)Politik sowie der Schaffung eines mobilen Beratungsteams (ders., 183f.).

4 Bewertung und Kritik der Strategien und Ansätze

Die Befriedungs- und Integrationserwartung des AgAG zielte in besonderer Weise auf einen bestimmten Typus ab: den jugendkulturell geprägten (rechten) „Gewaltjugendlichen“. Ihm sollte neben staatlicher Repression und gesellschaftlicher Ausgrenzung auch mit sozialpädagogischen Integrationsofferten begegnet werden. Diese Herangehensweise und die damit verbundenen Muster der Erklärung des Problems begründeten den speziellen Ruf des Programms. Es enthält das Grundmuster einer widersprüchlichen Doppelbewegung: Einerseits wurde die Rechtsextremismus-Thematik an Jugendliche transferiert. Andererseits wurde deren Gewalt in Teilen entpolitisiert. Damit stand und steht das Programm auch in der Fachdebatte vielfach bis heute sinnbildlich für das Scheitern „akzeptierender“ Ansätze und Perspektiven in der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen.

Die dargestellten Programme und Projekte waren Gegenstand umfassender Diskussionen zum Zeitpunkt ihrer Initiierung und während ihrer Umsetzung. Zugleich fällt auf, dass zumindest die fachpolitische Debatte mit dem Auslaufen der Programme ein geradezu abruptes Ende fand und die meisten Veröffentlichungen dazu aus dem Kreis der Programmkoordination, also von den Konzeptverantwortlichen selbst, stammen. Die Zahl anderer resümierender Beiträge ist klein, oft beschränken sie sich auf eine generelle Kritik an *dem* akzeptierenden Ansatz. Im 10. Jugendbericht von 1998 wird das Programm nicht einmal mehr erwähnt und es finden sich in ihm auch keine vertiefenden Ausführungen zur Frage des (sozial)pädagogischen Umgangs mit rechten Jugendlichen, was in hohem Maße erklärungsbedürftig erscheint und neben Fragen nach „Erfolg“ und „Misserfolg“ auch die Frage nach der Relevanz aufwirft, die den Programmen zugewiesen wurde. Dasselbe Bild zeigt sich in Sachsen und in Bezug auf das Landesprogramm „Jugend und Gewalt“. So erweckt die Dokumentation des 2. (Re)Aktionstags Mobile Jugendarbeit den Anschein, als sei das Paradigma der Gewaltreduktion schon 1997 einem Ordnungsparadigma gewichen, das sich in einer verstärkten Debatte um die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Polizei ausdrückt (AGJF/LAK 1997). Die Erfahrungen programmungebundener Projekte werden in der Regel überhaupt nicht vertiefend behandelt, sondern tauchen allenfalls als illustrierendes Material in Übersichtsdarstellungen auf, wo sie als Nachweis für das umfassende Scheitern „akzeptierender“ Praxis angeführt werden.

In der **Bewertung des AgAG** wurden diverse Fragen aufgegriffen. Neben Informationen zu den erreichten Jugendlichen und den in der Arbeit mit ihnen erzielten Wirkungen (s.o.) wird davon berichtet, wie sich Konzepte im Laufe der Zeit verändert haben, welche strukturbildenden und welche professionsbezogenen Effekte erzielt wurden. Die Auswertungen der Programmkoordination und der Evaluation sprechen Wirkungen des Programms und der geförderten Projekte jedoch in erster auf konzeptioneller und struktureller Ebene an, während Implementierung und Umsetzung der Maßnahmen nur cursorisch dargestellt werden. Die Abbildung der ‚Zielgruppe‘ in den verschiedenen Projekten macht nicht nur deren teils ungenaue praktische Bestimmung (oder Bestimmbarkeit) sichtbar, sondern auch die Lückenhaftigkeit der dazu bestehenden Befunde. Letzteres gilt – erstaunlicherweise – insbesondere für solche Befunde, die

im direkten Zusammenhang mit dem Programm selbst entstanden sind und betrifft neben Fragen nach der Klientel auch solche nach Methoden und Konzepten. Zwar wurden alle Projekte über die Gesamtlaufzeit verschiedentlich befragt, aber weder die wissenschaftliche Begleitung der TU Dresden (Böhnisch 1994) noch die Gesamtdokumentation (Bohn/Münchmeier 1997) bieten eine (systematische) Nachzeichnung einzelner Modellprojekte, ihrer Klientel und Verlaufsgeschichten. Sie hatten dies allerdings auch nicht zum Ziel. Damit werden aber auch nicht Dimensionen von Professionalität und Konzeptqualität mit Blick auf das spezifische Handlungsfeld oder Bestände guter Praxis identifiziert, was der Transferierbarkeit der Befunde Grenzen setzt.

Nachrangig behandelt wurden auch Fragen nach der gesellschaftlichen Kontextualisierung und nach Effekten auf politische Diskurse. Auch innerhalb der Fokussierung „gewalttätiger“ und „gewaltbereiter“ Jugendlicher wird die Dimension politischer Orientierung nicht eben zentral behandelt. Deutlich im Vordergrund der Bewertung stehen stattdessen zwei andere Aspekte. Zum einen wird auf die massive Drucksituation in jener Phase hingewiesen, auf einen „Zwang handeln zu müssen angesichts großer Unübersichtlichkeit und Unsicherheit“ (Bohn/Münchmeier 1997, 135). Diese Formulierung kann durchaus als Replik auf konzeptionelle Kritik verstanden werden, denn sie erklärt und rechtfertigt ggf. auch Unfertigkeiten und Ambivalenzen des Programms, ohne dass diese explizit benannt werden müssen. Zum anderen ist Gegenstand der Reflexion, inwieweit der Strukturaufbau gelungen ist. Das Ergebnis fällt durchaus gemischt aus. Dem Befund eines weitgehend gelungenen Strukturaufbaus steht die Einschätzung gegenüber, dass faktisch sehr wohl Standards der Jugendhilfe aus dem Westen übertragen wurden, ohne die spezifischen Rahmenbedingungen hinreichend in Rechnung zu stellen (Böhnisch/Löhr 1994, 14). Hinzu kommt der Umstand, dass durch die Programmgebundenheit nur eine sehr geringe Zahl an (angehenden) Fachkräften in die Vermittlung von Erfahrungen eingebunden waren, die zudem noch aus spezifischen westdeutschen (Praxis-)Kontexten stammten. Insofern ist hier von einem gleich doppelten Selektionsmechanismus zu sprechen. In eine ähnliche Richtung weisen auch externe Einschätzungen. So erfuhr das AgAG im Neunten Jugendbericht von 1994 eine ausführliche Würdigung, die kritisch, allerdings zugleich auch zurückhaltend ausfiel. Zumindest wird aber auch hier bereits konstatiert, dass die aus dem Westen stammenden Erklärungsmodelle für Gewalt nicht übertragbar seien (BMFSFJ 1994, 336).

Besonders scharfe Kritik von außen richtete sich auf die Problemdefinition und die daraus resultierende Handlungskonzeption. Schlagworte sind hier „Pädagogisierung der Problemlage“ (Bremen 1995), „Täterentlastung“ (Rommelspacher 1991) bzw. täterbezogener „Opferdiskurs“ (Dierbach 2010, 130ff.). Es ist also kurz gesagt von einer **konzeptimmanenten Entpolitisierung** die Rede, wobei sich die Kritik in der Regel nicht auf das AgAG beschränkte, sondern *den* „akzeptierenden“ Ansatz und Teile der zeitgenössischen Jugendforschung miteinbezog. Ein spezifischer Vorwurf (der sich dem akzeptierenden Ansatz nicht per se machen lässt) ist dabei die defizitorientierte Ausrichtung des Programms, also die Fokussierung auf Problemlagen. In jedem Fall lässt sich feststellen, dass im AgAG kein Verständnis für spezifische Täter/Opfer-Konstellationen herausgearbeitet wurde. Stattdessen überlagerte das dominierende Bild rivalisierender Gruppen nicht nur den Blick auf Gewaltasymmetrien, sondern

unterschlug auch den Umstand, dass rechte Gewalt weit mehr Menschen betraf (und betrifft) als „jugendliche Kontrahenten“.

Verbunden wurde die Kritik an einem entpolitisierenden Charakter des AgAG mit zwei weiteren Faktoren. Erstens sei mit dem Programm eine **Begünstigungsstruktur** für rechtsextreme Gruppen entstanden. Dieser Befund stützte sich auf die Tätigkeit von Neo-Nazis in einzelnen AgAG-Projekten. Allerdings ist hier offiziellen Einschätzungen zuzustimmen, dass angesichts der geringen Zahl der Fälle von systematischen „Unterwanderungen“ keine Rede sein kann (Bundesregierung 12.5.1993, 3) und der Gesamtcharakter des Programms sich auch schwerlich an diesen Beispielen bemessen lässt. Schwerer wiegt die Beobachtung, dass häufig nur bedingt (oder gar keine) Grenzen gezogen wurden (Bremen 1995, 477f.) und die Projekte somit für Neonazis und gewalttätige Rechte (nicht nur im pädagogischen Sinne) zu Schutzräumen wurden. Konstatiert wurden bereits früh drohende Gewöhnungseffekte und Anpassungen der Sozialarbeiter:innen an die Klientel, aber auch Überforderungen, die sich in den Augen vieler Kritiker:innen dann auch bestätigten. Hier lässt sich – wie die Umsteuerungen von 1993 zeigen – keinesfalls von Einzelfällen sprechen, sondern von Problemen, die direkt mit den Konzeptionen, Umsetzungen und Herausforderungen in Verbindung standen. Zweitens wurde ein Teil der Problemlage auch mit **fehlender Professionalität** erklärt (stellvertretend für viele Krafeld 1999, 9). Kernproblem sei gewesen, dass die fachlichen Voraussetzungen für diese Arbeit vor Ort oft schlicht nicht gegeben waren.

Um Verzerrungen – die ein selektiver Blick auf scheiternde Projekte zwangsläufig mit sich bringt – zu vermeiden, ist ein präzisierender, aber auch differenzierender Anschluss an die verschiedenen Kritiken nötig. Die Erfahrungen aus dem AgAG und dem Landesprogramm betrachten wir hier zusammen und verdichten sie zu zehn Anmerkungen.

1. Das AgAG, mit Abstrichen auch das Landesprogramm, stand konzeptionell für ein Problembild mit entpolitisierenden Zügen, das naheliegenderweise oft auch eine Verlängerung in die Praxis hinein erfuhr. Es wurde nicht linear durchgesetzt, stellte sich aber als Effekt unterschiedlicher Diskurse und Dynamiken auf allen Ebenen der Programme ein. Um die Programme herum bestand zudem eine Landschaft an weiteren Projekten, die sich zum Teil explizit auf ein *Paradigma der Akzeptanz* bezogen. Allerdings wurde dieser Begriff in der Regel nicht näher inhaltlich gefüllt und seine Interpretation und Umsetzung wurde oft Personen zugewiesen, die ihre fachliche Qualifizierung, ihre professionelle Rolle und ihren Status als Expert:innen zum Teil erst noch finden mussten. Somit konnte auch nicht adäquat das Grundproblem reflektiert werden, dass auch in einer akzeptierenden Herangehensweise das Individuum, dessen politische Einstellung und der soziale Rahmen überhaupt nicht getrennt voneinander betrachtet werden können (vgl. etwa Osborg 2002; Borrmann 2006).
2. Auch wo präziser entlang von Konzepten gearbeitet wurde, zeigte sich, dass die zentralen Prämissen – das Desintegrationstheorem und das Stigmatisierungstheorem – in der bekannten Form überhaupt nicht auf die Situation in Ostdeutschland übertragbar waren. Oder anders gesagt: eine entstigmatisierende Perspektive erwies sich im Angesicht der Herausbildung rechter Hegemonien sozialräumlich als wenig sinnvoll, eher sogar als kontraproduktiv.

3. Es finden sich keine Belege dafür, dass die Projekte mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen zu einer kurzfristigen Verbesserung der Situation geführt haben – weder im Gesamtbild, noch in Sachsen. Entsprechende Einschätzungen wurden zwar v.a. im AgAG-Abschlussbericht vorgelegt, bezogen sich aber in erster Linie auf das Gewaltaufkommen (das auch jenseits der AgAG-Regionen zur Mitte der 1990er Jahre absank) oder in Einzelfällen auf individuelle ‚Integrationsgewinne‘. Von Effekten bezüglich der politischen Orientierung ist hingegen nicht die Rede und sie standen als Ziel auch nicht im Vordergrund. Zugleich muss die Frage aufgeworfen werden, inwieweit solche Effekte überhaupt realistischerweise von Jugendarbeit (allein) erwartet werden konnten und können.
4. Es finden sich – zumindest in Sachsen – zugleich keine dichten Hinweise darauf, dass die Projekte im Besonderen zu einer langfristigen Verfestigung rechter Szenen beigetragen hätten. Mit Blick auf Erfahrungen an AgAG-Standorten in anderen Bundesländern ist dies gleichzeitig nicht auszuschließen. Diesbezügliche Forschung müsste neben den jeweiligen pädagogischen Projekten allerdings alle relevanten Einflussfaktoren einbeziehen, auch um einer einseitigen Verantwortungszuweisung in Richtung der jugendarbeiterischen Praxis entgegenzuwirken. In die Betrachtung wären z.B. lokale Verfestigungen und Reproduktionen neonazistischer Szenen an Orten einzubeziehen, an denen zu keinem Zeitpunkt eine pädagogische Praxis mit ‚Rechten‘ stattgefunden hat.
5. Der Vorwurf mangelnder Professionalität ist einerseits nachvollziehbar. Er kommt andererseits aber auch einer Selbstentlastung der Programmebene gleich. Zwar ist es richtig, dass es vor Ort nicht genügend Personal mit dem ‚richtigen‘ Professionalitätsstandard gab. Allerdings existierten durchaus Erfahrungsbestände zum Umgang mit rechten Szenen, die es bereits zu Zeiten der DDR gegeben hatte. Zugleich zeigt sich im Blick auf die von West-Akteur:innen geprägten Beratungsstrukturen, dass formale Professionalität offenbar kaum allein ein geeignetes Kriterium darstellt, sondern vor allem politische Analysekompetenz fehlte.
6. Weder das AgAG noch das Landesprogramm richteten sich allein an rechts(extrem) orientierte Jugendliche. In der Gesamtbetrachtung wäre also auch immer danach zu fragen, welche Effekte AgAG-Projekte erzielt haben, die mit anderen Adressat:innen gearbeitet haben.
7. Das AgAg steht im Ergebnis für eine differenzierende Neuausrichtung der Jugendarbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen. Zumindest stießen die dort gemachten Erfahrungen eine Diskussion darüber an, mit wem im Rahmen der Jugendarbeit (noch) und mit wem nicht (mehr) gearbeitet werden kann. Praktisch führte dies auch zu einer Entlastung des bis dahin umfänglich in die Verantwortung genommenen Arbeitsfeldes. Zugleich wurden damit aber auch Leerstellen geschaffen, die von ausstiegsorientierten Spezialstrukturen kaum zu füllen sind.
8. Auch politisch kritisierbare und kritikwürdige Programme erzielten positive Effekte. Zumindest kann festgestellt werden, dass die Entstehung und Entwicklung der sächsischen Landesorganisationen der Offenen Jugendarbeit und der Mobilen Jugendarbeit – die es heute in dieser Form und Stärke nicht in allen (ostdeutschen) Bundesländern gibt – eng mit den beiden Programmen der 1990er Jahre verbunden sind. Die eine Organisation war Ergebnis eines Programms, die andere trug maßgeblich zur Gestaltung des zweiten

Programms bei. Hinzu kommen gemeinsame Anschlussaktivitäten, wie das Fortbildungsprogramm Mobile Jugendarbeit, welches darauf abzielte, „Mitarbeiter[n] der offenen und Mobilen Jugendarbeit anhand von praxisbezogenen Themen das notwendige Handwerkszeug, wissenschaftliche Erkenntnisse und die rechtlichen Grundlagen für ihre Tätigkeit [zu] vermitteln“ (AGJF/LAK MJA 1997, 4). Zu betonen ist auch, dass mit diesen Organisationen Orte der Kritik, der Selbstreflexion und der konzeptionellen Weiterentwicklung entstanden. Kritische Positionen zur „Feuerwehr“-Funktion der Sozialen Arbeit und zu kriminalpräventiven Verschiebungen der Aufträge entstanden nicht zuletzt in diesen Strukturen.

9. Die relativ offene Anlage der Programme ermöglichte Innovation. Böhnisch (1995, 7) spricht mit Blick auf das Landesprogramm in durchaus positiver Weise von einem Modus des „Trial and Error“, was in dieser Form auch für das AgAG gelten dürfte. Die Offenheit erklärt, warum die Umsetzung in den einzelnen Kommunen und Bundesländern erheblich unterschiedlich verlief. Sie kann zugleich als Qualität an sich bewertet werden, umso mehr wenn man sie mit dem Offenheitsgrad späterer Programmarchitekturen vergleicht.
10. Auch die Strukturbildungseffekte müssen differenziert betrachtet werden: Einerseits hat das AgAG die Entwicklung einer flächendeckenden Jugendhilfestruktur in den neuen Ländern zumindest verzögert. Andererseits lassen sich strukturbildende Effekte auf der Ebene der Vertretung und Organisation von Jugendarbeit nicht bestreiten.

5 Einige kurze Ableitungen für die jugendarbeiterische Praxis

Die Diskussion über (konzeptionell oder faktisch) „akzeptierende“ Ansätze im „Jahrzehnt der Glatzen“ (Christoph Schulze) (aus verschiedenen Richtungen Norddeutsche Antifa Gruppen 1996; ZdK 1999; AK Zukunft 2000; Borrmann 2006; AGJF 2009) führt im Wesentlichen zu drei Fragen in Bezug auf sozial- und jugendarbeiterische Umgangsweisen mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen: Erstens nach dem *Wer*, zweitens nach dem *Ob*, drittens nach dem *Wie*.

Zur ersten Frage werden seit einigen Jahren Darstellungen vorgelegt, die den undifferenzierten Topos des rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in zwei Richtungen ausdifferenzieren. Zum einen wird erneut der Begriff des Neonazismus ins Spiel gebracht (etwa bei Jaruczewski/Glaser 2014) und damit eine theoretische Perspektive reaktualisiert, die spätestens mit dem AgAG marginalisiert wurde und auch danach marginal blieb. Sie ist aber schon deshalb wichtig, weil mit ihr eine theoretische und analytische Schärfung verbunden ist, die der Realität eines diversifizierten rechten Lagers entspricht. Zum anderen werden Varianten von rechtsorientierten Jugendlichen beschrieben, die sich weder problemlos in das Bild der „rechtsextremen“ noch in das Bild der devianten Gewalt-Jugendlichen einfügen. Dagegen spricht bereits, dass sich diese Jugendlichen vielfach als „normal“ und haltungsbezogen keinesfalls als marginalisiert empfinden (für Sachsen aktuell z.B. MUT 2019; Dietrich u.a. 2020).

Insgesamt betrachtet machen diese Differenzierungen deutlich, dass es *den* rechten Jugendlichen nicht gibt und der Begriff – will er nicht zum normativen Etikett verkommen – ein erheblich höheres Maß an Detailliertheit benötigt. Mit dieser Erkenntnis ist auch die Einsicht verbunden, dass es nicht *das* Bündel sozialpädagogischer Konzepte geben kann. Zugleich ist in der Debatte (und der Konzeption von Praxis) im Blick zu behalten, welche Risiken und Verzerrungen durch begriffliche Dehnungen entstehen, die etwa im Begriff der „Affinität“ und der „Gefährdung“ enthalten sind. Einerseits machen die Begriffe richtigerweise darauf aufmerksam, dass Haltungen prozesshaft entstehen und es aus demokratiepädagogischer Sicht sinnvoll ist, an allen möglichen Zeitpunkten anzusetzen. Andererseits ergeben sie nur dort einen Sinn, wo es verlässlich möglich ist, „rote Linien“ (Becker/Palloks 2013) zwischen demokratischen und undemokratischen Haltungen zu ziehen und eine klare Konturierung des organisierten und unorganisierten rechten Lagers vorzunehmen. Die Frage ist: wo ist dies in Zeiten der AfD und breiter autoritärer und völkisch-nationalistischer Mobilisierungen der Fall – und wo nicht?

Dies führt zur Frage nach dem *Ob*. Wie beschrieben, wurde diese Frage bereits im AgAG aufgeworfen. Und auch zum damaligen Zeitpunkt war sie keinesfalls neu. Ein zentrales Ergebnis der Erfahrungen der Sonderprogramme stellt hier sicherlich dar, dass heute ein genaueres Bild der Grenzen und Optionen sozialpädagogischer Arbeit existiert. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, wo die Praxis für sich selbst das Ende der Zuständigkeit sieht. Durchgesetzt hat sich zugleich die Erkenntnis, dass abzuwägen ist zwischen dem Recht junger Menschen auf Unterstützung und eigenen Prämissen, zwischen einer mit Betroffenen und Opfern rechter Gewalt solidarischen Praxis und „Täterorientierung“. Alle mit diesen Themen Befassten wissen

allerdings, dass die Linien oft nicht so klar zu ziehen sind, wie man sich das wünscht oder es in der Theorie möglich erscheint. Dabei kommt auch wieder der erste Punkt ins Spiel: also die Frage, wie die Jugendlichen eingeschätzt werden und nach welchen Kriterien diese Zuordnung vorgenommen wird.

Die dritte Frage betrifft das *Wie* der Arbeit, genau genommen handelt es sich um einen umfassenden Fragekomplex, in dem sowohl die Kontur der Adressat:innen als auch die konzeptionellen Leitlinien einbezogen werden. Zugleich spielt die Frage nach den sozialen und gesellschaftlichen Umfeldbedingungen als weiterer Faktor mit hinein. Wie lässt sich dieser Komplex in aller Kürze beschreiben?

Zunächst einmal ist daran zu erinnern, dass die Arbeit der 1990er Jahre zumeist anlasszentriert stattfand, aufs Engste verzahnt war mit kultureller Sichtbarkeit (oder Sichtbarmachung) der Klientel und einer gewissen Ansprechbarkeit. Diese Rahmung gilt heute nur noch bedingt. Im großen Ganzen existiert keine vergleichbare kulturelle Kontur des jugendlichen Rechtsextremismus mehr; zugleich sind Teile der Szene nicht mehr erreichbar und benötigen die Angebote der Jugend(sozial)arbeit auch gar nicht (in diesem Sinne auch bereits Pingel/Rieker 2000: 13; Möller/Schuhmacher 2014). Das heißt nicht, dass nicht mehr mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen gearbeitet wird und kein Kontakt mehr zu ihnen besteht. Diese Jugendlichen treten einem aber nicht mehr in der Sozialform der „abweichenden“ Clique, sondern als „Normalos“ gegenüber.

Genauso schließen diese „Normalo“-Positionen an Figurationen des gesellschaftlich „Normalen“ an, die von der AfD ins Spiel gebracht werden, und die der Partei insbesondere im Osten Deutschlands große wahlpolitische Erfolge garantieren. Für die Praxis bedeutet dies, dass sie rassistische und diskriminierende Haltungen bei Jugendlichen kaum als bloße Abweichungen deuten können. Vielmehr spiegeln sich in ihnen oftmals Haltungen, die gesellschaftlich oder sozialräumlich verankert sind und akzeptiert werden.

Dies lenkt den Blick auf die sozialen und sozialklimatischen Rahmenbedingungen. Es liegt nahe, dass sich die Integrationskraft solcher Deutungs- und Repräsentationsangebote im Osten auch aus Faktoren erklärt, die auf spezifische historische Voraussetzungen zurückweisen (während es zugleich auch westspezifische und übergreifende Faktoren gibt). Die Konsolidierung und Veralltäglichere rechter Milieus erklärt sich auf einer allgemeineren Ebene mglw. mit dem Bild der „frakturierten Gesellschaft“, das Steffen Mau (2019) mit Blick auf die ostdeutsche (Post-)Transformationsgesellschaft entworfen hat. Die frakturierte Gesellschaft ist dadurch charakterisiert, dass sich Doppelbilder von Erfolg und Scheitern, Fortkommen und Entwertung, Identitätsverlust und Traditionswahrung, kollektiver Selbstwertverlust und äußere Prosperität scharf gegeneinander abzeichnen und zugleich über Kollektiverfahrungen und -erzählungen miteinander verbunden sind. Es erscheint ihm naheliegend, solche Frakturierungen als „konstitutiv für das Gedeihen von Ressentiments“ (ders., 233) zu bezeichnen. Entfalten können sich diese vor allem dort, wo es nur schwache zivilgesellschaftliche Kräfte gibt oder wo zivilgesellschaftliche Akteur:innen keine Gegenerzählungen parat haben. In diesen Fällen ist die vorherrschende „mentale Lagerung“ (Mau 2019: 14) durch einen mangelnden Facettenreichtum demokratischer Praxis geprägt. Auf einer konkreteren Ebene verweisen die Konsolidierungen

mglw. auf Macht- und Gewalterfahrungen der 1990er, die ebenfalls ins kollektive Gedächtnis (v.a. auch der Alterskohorte der heute ca. 45-50 Jährigen) eingegangen sind.

Dies heißt in der Konsequenz, dass das Problem der Infragestellung demokratischer Werte und Normen eben nicht einfach zu einem ‚Jugendproblem‘ erklärt werden kann, sondern vor allem auch ein Problem der Erwachsenenwelt und ihrer Systeme darstellt. Jugendarbeit kann sich unter solchen Bedingungen nur eingeschränkt auf die Leitidee der Integration und auf ihre eigenen Potenziale von Integrationskraft verlassen. In der Hauptsache muss sie sich als eine Praxis verstehen, die demokratisches Miteinander gestaltet und erlebbar macht, welches zuweilen in Widerspruch mit den demokratischen Selbstbeschreibungen vor Ort treten kann (und muss). Hierfür bietet sich ein Verständnis auseinandersetzungsorientierter demokratischer Jugendarbeit an.

In der konkreten Arbeit mit Jugendlichen heißt das, demokratische Erfahrungsräume zu öffnen. Dabei sind vier Leitgedanken zu berücksichtigen: 1. Jugendarbeit ist ein Stützpunkt der Wiederaneignung von Umwelt (Thiersch 1995). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass diese Umwelt kein neutraler Raum ist, sondern durchzogen wird von Machtverhältnissen, die Jugendliche auf verschiedene Weise betreffen. Sie können auf unterschiedlichen Ebenen privilegiert oder marginalisiert werden, Begünstigungen oder Benachteiligungen erfahren. Entsprechend differenziert ist zu beantworten, was Wiederaneignung von Umwelt im Einzelfall heißt. 2. Jugendarbeit unterstützt und reflektiert Prozesse der Lebensgestaltung. Dies heißt, im Sinne der Idee der „flankierten Entfesselung“ (Burkhardt 2008) einerseits unterstützend und emanzipationsfördernd zu arbeiten, dies andererseits aber auf Grundlage eines klar formulierten Repertoires an Werten zu agieren, also mehr als lediglich (Rechts-)Normen zu setzen. 3. Jugendarbeit fragt nach der sozialen und gesellschaftlichen Funktionalität von Haltungen und agiert als Ko-Produzentin „funktionaler Äquivalente“. Der Begriff der „funktionalen Äquivalente“ ist missverständlich. Er bezieht sich nicht auf eine simple Austauschlogik (etwa im Sinne von „Boxsack“ statt „Schlägerei“), sondern vor allem auf die Frage, welche Funktionalität welches Handeln für Jugendliche in ihrer Lebensgestaltung besitzt und welche alternativen Handlungsangebote gemacht werden können, um Lebensgestaltungsperspektiven zu verändern. 4. Jugendarbeit ist gesellschaftsorientiert. Sie ist Arbeit an und in jugendlichen Lebenswelten und Gesellungsräumen, Arbeit mit Jugendlichen zur Ermöglichung demokratischer, emanzipatorischer Bildungserfahrungen und zur Bewältigung von gesellschaftlichen Anforderungen und für differenzierte, jugendliche Mitgestaltung einer diversen, solidarischen Gesellschaft. Damit steht diese Arbeit immer auch vor der Aufgabe, neben der Arbeit mit Jugendlichen in Gemeinwesen hineinzuwirken, sich dort sichtbar zu machen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten Dialoge über Probleme und Lösungen in den Lokalräumen auch gegen vorherrschende Problembeschreibungen zu initiieren und ggf. auch zu erzwingen (Hafeneger 2003, 242). All dies wirft durchgehend natürlich auch die Frage auf, welche Ressourcen Jugendarbeit überhaupt zur Verfügung stehen, diese (sehr hohen) Ansprüche in die Praxis umzusetzen.

Die vorstehenden Ausführungen eignen sich, um abschließend drei grundlegende Dinge festzuhalten:

Erstens ist pädagogische Praxis politisch relevant. Weder in ihrer „akzeptierenden“ noch in ihrer „präventiven“ oder „deradikalisierenden“ Variante kann sie jedoch als Reparaturbetrieb mit gesellschaftlicher Entlastungsfunktion fungieren.

Zweitens kann sozialpädagogische Praxis Akzente setzen, dies aber vor allem dort, wo sie sich nicht als bloßer Transmissionsriemen politischer Erwartungen versteht, sondern als Mitgestalterin einer offenen Gesellschaft der Zukunft. Entsprechend hoch ist die Bedeutung von Bewusstsein für das eigene Handeln und für den politischen Charakter der eigenen Praxis.

Drittens ist die eigentlich zentrale Frage nicht jene nach „Akzeptanz“ oder „people changing“, sondern nach Gestaltungsfähigkeit – sowohl in der direkten Arbeit als auch in der Positionierung dieser Arbeit.

Quellen und Literatur

Affolderbach, Friedemann (2000): Jugendarbeit und rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen in Leipzig. In: Hirschfeld, Uwe/Kleinert, Ulfrid (Hg.): Zwischen Ausschluß und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig: EVA, 172-185.

AGJF [Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen] (o.J.): Mobile Jugendarbeit in Sachsen. Zum Streetworkprojekt der AGJF. Chemnitz.

AGJF [Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen] (Hg.) (1995): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil I-IV. Chemnitz.

AGJF [Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen] (Hg.) (2009): Grenzen der Akzeptanz. Möglichkeiten Sozialer Arbeit. Reader zur Fachtagung am 14. Mai 2009. Chemnitz.

AGJF/LAK [Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen/LAK Mobile Jugendarbeit] (1997): Sozialarbeit – ein gescheiterter Versuch? Dokumentation 2. (Re-)Aktionstag Mobile Jugendarbeit 1997. Chemnitz.

Antifaschistisches Redaktionskollektiv (1998): Wurzeln. Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen.

AK Zukunft [Arbeitskreis Zukunft der PDS Bundestagsfraktion] (Hg.) (2000): „Alles unsre Jungs! Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit“. Berlin

Baensch, Torsten (1992): Jugendlichen Raum lassen? Maßnahmen und Projekte gegen national-autoritäre Orientierungen und rechtsextremistische Tendenzen. Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung.

Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.) (2013): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Behn, Sabine (1995): Mädchenarbeit und geschlechtsspezifische Arbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) In: Engel, Monika/Barbara Menke (Hg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster: Agenda, 163-170.

Behnken, Imbke/Günther, Cordula (1991): Schülerstudie '90: Jugendliche im Prozeß der Vereinigung. Weinheim – München: Juventa.

Bischoff, Anett (1995): Straßensozialarbeit für Mädchen in der gewaltbereiten Jugendszene. Möglichkeiten und Grenzen. In: Engel, Monika/Barbara Menke (Hg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster: Agenda, 123-127.

Böhme, K./Günzel, C./Haustein, K./Henke, U./Hetzl, S./Klämbt, C./Kunze, K./Neubert, E./Oertel, K./Schubert, O./Wilde, J./Wartenberg, H./Zschuckelt, K. (1995): Teil I. Aus Sicht der Sozialarbeiter/innen. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil I (3-13). Chemnitz.

Böhnisch, Lothar (1994): Jugendstudie der wissenschaftlichen Begleitung des AgAG-Programms. Dresden: Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit der Technischen Universität Dresden.

Böhnisch, Lothar (1995): Die Dimensionen und Aspekte der Projektentwicklung – Ein Bericht zur Gesamtentwicklung und gesellschaftlichen Dimension des Modellprojektes Mobile Jugendarbeit der AGJF. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (5-15). Chemnitz.

Böhnisch, Lothar/Bretschneider, Harald/Wolf, Barbara/Schmidt, Rolf (Hg.) (1992): Gesellungsformen Jugendlicher und Gewalt. Gesellungsstudie. Dresden: Sächsischer Jugendring – TU Dresden.

Böhnisch, Lothar/Löhr, Dieter (1994): Umdenken statt Projektion – Zu den Rahmenbedingungen der Projektarbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG). In: ISS/IFFJ (Hg.): Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen. 2. Zwischenbericht zum AgAG. Berichte + Materialien, 4, 13-18.

Böhnisch, Lothar/Frankfurth, Mathias/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (1995): Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung des AgAG-Programms. Dresden: Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit der TU Dresden.

Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (Hg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven. Band 2. Münster: Votum.

Bohn, Irina (1996): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Ein vorläufiges Fazit über Praxis und Erfolge eines Sonderprogramms. In: Jugendhilfe, 34, 27-35.

Bohn, Irina (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Ein vorläufiges Fazit über Praxis und Erfolge eines Sonderprogramms. In: Qs, Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, 11: Evaluation der sozialpädagogischen Praxis, 61-71.

Bohn, Irina (2000): Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt & Diskussion zum Beitrag von Irina Bohn. In: Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des DJI und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000, 87-97.

Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Dokumentation des Modellprojektes (AgAG). Band 1. Münster: Votum.

Bohn, Irina/Kreft, Dieter/Segel, Gerhard (Hg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Kommunale Gewaltprävention. Eine Handreichung für die Praxis. Band 5. Münster: Votum.

Borrmann, Stefan (2005): Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Wiesbaden: VS.

Bremen, Bernd (1995): Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt – eine kritische Bilanz. In: deutsche jugend, 43(11), 475-482.

Bringt, Friedemann (1999): Soziokulturelle Animation und Projektmethode als Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldental. In: Zentrum demokratische Kultur (Hg.): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, 1. Berlin, 39-46.

Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn: Pahl-Rugenstein.

Burkhardt, Frieder (2008): Offene Jugendarbeit im vormundschaftlichen Staat DDR 1970-1983 Dresden / Erzgebirge. In: Tagung der Fachhochschule Potsdam am 31. Januar 2008. Thema: „...der Blick auf eine Art stürmische Würde.

BAG LJÄ [Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden] (1990a): Überlegungen zur Neuorientierung der politischen Jugendbildung in der Jugendarbeit. Beschluß in der 68. Arbeitstagung vom 25. bis 27.4.1990 in Hamburg.

BAG LJÄ [Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden] (1990b): Empfehlungen zum Aufbau einer demokratischen und pluralistischen Jugendarbeit in den fünf neuen Bundesländern. Beschlossen in der 69. Arbeitstagung vom 3.-5.10.1990 in Wadern-Bardenbach.

BAG LJÄ [Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden] (1991): Gesammelte Empfehlungen zur Jugendarbeit. Köln.

BMJFFG [Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit] (Hg.) (1990): Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Bonn.

BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (1994): Neunter Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Berlin.

BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (1998): Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland – Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Berlin.

Bruner, Claudia Franziska/Dannenbeck, Clemens/Zeller, Michaela-Christine (1993): Grenzenlose Jugendarbeit? Vom Umgang mit rechts orientierten und gewalttätigen Jugendlichen Ein Literaturbericht. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer. München, 173-195.

Bundesregierung (1993): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste. 12.5.1993.

Deininger, Dieter (1993): Einrichtungen der Jugendhilfe in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1991. In: Wirtschaft und Statistik, 45(4), 292-300.

Deutsches Jugendinstitut (Hg.) (1992): Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West. Opladen: Leske + Budrich.

Diakonie [Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands] (Hg.) (1992): Situationsanalyse der Stadt Plauen. Erster Bericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Plauen. Stuttgart.

Diakonie [Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland/Diakonisches Werk Sachsen] (Hg.) (1996): Tagungsdokumentation der Abschlußfachtagung im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt am 24. September 1996 Haus der Kirche in Dresden.

Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen (o.J. [2019]): Abweichender Bericht der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum 1. Untersuchungsausschuss der 6. Legislaturperiode des Sächsischen Landtags. Dresden. Online: https://www.linksfraktionsachsen.de/fileadmin/ifsachsen/Dokumente/AbweichenderBericht_1UA.pdf [10.9.2021]

Dierbach, Stefan (2010): Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt. Bielefeld: transcript.

Dietrich, Kai/Jaruczewski, Karola/Vetter, Willi (2020): „Auch wenn alle anderen dagegen sind“. Potenziale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. Abschlussbericht zum Modellprojekt „MUT-Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen. Chemnitz: AGJF Sachsen

Dudek, Peter (Hg.) (1980): Hakenkreuz und Judenwitz. Antifaschistische Jugendarbeit in der Schule. Bensheim: päd. extra.

Dudek, Peter (1990): Antifaschismus. Von einer politischen Kampfformel zum erziehungstheoretischen Grundbegriff? In: Zeitschrift für Pädagogik, 36(3), 353-370.

Eißrich, Ralf (2004): Bericht eines Streetworkers: Streetwork mit rechten Jugendlichen in Dresden-Johannstadt. In: Pingel, Andrea (Hg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. Halle a.d.S.: DJI, 71-75.

Fischer-Tahir, Andrea/Affolderbach, Friedemann (2004): „Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen.“ Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Das Thema Wurzeln. Dresden: Kulturbüro Sachsen.

Förster, Peter/Friedrich, Walter/Müller, Harry/Schubarth, Wilfried (1992): Jugendliche in Ostdeutschland 1992. Politische Einstellungen, Rechtsextreme Orientierungen/Gewalt, Verhältnis zu Ausländern, Lebenswerte, Lebensbefindlichkeiten. Forschungsbericht. Leipzig: Forschungsstelle Sozialanalysen.

Förster, Peter/Friedrich, Walter/Müller, Harry/Schubarth, Wilfried (1993): Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen: Leske + Budrich.

Friedrich, Walter/Netzker, Wolfgang/Schubarth, Wilfried (1991): Jugend in den Neuen Bundesländern – Ihr Verhältnis zu Ausländern und zu einigen aktuellen politischen Problemen. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung.

Frindte, Wolfgang u.a. (1993): Soziale Konstruktionen des Rechtsextremismus. Studien zu politisch relevanten Orientierungen Thüringer Jugendlicher. Abschlußbericht. Jenaer Arbeiten aus der Forschungsgruppe „Systemische Sozialpsychologie“ Nr. 8. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (1997): Vorwort. In: Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Dokumentation des Modellprojektes (AgAG). Band 1. Münster: Votum, 11-25.

Funk, Heide (1995): Wenn Mädchenarbeit zur Selbstverständlichkeit wird – Mädchenarbeit in den Projekten der Mobilen Jugendarbeit. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (29-36). Chemnitz.

Gerstenberger, S./Pröhl, S. (1995): Teil II. Aus Sicht der Koordinierung des Gesamtprojektes. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil II. Chemnitz, 5-14.

Gille, Martina (1992): Lebensziele und Politikvorstellungen von Jugendlichen in Ost und West. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West. Opladen: Leske + Budrich, 18-41.

Glaß, Christian (2002): Politische Bildung am Ende? Exemplarische Erfahrungen aus drei Maßnahmen der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe in Ostdeutschland. Hamburg: Dr. Kovac.

Hafeneger, Beno (1989): Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus. In: Paul, Gerhard (Hg.): Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus. Berlin: Dietz, 195-219.

Hafeneger, Benno (2000): Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus in den neunziger Jahren – Eine Bilanz zum Beitrag von Jugendarbeit. In: Ders./Klose, Christiana/Rademacher, Helmut/Jansen, Mechthild M.: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – jugendpädagogische Auswege. Opladen: Leske + Budrich, 123-164.

Hafeneger, Benno (2003): Konsequenzen für nachhaltige Jugendprogramme und Praxisansätze gegen Rechts. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.); Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich, 241-248.

Hafeneger, Benno/Lochmann, Walter (1985): Antifaschistische Jugendarbeit: Gibt's die? In: Widersprüche, 16, 57-63.

Hartmann, Gerold (1985): Gibt es eine politische Sozialpädagogik/Sozialarbeit mit nationalistischen Fußballfans? In: Widersprüche, 16, 39-44.

Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hg.) (1992): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus. Köln: PapyRossa.

Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef (1992): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Bremen: Steintor.

Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef/Lutzebäcker, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola/Welp, Wolfgang (1991a): „Anhören war für mich erst mal das Wichtigste!“ Erfahrungen mit akzeptierender Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen. In: sozialmagazin, 16. Jg., Nr. 19, 38-47.

Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef/Lutzebäcker, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola/Welp, Wolfgang (1991b): Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen – Handlungsansätze aus der Praxis. In: deutsche jugend, 39. Jg., Nr. 4, 471-481.

Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef/Lutzebäcker, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola/Welp, Wolfgang (1991c): „Lieber ein Skinhead als sonst nichts“? – Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit in rechten Jugendcliquen. In: Neue Praxis, 21. Jg., Nr. 4, 300-310.

Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hg.) (1992): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus. Köln: PapyRossa.

Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Vossen, Johannes u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim – München: Juventa.

Held, Josef (Hg.) (1989): Subjektbezogene Jugendforschung. Hamburg: Argument.

Held, Josef (1998): Politische Orientierung und Gewaltbereitschaft junger Menschen – Folgerungen für die Jugendarbeit. In: Deiters, Friedrich-Wilhelm/Pilz, Gunter A. (Hg.): Aufsuchende, akzeptierende, abenteuer- und bewegungsorientierte, subjektbezogene Sozialarbeit mit rechten, gewaltbereiten jungen Menschen – Aufbruch in eine Kontroverse. Münster: LIT, 52-69.

Hirschfeld, Uwe/Kleinert, Ulfrid (Hg.) (2000): Zwischen Ausschluß und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig: EVA.

IFFJ (Hg.) (1996a): Jugendarbeit live und in action. Gewaltprävention in den Ländern. AGAG Informationsdienst, 2, Berlin.

IFFJ (Hg.) (1996b): Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. AgAG Informationsdienst, 1, Berlin.

IFFJ/ISS (1996): Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: Informationsdienst AGAG.

ISS [Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik] (1992): Erklärung, 30. September 1992.

ISS/IFFJ (Hg.) (1994): Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen. 2. Zwischenbericht zum AgAG. Berichte + Materialien, 4.

Jaruczewski, Karola/Glaser, Enrico (2014): Möglichkeiten und Grenzen aufsuchender Arbeit mit neonazistisch orientierten Jugendlichen im ländlichen Raum in Sachsen. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hg.): Verantwortlich handeln. Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen – Berlin – Toronto: Barbara Budrich. 229-235.

Jilek, Grit (1998). Die Jugendarbeit in Leipzig angesichts kultureller Hegemoniebestrebungen und Subversionstaktiken rechtsextremer Parteien und Organisationen. Unveröff. Diplomarbeit. Leipzig.

Jugendring Plauen (1993): Jahresbericht 1993. Projekt Mobile Jugendarbeit in Plauen. Plauen

Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hg.) (2016): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin: be.bra.

Klein-Allermann, Elke/Wild, K.-P./Hofer, M./Noack, P./Kracke, B. (1995): Gewaltbereitschaft und rechtsextreme Einstellungen ost- und westdeutscher Jugendlicher als Folge gesellschaftlicher, familialer und schulischer Bedingungen. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 27, 191-209.

Klink, Manfred (1992): Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung fremdenfeindlicher Kriminalität. In: Die Polizei, 11, 272-276.

Klönne, Arno (1985): Rechtsextreme Tendenzen in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Eine Herausforderung für politische Bildung in demokratischer Absicht. In: Widersprüche, 16, 5-14.

Klose, Andreas (1995): Mobile Jugendarbeit/Streetwork – Einige Entwicklungen und Perspektiven eines innovativen Arbeitsansatzes (nicht nur in den neuen Bundesländern. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (17-28). Chemnitz.

Klose, Andreas/Schneider, Thomas (1995): Mobile Jugendarbeit/Streetwork – Einige Entwicklungen und Perspektiven eines innovativen Arbeitsansatzes. In: streetcorner, 8, 58-71.

Koch, Reinhard/Behn, Sabine (1997): Gewaltbereite Jugendkulturen. Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit. Weinheim – Basel: Beltz.

Krafeld, Franz Josef (1992): Cliquenorientierte Jugendarbeit. Grundlagen und Handlungsansätze. Weinheim – München: Juventa.

Krafeld, Franz Josef (1992c): Schreiben an die Länderbeauftragten, hier: Timm Kunstreich.

Krafeld, Franz Josef (1992d): Schreiben an die GEW.

Krafeld, Franz Josef (1992d): Schreiben an sozial extra [

Krafeld, Franz Josef (1992e): Schreiben an Angela Merkel.

Krafeld, Franz Josef (1996): Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen: Leske + Budrich

Krafeld, Franz Josef (1999): Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert? Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt. In: Zentrum demokratische Kultur (Hg.): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, 1. Berlin, 9-10.

Krafeld, Franz-Josef (2000): Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: deutsche jugend, Heft 6, S. 266-268

Krafeld, Franz Josef (2020): AgAG und AkJa – korrigiert. Unveröff. Mskr.

Krafeld, Franz Josef/Möller, Kurt/Müller, Andrea (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze, Erfahrungen, Perspektiven. Bremen: Edition Temmen.

Kraußlach, Jörg/Düwer, Friedrich W./Fellberg, Gerda (1977): Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast. 2. Auflage. München: Juventa.

Kreft, Dieter (1992): Schreiben an Franz Josef Krafeld

Kress, Dietmar (1997): Zum Aufbau der Jugendhilfe und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. Eine soziologische Analyse ausgewählter Beispiele. Opladen: Leske + Budrich.

Lamprecht, Harald (2013): Leben mit der Angst. Umgang mit rechtsextremer Gewalt am Beispiel von Limbach-Oberfrohna. In: Pieken, Gorch/Rogg, Matthias (Hg.): Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990-2013. Dresden: Militärhistorisches Museum der Bundeswehr – Sandstein, 54-65.

Leiprecht, Rudolf/Held, Josef/Marvakis, Athanasios/Horn, Hans (1992): „Jugendliche und Rechtsextremismus“ – Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland. Tübingen – Düsseldorf

Löscher, Andre (2007): Der akzeptierende Ansatz in der Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen – ein erfolgreiches Modell für die Praxis? Unveröff. Magisterarbeit. Chemnitz: TU Chemnitz

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Melzer, Wolfgang (1992): Jugend und Politik in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Angela (1992): Brief an Franz Josef Krafeld.

MJA Hoyerswerda [Mobile Jugendarbeit Hoyerswerda] (1995): Projektgruppe Mobile Jugendarbeit Hoyerswerda 1992-1994. Hoyerswerda.

Möller, Kurt (1991): Bedürfnisorientierung statt Abschreckungsdidaktik. Ansatzpunkte antifaschistischer Jugendarbeit. In: deutsche jugend, 7-8.

Möller, Kurt (1994): Jugendarbeit als Lösungsinstanz gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse. Eine magische Inszenierung. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2014): Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Akteure, Projekte, Ansätze und Handlungsfelder. Berlin: BIKnetz.

Müller, Margrit (1990) Jugendfreizeit in der DDR. In: Burkart, Günter (Hg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft, 70-76.

MUT-Interventionen (2019): Zwischenbericht. Chemnitz: AGJF Sachsen

N.N. (o.J.): Streetwork im Rahmen des Aktionsprogrammes gegen Aggression und Gewalt (AgAG). O.O.

N.N. (o.J. [2018]): Bericht über die vom Untersuchungsausschuss durchgeführten Vernehmungen von Zeugen und sachverständigen Zeugen. Online: https://www.cdu-fraktion-sachsen.de/fileadmin/pdf/pressemitteilungen/2019/Sachbericht_Be-Ebe_-_15.3.2019.pdf [10.9.2021]

Netzwerk für demokratische Kultur Wurzeln (Hg.): Jubiläumsausgabe 2020.

Norddeutsche Antifa Gruppen (Hg.) (1996): „Rosen auf den Weg gestreut“. Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Hamburg: rat.

Oesterreich, Detlef (1993): Jugend in der Krise. Ostdeutsche Jugendliche zwischen Apathie und politischer Radikalisierung. Eine Vergleichsuntersuchung Ost- und West-Berliner Jugendlicher. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 19, 21-31.

Olk, Thomas/Bertram, Kerstin (1994): Jugendhilfe in Ostdeutschland vor und nach der Wende. In: Krüger, Heinz-Hermann/ Marotzki, Winfried (Hg.): Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Zwischen Systemvorgaben und Pluralität. Opladen: Leske + Budrich, 321-349.

Osborg, Eckart (2002): Akzeptierende Sozialarbeit mit Rechtsorientierten. Was kommt danach? In: Standpunkt Sozial, 1, 34-41.

Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hg.) (1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Opladen: Leske + Budrich.

Pagenstecher, Cord (2008): „Das Boot ist voll“. Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Paul, Gerhard (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Band II: 1949 bis heute. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, 606-613.

Pingel, Andrea (Hg.) (2004): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. Halle/S.: Deutsches Jugendinstitut.

Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut.

Raisch, Peter (1994): Die Soko "Rex" im Freistaat Sachsen. In: Deutsches Polizeiblatt, 1, 15-20.

Reimer, Katrin/Fischel, Eberhard A./Klose, Bianca/Müller, Matthias (2009): Entwicklung von Standards und Empfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. In: Deutsche Jugend, 1, 23-31.

Reinders, Heinz (2001): Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit. Forschungsstand, theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. Opladen: Leske + Budrich

Reinhard, Doreen (2019): „Gegen die Radikalisierung kamen wir nicht an“. Online: <https://www.slpb.de/blog/gegen-die-radikalisierung-kamen-wir-nicht-an>

Rommelspacher, Birgit (1991): Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999, 6(2), 75-87.

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (1995): Antwort auf Drucksache 2/0362, Weiterführung von AgAG-geförderten Projekten.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (1997a): Antwort auf Drucksache 2/6301, Träger sächsischer AgAG-Projekte.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (1997b): Antwort auf Drucksache 2/4485, AgAG-Projekte in Sachsen.

Scherr, Albert (Hg.) (1992a): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT-Verlag.

Scherr, Albert (1992b): Gegen „Leggewiesierung“ und „Heitmeyerei“ im Antifaschismus? Antikritisches zur Debatte um eine Pädagogik mit rechtsorientierten Jugendlichen: In: Ders. (Hg): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT-Verlag, 17-36.

Scheu, Bringfriede/Autrata, Otger (1996): Evaluation der sächsischen AgAG-Projekte – Abschlußbericht, Stuttgart: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Scheu, Bringfriede/Autrata, Otger (1997): Subjektbezogene Evaluation eines Bundesmodells in Sachsen. In: Qs, Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, 11: Evaluation der sozialpädagogischen Praxis, 21-31.

Schönwälder, Karen (1991): Zu viele Ausländer in Deutschland? Zur Entwicklung ausländerfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik. In: Vorgänge, 30(4), 1-11.

Schubarth, Wilfried/Hoffmann-Lange, Ursula (1992): Nationalistische und rechtsextremistische Orientierungen. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Schüler an der Schwelle zur deutschen

Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West. Opladen: Leske + Budrich, 114-127.

Schulze, Christoph (2016): Das Jahrzehnt der Glatzen – eine Chronik. In: Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin: be.bra, 252-267.

Simon, Titus (1989): Rocker in der Bundesrepublik. Eine Subkultur zwischen Jugendprotest und Traditionsbildung. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Simon, Titus (2013a): Hinter den Standards zurückgeblieben. Von der Arbeit mit „Rechtsrockern“ über die „Glatzenpflege“ zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements: Maßnahmen und Programme gegen rechts seit den 1970er Jahren und ihre Evaluation. In: Burschel, Friedrich/Schubert, Uwe/Wiegel, Gerd (Hg.): Der Sommer ist vorbei ... Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismus-Klausel“. Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“. Münster: edition assemblage, 127-140.

Simon, Titus (2013b): Offene Kinder- und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS, 549-557.

Simon, Titus/Hanselmann; Rolf (2003): Spurensuche: Was von Projekten des AgAG-Programms in Sachsen-Anhalt übrig geblieben ist. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen: Leske + Budrich, 229-237.

Specht, Walter (Hg.) (1992): Sozialraum Hoyerswerda. Sozialpädagogische Feldanalyse zur Vorbereitung eines gemeinwesenorientierten Jugendarbeits- und Jugendberatungsprojektes. Stuttgart: Verlagswerk der Diakonie GmbH.

Stöss, Richard (1990): Rechtsextremismus: Begriff – Struktur – Analyse. In: Bodewig, Kurt/Hesels, Rainer/Mahlberg, Dieter (Hg.): Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute. Essen: Klartext, 61-76.

Stützel, Kevin (o.J.): Männlich, gewaltbereit und desintegriert. Eine geschlechterreflektierende Analyse der akzeptierenden Jugendarbeit in den neuen Bundesländern.

Sturzbecher, Dietmar/Dietrich, Peter (1992): Die Situation von Jugendlichen in Brandenburg. Feldstudien im Auftrag der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.

Thiele, G. (1995): Projektbiographie „Mobile Jugendarbeit e.V.“ Weißwasser. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (37-53). Chemnitz.

Thiersch, Hans (1995): Lebensweltorientierte soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. 2. Auflage. Weinheim – München: Juventa.

Vahsen, Friedhelm/von Hebel, Manfred/Döring, Gerlinde/Jörns, Gerald/Fandel, Heike u.a. (1994): Jugendarbeit zwischen Gewalt und Rechtsextremismus. Hildesheimer Schriftenreihe zur Sozialpädagogik und Sozialarbeit. Band 4. Hildesheim.

Veen, Hans-Joachim u.a. (1994): *Eine Jugend in Deutschland. Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West.* Opladen: Leske + Budrich.

Wald, Gisela (1988): Projekt Offside – Konzeptionelle Vorstellungen und Bilanz nach zwei Jahren Projektarbeit – wie weiter? Hamburg: Verein Jugend und Sport.

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextreme Erscheinungen und rechtsextreme Bestrebungen in Leipzig-Grünau. Berlin: Zentrum Demokratische Kultur.

Weber, Ilona (1998): Kritische Analyse der Arbeit mit „rechtsorientierten“ Jugendlichen in der Stadt Wurzen seit 1990. Unveröff. Diplomarbeit. Dresden

Weber, Ilona (1999): Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit. In: Zentrum demokratische Kultur (Hg.): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, 1. Berlin, 13-19.

Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland (1993): Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Unveröffentlichter Forschungsbericht vorgelegt dem Bundesministerium für Frauen und Jugend und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Trier.

Wowtscherk, Christoph (2014): Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?: Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991. Göttingen: V & R unipress.

Zentrum demokratische Kultur (Hg.) (1999): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, 1. Berlin.